



POLITIK

Vom Schereneffekt

Die schöne Geschichte vom Sparen, das nicht sein muss

Obhut

Pflegefamilien spielen eine unverzichtbare Rolle für die Gesellschaft, sind jedoch kaum sichtbar. Die Jugendschutzreform soll den Sektor professionalisieren

WIRTSCHAFT

Systemique et stratégique

ArcelorMittal se lamente sur les coûts engendrés par la transition énergétique. Mais le sidérurgiste enchaîne les bénéfices en pesant de tout son poids sur la politique

PPP

Existe-t-il un modèle d'affaires pour le logement abordable ?

FEUILLETON

Cons de concours

Les administrations publiques exigent de plus en plus de références pour les concours d'architecture au point que les bureaux locaux ne peuvent pas y participer



LEITARTIKEL

Stallgeruch

III Stéphanie Majerus

„Nicht nur die Agrarpolitik macht Vorschriften, auch die Umweltpolitik. Das macht viele Bauern wütend“, erklärte CSV-Landwirtschaftsministerin Martine Hansen dem *Tageblatt*. In Brüssel plädierte Hansen vergangene Woche für eine Analyse der Auswirkungen des Green-Deals, denn man „müsse realistische Ziele in Bezug auf Umwelt und Klima setzen“, nur so „können unsere Landwirte die Herausforderung meistern“. Stichwörter wie ökologische Transformation sind zu einer Art Wut-Blitzableiter mutiert; große Teile der energieintensiven Landwirtschaft schimpfen auf grüne Politik. Themen wie volatile Gas- und Ölpreise sowie abrupte Preisschwankungen auf dem Agrarmarkt bleiben sekundär. Um die luxemburgischen Bauern zu entlasten, lud Martine Hansen am Montag in Senningen zu einem „Landwirtschaftsdösch“ ein. Anwesend waren die drei Verbände – die Bauernzentrale, die Bauernallianz und der Fräie Lëtzebuerger Bauer. Konkret soll in den kommenden Wochen in Arbeitsgruppen über Baugenehmigungen in der Grünzone, Anpassungen beim Wasserschutz, die Reduktion von Ammoniakemissionen und das Agrargesetz diskutiert werden. Für Martine Hansen ist ihre Wählerschaft klar greifbar, für den CSV-Umweltminister Serge Wilmes, der am Montag auch anwesend war, weniger – die konservativen Wähler haben keine Lust mehr auf die Klimakrise.

Guy Feyder, aktueller Präsident der Landwirtschaftskammer und Vizepräsident der Bauernzentrale, freute sich während der Pressekonferenz über den „Paradigmenwechsel im politischen Umgang rund um die Landwirtschaft“. Martine Hansen, Agraringenieurin und ehemalige Direktorin des Lycée technique agricole, steht der Bauernzentrale nahe. Der 2 200 Mitglieder starke Verband entschloss sich in den letzten Monaten, nicht an den Bauernprotesten teilzunehmen, weil sich das Ministerium wieder in CSV-Hand befinde – nach zehn Jahren, „in denen die Landwirtschaft von Teilen der Regierung kontinuierlich zum Schmutzkind der Nation degradiert wurde“. Doch die Bauerngewerkschaft befindet sich nicht nur in Aufbruchstimmung, sondern auch im Wahlkampf. Im Vorfeld der Landwirtschaftskammerwahlen am kommenden 14. März interviewte der Direktor der Bauernzentrale und Chefredakteur des *De Lëtzebuerger Bauer*, Laurent Schüssler, den Präsidenten der Bauernzentrale, Christian Wester. In diesem Interview will Wester die Leser motivieren, für die Bauernzentrale zu stimmen, weil „die guten Beziehungen, die wir zur Politik haben“ ein „Pluspunkt“ seien. CSV-Bürgermeister Paul Mangen vom Helferknapp steht in einem für die Kammerwahlen produzierten Werbeclip, den *Lëtzebuerger Bauer* in der Hand haltend, in seinem Milchkuh-Stall – man solle bei ihm und der Liste der Bauernzentrale sein Kreuz machen, da sie für eine klare Linie stünden.

Gewundert über das Format des Landwirtschaftstisches hat sich diese Woche Joëlle Welfring, agrarpolitische Sprecherin der Grünen. In einer Stellungnahme bedauerte sie, dass die Diskussion um die hiesige Lebensmittelproduktion „im geschlossenen Kreis“ stattfand und Vertreter aus der Forschung und Umweltschutzorganisationen nicht eingeladen waren. Für eine „zukunftsorientierte“ Landwirtschaft bedürfe es „einer breiten Diskussion ohne Scheuklappen“. Wenn die Dürreperioden, wie sie Frankreich letzten Sommer unter Druck setzten oder derzeit Spanien, weiter nördlich hoch rücken, wird es zwangsläufig zu einer breiteren (und unangenehmen) Debatte kommen: Wer erhält welchen Zugang zu Wasser – die Landwirtschaft, die Industrie, die Haushalte? Vielleicht zeigt sich dann seitens der Politik die Bereitschaft, Landwirte für Umweltleistungen gerechter zu bezuschussen. Denn warum sollten sie für Umweltschutz freiwillig ihre Einnahmen drücken, wenn es sonst weder andere Unternehmen noch Konsumenten tun? Außerdem könnte es zu der Erkenntnis kommen, dass die Förderung eines hohen Verbrauchs von tierischen Produkten viel zu energieintensiv ist – und einige ethische Fragen aufwirft. ●



Vom Schereneffekt

IIII Peter Feist

Die schöne Geschichte vom Sparen, das nicht sein muss



Finanzminister Gilles Roth (CSV) vor seiner ersten Budgetsried

Richtig gut meinte das Schicksal es am Mittwoch nicht mit CSV-Finanzminister Gilles Roth: Kaum hatte er seine *Budgetsried* in der Abgeordnetenversammlung gehalten und den Auftritt sichtlich genossen, war im Internet die Schlagzeile zu lesen, Mamer, wo er bis Mitte November Bürgermeister war, sei die „am höchsten verschuldete Gemeinde“.

In Wirklichkeit sind die Verhältnisse komplexer, muss die Kreditaufnahme einer Gemeinde an ihrer Finanzlage insgesamt gemessen werden. Darauf wies CSV-Innenminister Léon Gloden hin, als er in seiner Antwort auf eine parlamentarische Anfrage von ADR-Fraktionschef Fred Keup den Schuldenstand aller Gemeinden Ende 2023 auflistete. Um diese Feinheit aber kümmern sich die Online-Redaktionen von *rtl.lu* bis *wort.lu* erst in zweiter Linie. Die Kommentatoren auf *rtl.lu* reagierten auf die News prompt mit Einträgen wie: „Ween war do lang Zäit Buergermeeschter? Wat mecht den haut?“

Vermutlich aber ist die Halbwertszeit der Mamer Schulden-Meldung kürzer als die Nachrichten um den Haushaltsentwurf fürs laufende Jahr es sein werden. Der ist zwar nur die Ergänzung zum Übergangsbudget bis Ende April mit monatlichen Zwölfteilen, das die vorige Regierung aufgestellt hatte. Doch wie er haushaltstechnisch und politisch gemeint ist, wird einigen Gesprächsstoff liefern bis zur Verabschiedung in nur sieben Wochen. Gilles Roth hielt eine taktische Rede. Sprach innerhalb von zwei Minuten fünf Mal von „neuem Schwung“, „Aufschwung“ und „Aufbruch“. Man konnte meinen, er widersprach sich selber, denn vor zwei

Wochen nahm er gegenüber *RTL* noch den Begriff „Sparmaßnahmen“ in den Mund. Das ist gefährlich nach den Wahlkampfversprechen der CSV auf Steuerleichterungen. So kurz vor den Europawahlen muss man ja kein Eigentor schießen.

Doch was heißt sparen? Mitte Oktober war die Generalinspektion der Finanzen (IGF) in einer Note an *formateur* Luc Frieden noch von einem Defizit von 3,6 Milliarden Euro im Zentralstaat für 2024 ausgegangen. Die von der Tripartite 2022 und 2023 beschlossenen drei „Solidaritätspakete“ allein würden dieses Jahr 1,3 Milliarden kosten. In Gilles Roths Haushaltsentwurf ist das Defizit auf 1,9 Milliarden geschrumpft. Neue Statec-Prognosen vom Januar erlauben das; als Ergänzungshaushalt ist Roths Entwurf näher am makroökonomischen Geschehen als ein Text, der im Oktober deponiert wird. Und wie der Finanzminister am Mittwoch sagte, spielt „die Entwicklung der Einnahmen uns in die Hand“. Die „gute Entwicklung am Jahresende 2023 wird sich auch 2024 bemerkbar machen“. Ende 2023 lagen die Einnahmen aus direkten und indirekten Steuern bei 21,6 Milliarden Euro, wie der Minister dem parlamentarischen Finanzausschuss am 23. Januar berichten konnte, sieben Prozent höher als 2022. Die Einnahmen aus der Einkommensteuer auf Löhne und Gehälter seien „spektakulär“ gewachsen und betrügen sechs Milliarden Euro, vor allem wegen der Indextranchen und dem Anfang 2023 in Kraft getretenen neuen Gehältervertrag für den öffentlichen Dienst. Diese Sicht auf die Finanzen folgt den nationalen Regeln zum Aufstellen des Haushalts.

Ebenfalls den nationalen Regeln nach rechnet Gilles Roths Entwurf für dieses Jahr mit 10,8 Prozent mehr Einnahmen (23,8 Milliarden Euro). Die aus der Steuer auf Löhne und Gehälter würden trotz der teilweisen Inflationsbereinigung der Steuertabelle um 7,7 Prozent auf 6,4 Milliarden Euro zunehmen. Bei Zugrundelegung der EU-Haushaltsregeln, die eine Kreditaufnahme von 2,5 Milliarden einschließen (1,25 Milliarden wurden vor zwei Wochen aufgenommen), lägen die Einnahmen bei 27,5 Milliarden Euro. Macht bei Ausgaben von 29,4 Milliarden Euro laut EU-Regeln 1,9 Milliarden Defizit im Zentralstaat.

Weil dahinter Entwicklungen stattfinden, die jedenfalls im Moment gut aussehen, kann Gilles Roth statt von „Sparmaßnahmen“ nur von „Anstrengungen“ sprechen. Nicht von Anstrengungen der Bürgerinnen und Steuerzahler oder der Betriebe, sondern beim Staat: Alle Ministerien hätten „Anstrengungen“ zur Senkung der „Funktionskosten“ unternommen. Einzelheiten nannte er nicht. Das Finanzministerium erklärte dem *Land* auf die Nachfrage, welche Funktionskosten wie stark sinken sollen: „Alle Ministerien haben Anstrengungen unternommen.“ Demnach muss es viele geben, um eine Wirkung zu entfalten, doch sich auch nur vorzustellen, ist nicht leicht. In der Maison du Grand-Duc zum Beispiel sollen die „frais d'exploitation et frais administratifs; dépenses diverses“ von den 575 810 Euro, die im Haushalt 2023 standen, auf 566 000 Euro sinken – vielleicht, letzten Endes ist das ein *crédit non-limitatif*. Für das Außenministerium stehen 684 500 Euro als allgemeine Betriebskosten in Gilles Roths Entwurf. 2023 waren es 527 871 Euro. Wäre der Zuwachs ohne einen *effort* höher gewesen? Schon möglich.

Sicherer scheint, dass die Ausgaben des Zentralstaats dadurch gedämpft werden, dass der Staatsapparat Probleme bei der Rekrutierung von Personal hat: 6 555 Posten seien in den Jahren 2020 bis 2023 neu geschaffen worden, bilanzierte Gilles Roth am Mittwoch. Rund 1 800 aber waren Ende 2023 noch immer vakant. „Et wäert schwierig sinn, de Staatsapparat am Rhythmus vun de vergaangene Joere wuessen ze loosenn.“ Auch deshalb „setze mir verstärkt op Digitaliséierung fir ee méi performante Staat“.

Weil der Haushaltsentwurf 2025 schon in sieben Monaten im Parlament deponiert werden muss, eignet das Ergänzungsbudget für das laufende Jahr sich gut als Einstimmung zu einer politischen Erzählung. Die der CSV-DP-Regierung soll optimistisch sein, nicht vom Bettelverbot handeln, sondern von „neuem Schwung“. Eine schöne Vokabel ist auch der „positive Schereneffekt“, den der Finanzminister am Mittwoch in den Sprachgebrauch einführte und der ab dem Haushaltsjahr 2025 „angesteuert“ werden soll: Die Einnahmen sollen dann schneller wachsen als die Ausgaben.

Das Schöne am positiven Schereneffekt ist, dass er anscheinend ebenfalls ohne große Einsparungen zu haben sein soll. Wirken soll vermutlich, dass die Krisenmaßnahmen allmählich aus-

Im Jahr 2027 sollen die Einnahmen aus den Akzisen auf Zigaretten fast eine halbe Milliarde Euro betragen

laufen und der zurzeit noch „negative Schereneffekt“, wie Roth ihn nannte, bereits dieses Jahr fast vier Mal kleiner sein soll als 2023. Was der erste Haushaltsentwurf der CSV-DP-Regierung „prioritäre“ Ausgaben nennt, weicht kaum von den Prioritäten der Vorgängerin ab: Investitionen von 4,3 Milliarden Euro in Verkehrswege über die nächsten vier Jahre. 2,47 Milliarden zur Umsetzung des Energie- und Klimaplane dieses Jahr, 2,68 Milliarden 2025. 320 Millionen für die Digitalisierung beim Staat. 78 Millionen für Wohnungs-Kaufbeihilfen 2024, 105 Millionen 2025. Zu den aktuell 110 Millionen Euro für den Einkauf von Vefa-Wohnungsbauvorhaben sollen weitere 480 Millionen im Laufe der nächsten Jahre kommen. In den subventionierten Wohnungsbau sollen dieses Jahr 431 Millionen Euro fließen und die Ausgabe bis 2027 auf 600 Millionen steigen. Wie seine DP-Vorgängerin Yuriko Backes im Oktober 2022 veranschlagt auch Gilles Roth die „Sozialtransfers“ auf 47 Prozent der Staatsausgaben – vom Fiskalanteil an der Sozialversicherung über Kindergeld, Revis bis hin zum Beschäftigungsfonds. 696 Millionen sind für dieses Jahr für die Verteidigung eingeplant, ein Zehntel als Militärhilfe an die Ukraine. Der *effort de défense* nähme damit von 0,77 Prozent auf 0,83 Prozent des BIP zu. Vielleicht ist die einzige originäre Priorität der CSV-DP-Regierung die Neutralisierung „zusätzlicher Indextranchen“ in der Steuertabelle, eine „Entlastung“ von Steuerpflichtigen in der Steuerklasse 1a und die Senkung der Betriebsbesteuerung um einen Prozentpunkt als einen „ersten Schritt“ – Gilles Roth kündigte all das für das Haushaltsjahr 2025 an.

Nach einem *Spuerpak* sieht das natürlich nicht aus. Die CSV-DP-Regierung möchte das „Triple A“ bewahren. Doch das Wirtschaftsumfeld ist volatil, die Weltpolitik auch, und welche Haushaltsregeln in der EU ab Ende dieses Jahres gelten sollen, steht noch nicht fest. Die *escape clause*, die 2020 nach Ausbruch der Covid-Seuche die Verpflichtung zur Einhaltung der Maastricht-Kriterien außer Kraft setzte und wegen Ukraine-Krieg und Energiekrise verlängert wurde, gilt ab diesem Jahr nicht mehr. In Erwartung der neuen Stabilitätsregeln nimmt die Regierung vorsichtshalber an, die aktuellen Regeln blieben weiter in Kraft.

Auch aus den Erläuterungen zum Mehrjahreshaushalt 2023 bis 2027 geht hervor, dass der „positive Schereneffekt“ ab 2025 sich in erster Linie aus mehr Einnahmen ergeben soll. In diese Richtung konnte man Gilles Roth schon in der *Budgetsried* verstehen: „In den nächsten Jahren“ könnten die Funktionskosten des Staates – da waren sie wieder – „kaum“ so weiterwachsen wie im Durchschnitt der Jahre 2019 bis 2023 mit zehn Prozent. Neue Posten beim Staat sollten „über einen längeren Zeitraum“ geplant werden, aber das hat vielleicht weniger mit Sparen zu tun als mit einer strategischeren Suche nach Kandidaten, die sich schwer finden lassen. Investitionen in den bezahlbaren Wohnungsbau schließlich sollten „nicht alle aus dem Staatshaushalt finanziert werden“. Noch „vor dem Sommer“ werde „ein Fonds geschaffen, um konkrete Projekte zu finanzieren“.

Die Steuereinnahmen dagegen werden im Mehrjahreshaushalt erklecklich geschätzt. Die direkten Steuern würden von 13,55 Milliarden Euro, die nun für dieses Jahr geplant sind, auf 15,71 Milliarden im Jahr 2027 zunehmen, allen voran die Einkommensteuer auf Löhne und Gehälter von 6,44 Milliarden auf 8,21 Milliarden im selben Zeitraum; ohne weitere Bereinigungen der Steuertabelle allerdings. Die Einkommensteuer der Betriebe stieg von 2,65 auf 2,76 Milliarden Euro, ohne Steuersenkungen und *trickle-down*-Effekt, den Luc Frieden im Wahlkampf versprach. Die TVA-Einnahmen nähmen von 5,6 Milliarden 2024 auf 6,6 Milliarden 2027 zu. Die Einnahmen aus der Abonnement-Steuer stiegen von 1,23 auf 1,57 Milliarden; die aus der Einregistrierungsgebühr von 220 Millionen auf 447 Millionen und damit noch immer 15 Prozent weniger als für 2023 geplant war, aber wegen der Hypothekenzinsen nicht erreicht wurden. Wer will, kann darin einen Widerspruch zum für Investoren und Promotoren geschnürten „Paket“ nach dem *Logementsdësch* erkennen.

Einen besonders bemerkenswerten Beitrag zum positiven Schereneffekt sieht der Mehrjahreshaushalt für die Zigarettenakzisen vor: 2023 sollten sie zu Einnahmen von 263,6 Millionen Euro führen, dieses Jahr sollen es 389 Millionen sein und 2027 – fast eine halbe Milliarde (456,5 Millionen Euro). So richtig ernst meint es die neue Regierung und ihr Finanzminister offenbar nicht mit einer nachhaltigen Haushaltsplanung, die „anders“ wäre als die von Blau-Rot-Grün.

Die Verschuldung der Gemeinde Mamer übrigens ist kein Anlass zur Sorge. Das Innenministerium wacht darüber, dass die Kosten zur Bedienung eines Kredits nicht höher werden als 20 Prozent der ordentlichen Einnahmen einer Gemeinde. Wie das Innenministerium dem *Land* mitteilte, wandte Mamer 2023 zur Bedienung des 80-Millionen-Kredits 11,9 Prozent seiner ordentlichen Einnahmen auf und war so gesehen die prozentual am drittstärksten mit Kreditkosten belastete Gemeinde. Am meisten wandte Echternach auf (16,4%), aber davon war schon oft die Rede. ●

Old school: Pierre Gramegna und Yuriko Backes hatten den Haushaltsentwurf auf einem USB-Stick übergeben. Gilles Roth übergab am Mittwoch wieder die Bücher. Und dann den Stick



Arbeit und Struktur

III Stéphanie Majerus

Die DP-Generalsekretärin und Echternacher Bürgermeisterin Carole Hartmann entspricht dem Stereotyp einer liberalen Politikerin. Wo steuert sie hin?

Mehr als jeder zweite Wahlberechtigte hat bei den Gemeindewahlen im Juli 2023 ein Kreuz hinter Carole Hartmanns Namen hinterlassen. 1 860 Stimmen erhielt die Juristin und DP-Abgeordnete. Auf der DP-Liste folgt der Zweitgewählte mit fast 1 000 Stimmen weniger. Der Wunsch der Echternacher war klar: Carole Hartmann soll Bürgermeisterin der 5 900-Einwohner-Stadt werden. Den fulminanten Lokalsieg verdankt sie indirekt dem in Echternach verstorbenen Apostel Willibrord (658–739). 2018 war CSV-Bürgermeister Yves Wengler noch der große Wahlgewinner: Er versprach, das ehemalige Hotel-Restaurant Petite Marquise in eine Gewerbe- und Wohnanlage umzuwandeln. Doch bei den Bauarbeiten wurden Überreste aus dem 7. Jahrhundert entdeckt, also aus Willibrords Lebzeiten. Wengler wurde nervös, äußerte sich überstürzt und irritierte zunehmend die Einwohner Echternachs. In einem Interview, das RTL mit „E Willibrord dee kee wëll?“ betitelte, zeigte er sich genervt von dem archäologischen Fund: Er wolle das Projekt bald umsetzen und „alles herausreißen“. Unter der zweiten Amtsperiode von Wengler rückte Hartmann für ihren Vater, den ehemaligen Sportlehrer und ebenfalls DP-Politiker, André Hartmann, in den Gemeinderat nach. Die Familie ist in Echternach durch den Tischtennis- und Tennis-Verein bekannt und allgemein „super beliebt“, sagt ihr Schulfreund und Grünen-Mitglied Max Pesch. Die 36-Jährige sei trotz nationaler Ambitionen eine „richtige Lokalpolitikerin, die auf keinem Fest fehle“. Zugleich schreitet sie auf nationaler Ebene weiter voran: 2022 wurde die Abgeordnete zur Generalsekretärin der Partei gewählt. In Kommissionssitzungen fällt sie auf – sie arbeitet sich in Dossiers ein und geht überlegt vor. Der DP-Parteipräsident Lex Delles bezeichnet sie gegenüber *Reporter* als „die Zukunft der Partei“.

Die Anfänge ihrer politischen Karriere liegen in ihrer Kindheit. „Am Abendtisch fanden Gespräche über Lokalpolitik statt“, sagt Hartmann. Zu Besuch waren gelegentlich Personen wie der ehemalige DP-Gesundheitsminister Carlo Wagner (1953–2021), mit dem ihr Vater befreundet war. Später ermutigte sie der Lehrer und Tennisspieler Claude Lamberty (DP) in die JDL einzutreten. Mit 17 Jahren stellt sie mit Joé Nilles (heutiger Bürgermeister von Berdorf) eine lokale Jugendsektion im Osten auf. 2013 ruft Xavier Bettel (DP) an und fragt sie, ob sie sich für die Nationalwahlen bereit fühle: „Er wollte die Partei damals verjüngen und erneuern“. Den Einzug ins Parlament verfehlte sie 2013 um 40 Stimmen. Vor diesem Anruf lag eine Jugend, in der die Nationalspielerin „viel Tischtennis spielte“. Sie war oft unterwegs „op Stagen an Tournoien“. In Nancy absolvierte sie ihr Jurasstudium dem Schwerpunkt auf Kriminalwissenschaft. „Zunächst peilte ich eine Karriere bei der Kriminalpolizei an.“ Doch nach einem Praktikum in der Kanzlei von Pol Urbany steigt sie dort ein.

Mittlerweile beherrscht sie die diplomatische Ausdrucksweise einer studierten Juristin und einer Partei-Generalsekretärin – interne Parteikonflikte dürfen nicht nach außen dringen. Als der *Quotidien* sie vor den Gemeindewahlen 2023 fragte, ob der Klatsch und Tratsch um Lydie Polfer und Corinne Cahen sie ärgere, verneinte sie. „Dass über die Möglichkeit mehrerer Sieger diskutiert wird, zeigt, dass die DP mit erfolgreichen Kandidaten in die Wahlen zieht.“ Gegenüber dem *Land* bekräftigt sie ihre blockunabhängige Position. Corinne Cahen habe wichtige Reformen in die Wege geleitet, wie die Abwandlung des RMG ins Revis. Lydie Polfer ihrerseits sei eine Frau, die viel erreicht habe. Gegenüber *Radio 100,7* verteidigt sie die Bürgermeisterin und das Bettelverbot – sie verstehe, dass man gegen ein Unsicherheitsempfinden in Luxemburg-Stadt ankämpfen müsse. Insbesondere Colette Flesch bewundert sie. Flesch habe „viel gearbeitet“. Und gezeigt, dass es keiner Quoten

bedürfe, um als Frau voranzukommen. „Ich möchte ebenfalls keine Quotenfrau sein“, sagt sie gegenüber dem *Land*. Auch Hartmann arbeitet viel: „Ich habe keine 40 Stunden Wochen.“ Als Jugendliche erledigte sie ihre Hausaufgaben abends nach dem Training. „In gewisser Weise habe ich diese Angewohnheit noch heute – abends, wenn mein Vierjähriges schläft, setze ich mich nochmals hin und gehe Dokumente durch.“

Zu Beginn dieser Woche sitzt sie in ihrem Bürgermeisterbüro am Echternacher Marktplatz. Wie immer ist eine Strähne in der Mitte der Stirn nach hinten gebunden, die restlichen Haaren trägt sie glatt gekämmt offen. Den Schal hat sie – wie Xavier Bettel – als Schlaufe gebunden. In ihrer Art wirken beide jedoch wie Gegensätze: Hartmann tritt unaufgeregt,

liberale Haltung in der Gesundheitspolitik: „Wir brauchen ein dezentralisiertes System, in dem Freiberufler im Rahmen eines vorgegebenen Gesetzes ihrer Spezialisierung nachgehen können und schwere Fälle dem Spital vorbehalten werden“, so Hartmann. Diese Position vertritt sie auch als die DP mit noch mit der LSAP und den Grünen regierte, und eckte damit bei den Koalitionspartnern an. Vor allem die LSAP befürchtete durch eine Liberalisierung eine finanzielle Überbelastung der CNS und ein Abwandern des Spitalpersonals. Angeregt durch ein persönliches Gespräch begann sie sich in der letzten Amtsperiode zudem mit dem mangelhaften Informationszugang zur Sterbehilfe zu beschäftigen. „Mir ist es wichtig, dass unheilbar Kranke in Würde sterben können“, sagt Hartmann dem *Land*. Neben dem Gesundheits-Dossier kamen in dieser Amtsperiode weitere Schwerpunkte hinzu, so hat sie jetzt den Vorsitz des parlamentarischen Ausschusses für Wirtschaft, KMUs, Tourismus und Energie inne und fungiert neben Fraktionspräsident Gilles Baum als Vize-Fraktionspräsidentin. Die Abgeordnete Barbara Agostino beschreibt sie in dieser Rolle als „engagiert, loyal, fair a riicht eraus.“ Agostino erlebt sie als ambitioniert und sieht sie auf dem Weg einer „schöner politischer Karrier“.

In Echternach stolperte Wengler nicht nur über Willibrord. Die Opposition wunderte sich vor den Wahlen 2023 zunehmend über großzügige Verträge mit einer Beratungsfirma, die die Machbarkeit und Umsetzung eines City-Outlets begleitete – mehrere Hunderttausend Euro flossen seit 2017. Das City-Outlet steht noch immer nicht. Jedes fünfte Geschäft der Abteistadt ist leer – das sind 7 000 Quadratmeter ungenutzte Verkaufsfläche. Da sich Echternach als Hauptstadt des Müllerthals vermarkten will, sollen vor allem Outdoor-, Wander- und Sportmarken in der Abteistadt das City-Outlet füllen. Seit einem Monat präsidiert Hartmann das Tourismusamt der Region Müllerthal (ORT). „De Mëllerdall ass eng vun de flottste Regiounen“, am liebsten gehe sie in die Wolfsschlucht wandern, erwähnt Hartmann in einem DP-Werbeclip. Der rund 120 Kilometer lange Müllerthal-Trail konnte mit 214 000 Wanderern letztes Jahr einen neuen Rekord aufstellen. Neuerdings trägt Echternach gar die Auszeichnung European Destination of Excellence, weil die Stadt ein hochwertiges Angebot im Bereich des sanften Tourismus anbiete.

Aber Auszeichnungen spülen, wenn dann nur indirekt Geld in die Gemeindekasse. Die Stadtverwaltung schleppt ein Haushaltsdefizit von 80 Millionen Euro mit sich. So sind beim Umbau der Marquise unverhofft bereits 10 Millionen verpufft. Und die Überschwemmung von Juli 2021 hat die halbe Stadt verwüstet: „Das Wasser stand bis zum Marktplatz. Der Kindergarten wurde gänzlich überschwemmt, allein für die provisorischen Container mussten wir 3,5 Millionen Euro ausgeben. Unsere Sportinfrastruktur inklusive Schwimmbecken

sind futsch – wir müssen deren Neubau planen.“ Ebenfalls schwer beschädigt wurde der Echternacher Park, in dem sich der ehemalige Klostergarten und ein Rokoko Pavillon aus dem Jahr 1761 befinden. „Ich bin froh, dass uns der Kulturminister in zwei Wochen besucht, dann werden wir unter anderem Lösungen für die Neugestaltung des Parks suchen“, sagt Hartmann. Der Minister, Eric Thill, ist ihr Parteikollege. Vom Staat wurden bisher nur 800 000 Euro Beihilfen überwiesen. Die Echternacher Wähler erhoffen sich von der neuen Bürgermeisterin Carole Hartmann wohl einen engen Draht in höhere Machtkreise. Und sie hat ihr Echternacher Umfeld (noch) nicht enttäuscht. Fragt man sie, warum sie keinen Regierungsposten annahm, antwortet Hartmann: „Anfang 2023 war mein Ziel ganz klar, Bürgermeisterin zu werden.“ Sie wolle das Vertrauen der Echternacher nicht auf's Spiel setzen. ●



Carole Hartmann

emotionslos und bedacht auf. Xavier Bettels Reden sind von Pathos, Mimik und Gebärden Spielereien durchzogen. Die Positionen sorgen für eine luxemburgische Liberale für keine Überraschung: Laut *Smartwielen* ist sie gegen eine Senkung der Wochenarbeitszeit ohne Lohnverlust; gegen eine Erhöhung des Mindestlohns um 10 Prozent; gegen eine Erbschaftssteuer in direkter Linie und gegen eine stärkere Besteuerung von hohen Einkommen. In DP-Tradition stellt sie sich konsequent gegen ein konservatives Familienbild: das Adoptionsrecht sollte nicht auf verheiratete Paare beschränkt bleiben und Erziehungsberechtigte, die ihren Beruf aufgeben, um ihre Kinder zu Hause zu erziehen, sollten keine Zulage erhalten. Um dem grünen Punkt im DP-Logo gerecht zu werden, spricht sie sich für die Energiewende und Biolandwirtschaft aus. Gegenüber dem *Land* bekräftigt sie nochmals ihre wirtschafts-

B L O G



POLITIK

Shhhhh...

« Que Luc Frieden s’abstienne dorénavant d’intervenir sur un dossier dont il ne maîtrise visiblement pas les enjeux et qu’il laisse le ministre des Affaires étrangères et les diplomates luxembourgeois faire leur travail », ont asséné mardi Déi Lénk dans un communiqué envoyé dans le cadre du débat sur la reconnaissance de la Palestine en tant qu’État. Le parti de gauche, en pointe sur le sujet, condamne « avec la plus grande fermeté » les propos jugés « irresponsables » du Premier ministre CSV (photo : sb). Le 21 février, l’intéressé a prétendu qu’il fallait, pour que le Luxembourg reconnaisse un État, que son territoire soit défini et que tel n’était pas encore le cas. De la

« désinformation », s’offusque Déi Lénk. La preuve : le gouvernement a lui-même, le 22 février devant la Cour internationale de justice (CIJ), dénoncé la colonisation israélienne et « les atteintes à l’intégrité du territoire palestinien ». « Les prises de position du Premier ministre (...), juridiquement ineptes, ne sont qu’une reprise de la propagande du gouvernement d’extrême-droite israélien, qui ne fait aucun mystère de sa volonté de rayer la Palestine de la carte », fait encore valoir Déi Lénk. ^{PSO}

Diesmal nachhaltig

Wie vor den Gemeinde- und den Kammerwahlen unterzeichneten die politischen Parteien am Mittwoch auch zu den Europawahlen am 9. Juni ein Wahlkampfabkommen. Die kleinen Hohlkammer-Plakate, die voriges Jahr omnipräsent waren, sollen nicht benutzt werden, landesweite *toutes boîtes* soll es nur zwei geben. Gadgets für die Wähler/innen sollen möglichst aus nachhaltigem Material bestehen, und der Wahlkampf, der offiziell am 6. Mai beginnt, frei sein von

„Diffamierungen und Falschaussagen“. ^{PF}

Schwergewichte

Mit zwei politischen Schwergewichten zieht die DP in den EU-Wahlkampf. Spitzenkandidat ist erwartungsgemäß der 72-jährige „Härebauer“ aus Schieren und frühere Umweltminister Charles Goerens, der seit 1982 (mit Unterbrechungen) im Europaparlament sitzt. Ihm als Stimmenfänger zur Seite steht der 66-jährige Südbezirks-Abgeordnete und Bettemburger Schöffe Gusty Graas, der 2019 bei seiner ersten Kandidatur Zweitletzter der DP-Europaliste geworden war. Bei den Kammerwahlen im Oktober konnte Graas sein Resultat gegenüber 2018 verbessern und wurde wie schon 2013 direkt ins Parlament gewählt. Neben den beiden „alten, weißen Männern“ setzt die DP vor allem auf junge Frauen. Ko-Spitzenkandidatin ist die 28-jährige Englischlehrerin Amela Skenderović, die 2023 sowohl bei den Gemeinde- als auch bei den Parlamentswahlen ein beachtliches Resultat erzielte. In Esch/Alzette verpasste die Newcomerin den Einzug in den Gemeinderat nur

knapp, im Oktober wurde sie im Südbezirk Achte. Auch für Jana Degrott ist es die erste Kandidatur bei den Europawahlen. 2017 wurde die 28-jährige Juristin, die sich zivilgesellschaftlich für Inklusion einsetzt, in den Gemeinderat von Steinsel gewählt, im Juni wurde sie bestätigt. Bei den Parlamentswahlen klassierte sie sich auf der prominent besetzten DP-Zentrumsliste wie schon 2018 im hinteren Mittelfeld. Die frühere Generaldirektorin von Esch 2022, Nancy Braun (51), und der ehemalige *RTL*-Mitarbeiter Christos Floros (30) vervollständigen die Liste. ^{LL}

PERSONALIEN

Yuriko Backes,

DP-Mobilitätsministerin, war als erfahrene Diplomatin im *Wort* am Mittwoch sehr diplomatisch zum Ausbau der Tram (auf dem Foto von Sven Becker die Bauarbeiten auf dem Kirchberg 2017). Eine Trasse entlang der *Neipuertsgaass* in der Hauptstadt und ihre Weiterführung über den



Boulevard Royal verlangen, den Autoverkehr neu zu denken; Lydie Polfer stimmt dem bisher nicht zu. Ihre Parteikollegin Ministerin tut der Bürgermeisterin den Gefallen, die „Notwendigkeit einer Ausweichmöglichkeit, wenn es auf einem Abschnitt eine Störung gibt“, vorsichtig eine „Überlegung“ zu nennen. Backes’ Vorgänger François Bausch (Grüne) fand, ohne eine zweite Trasse durch die Innenstadt müsse der Fahrplankontakt länger werden, wenn die Tram um 2028 auch über den Kirchberger Boulevard Adenauer zur Luxexpo fahren soll und über eine weitere Neubaustrecke zum CHL. ^{PF}

Marc Lies,

député-maire der CSV in Hesperingen, nannte im *Radio 100,7* am Montag seinen *Facebook*-Post über eine „Open-Gates-Politik“, die der frühere LSAP-Immigrationsminister Jean Asselborn betrieben habe, „einen Fehler“. Er habe sich aber nicht über Flüchtlinge äußern wollen, sondern zur „Sicherheitssituation“. Doch dürfe „man hier im Land nicht mehr alles sagen“, klagte er. In Wirklichkeit aber erlauben Parteikader von CSV und DP mit nur mittleren Funktionen wie Lies oder Simone Beissel es sich, nicht staatstragend zu sein. ^{PF}

Jean-Claude Juncker,

ehemaliger Präsident der EU-Kommission, hat sich in einem Interview mit der katholischen deutschen *Tagespost* „strikt“ dagegen ausgesprochen, „dass Meloni Einzug in die EVP hält“. Das käme einer „Verharmlosung“ der extremen Rechten gleich. In der Fraktion der Europäischen Volkspartei wird eine Zusammenarbeit

mit Melonis Fratelli d’Italia diskutiert. EVP-Präsident Manfred Weber von der deutschen CSU ist dafür offen. ^{PF}

SOZIALES

Gleich hinzuverdienen

Freiberufler, die eine vorgezogene Altersrente (ab 60) angetreten haben, dürfen monatlich höchstens ein Drittel des Mindestlohns hinzuverdienen, ohne dass ihre Rente gekürzt wird. Für früher lohnabhängig Beschäftigte dagegen wird die Grenze aufs Jahr und beim Durchschnitt der fünf höchsten Brutto-Jahreslöhne der Versicherungslaufbahn gezogen. In einem Urteil vom 1. März hat das Verfassungsgericht darin einen Verstoß gegen das Gleichheitsprinzip vor dem Gesetz erkannt. ^{PF}

GESUNDHEIT

Kommen und Gehen

Nur einen Monat nach seiner Berufung hat der Generaldirektor des LNS, Michel Toungouz Nevessignsky, sein Amt schon wieder niedergelegt. Verwaltungsratspräsidentin Evelin Schrock schied auch aus. Das frühere *Staatslabo* erklärte in einer Mitteilung, „un nouveau plan stratégique“ sei nötig, sowie eine „réorganisation“ zur Verkürzung der langen Wartezeiten auf Resultate von Krebs- und Genanalysen sowie zur Beschleunigung von Akkreditierungen beider Abteilungen. Dass gerade diese Bereiche reorganisiert werden müssen, lässt aufhorchen: Dem LNS ist dort seit 2018 ein Monopol per Gesetz zugesichert. ^{PF}

|||||

Lauter schlechte Nachrichten

||||| Peter Feist

Als hätte jemand einen Stöpsel gezogen, gibt es seit einer Woche immer neue schlechte Nachrichten um die CMCM, die Caisse médico-complémentaire mutualiste. Handelten sie zunächst von den auf Intrigen hindeutenden Umständen, unter denen CMCM-Verwaltungsratspräsident André Heinen abberufen wurde, nahmen anschließend Vorwürfe an Generaldirektor Fabio Secci zu: Dem früheren UBS-Manager, der 2015 den Chefposten bei der Mutualitätskasse übernommen hatte, waren schon vor zwei Jahren Direktorenkollegen in einem „Comité“ zur Seite gestellt worden. Das sollte Secci „encadréieren“, meint ein anonymen Informant, der seit Montag als „E besuergte Mutualist“ ausgewählten Medien, darunter dem *Land*, CMCM-Interna zukom-

men lässt: E-Mails, die auf eine ungeschickte Personalführung durch Secci während der Covid-Krise schließen lassen, oder einen Bericht der Finanzkommission des CMCM-Verwaltungsrats vom Januar 2023: Der kommt zum Schluss, „il convient de constater que le système de rémunération mis en place présente un caractère amateuriste qui risque d’aboutir à des abus voire renferme en lui un risque de fraude fiscale (aggravée ?)“. Wobei diese Kommission jedoch anscheinend nicht allein über den Generaldirektor und für ihn geschaffene Vorteile ermittelte, sondern über Vergünstigungen für die gesamte Direktion.

Ein Bericht im *Wort* vom Mittwoch verlieh der Affäre eine zusätzliche Facette: Die Privat-

versicherer DKV/Lalux, Foyer und Axa legen offenbar schon seit Jahren beim Verwaltungsgericht Klage gegen Entscheidungen des Sozialministeriums ein, das die Aktivitäten der CMCM stets im Einklang mit ihrer staatlichen Zulassung fand. Die Klagen greifen das Geschäftsmodell der CMCM an, das unter Secci in der Tat in Richtung einer Konkurrenz mit den Privaten getrieben wurde. Das war und ist riskant: Als Mutualitäts-Kasse genießt die CMCM einen Sonderstatus. Ein Gesetz, das 2018 der damalige LSAP-Sozialminister Romain Schneider entwerfen ließ, sollte die 50 Jahre alte Rechtsbasis sämtlicher Mutualitätsvereine modernisieren, war jedoch in erster Linie für die Zusatz-Krankenkasse mit ihren 280 000 Mitgliedern gedacht (*d’Land*,

2.2.2018). Es nimmt sie von den europäischen Solvabilitäts-Regeln aus, denen Privatversicherer unterliegen. Vorausgesetzt, die CMCM kommt diesen nicht in die Quere. Wie die drei Versicherer und der Branchenverband Aca die Sache sehen, tut sie das aber.

Behauptete bisher nur der „besuergte Mutualist“, „Kamroden“ im Sozialministerium hielten die Hand über LSAP-Mitglied Fabio Secci, hat die Angelegenheit mit dem Bekanntwerden der Klagen der Versicherer endgültig eine politische Dimension erhalten. Auf Antrag der Grünen wird Gesundheits- und Sozialministerin Martine Deprez (CSV) sich am 20. März im zuständigen parlamentarischen Ausschuss zur CMCM äußern. ●



„Die unglaubliche Vorgehensweise der anderen Gewerkschaft“

Am Dienstag im Staatsministerium

IIII Luc Laboulle

Vor den Sozialwahlen bekriegen OGBL und LCGB sich in den Betrieben. Im gewerkschaftspolitischen Wahlkampf schlagen Nora Back und Patrick Dury hingegen versöhnlichere Töne an

Rekorde „L'OGBL présente 6 124 candidats dans 831 entreprises et bat ainsi son propre record !“, verkündete die mit rund 76 000 Mitgliedern größte Gewerkschaft Luxemburgs am Dienstagvormittag. Eine halbe Stunde später reagierte die mit 47 400 Mitgliedern zweitgrößte Gewerkschaft: „Le LCGB présente 4 297 candidats dans 539 entreprises. Il s'agit d'un résultat jamais atteint auparavant.“ Obwohl in Luxemburg der gewerkschaftliche Organisationsgrad in den vergangenen 20 Jahren von 44 auf 28 Prozent sank, ist das Wahljahr 2024 offenbar eines der Superlative. Die Rekorde täuschen jedoch darüber hinweg, dass bei den letzten Sozialwahlen vor fünf Jahren rund 58 Prozent der 16 500 Personaldelegierten „neutral“, also nicht Mitglied einer Gewerkschaft waren – die meisten davon in den vielen kleineren Betrieben unter 100 Angestellten, die ihre Ausschüsse nach dem Majorzsystem wählen. Unter den 7 500 Delegierten in den Betrieben über 100 Beschäftigte, die im Proporzsystem wählen, waren zwei Drittel der Betriebsräte Mitglied einer Gewerkschaft. Insgesamt stellt der OGBL mit 23 Prozent aller Delegierten zehn Prozent mehr als der LCGB, drei Prozent gehören der Aleba an, die nach 2019 ihre sektorielle Repräsentativität im Finanzsektor jedoch verloren hat und seitdem auch eine Gewerkschaft für alle Beschäftigten sein will.

Ähnlich sind die Kräfteverhältnisse in der Chambre des Salariés (CSL), wo der OGBL 2019 trotz leichter Zugewinne drei (Rest-)Sitze verloren hatte. Mit 35 Sitzen hält er aber nach wie vor die absolute Mehrheit, die er nach der Fusion mit dem Landesverband auf 37 Mandate ausbauen konnte. Der LCGB kommt auf 18, die Aleba auf vier und die dem LCGB nahe stehende Syprolux auf einen Sitz. In der Salaratskammer haben sich die Machtverhältnisse seit der Einführung des Einheitsstatuts nur unwesentlich verändert. Allerdings möchte der OGBL die drei Sitze, die er 2019 an den LCGB verloren hat, wieder zurückgewinnen. Würde der OGBL gestärkt, wäre das auch ein Signal an die neue CSV-DP-Regierung: Dass die 616 754 potenziellen Wahlberechtigten, die in Luxemburg leben und/oder arbeiten, weniger rechtsliberal denken und wählen als die 286 739 Wähler/innen, die 2023 zu den Parlamentswahlen zugelassen waren. Selbst wenn die Wahlbeteiligung wie 2019 nur bei 33

Nach der Beendigung des Streiks und der Wiederherstellung des Kollektivvertrags hat Ampacet beschlossen, ein halbes Dutzend der insgesamt rund 60 Beschäftigten zu entlassen

Prozent liegen würde, nähmen an den Wahlen zur CSL immer noch fast genau so viele Bürger/innen teil wie an den Kammerwahlen. „Notre campagne et notre programme ont été influencés par les annonces politiques du nouvel exécutif. Ces élections sociales seront déterminantes“, sagte OGBL-Präsidentin Nora Back am Montag dem *Quotidien*. Die Hoffnungen der politischen Linken, die sich seit Oktober geschlossen und geschwächt in der parlamentarischen Opposition wiederfindet, ruhen nun auf dem OGBL.

Der LCGB kann die Wahlen zur Salaratskammer gelassener angehen. Um die absolute Mehrheit des OGBL zu gefährden, müsste der christliche Gewerkschaftsbund schon einen Erdbebenstreich erringen, was unwahrscheinlich ist. Genauso unwahrscheinlich ist, dass der LCGB zwölf Prozentpunkte und damit seine nationale Repräsentativität verliert. Zwar gab LCGB-Präsident Patrick Dury sich in der heißen Wahlkampfphase kämpferisch, kritisierte insbesondere CSV-Sozialministerin Martine Deprez wegen ihrer geplanten Rentenreform, doch sein historischer Alliierte ist zurück in der Regierung

und auch mit der DP pflegte der LCGB in den vergangenen Jahren ein gutes Verhältnis, nicht zuletzt, weil die christliche Gewerkschaft zusammen mit der CGFP die Indexverschiebung bei der Tripartite im März 2022 mitgetragen hatte. Der OGBL hatte sich dem verweigert und versucht nun im Wahlkampf aus seinem Widerstand von damals Kapital zu schlagen. Im Gegensatz zu anderen Gewerkschaften stehe der OGBL „für die Verteidigung und Wiederherstellung der Indexierung der Löhne, der Renten und aller Sozialleistungen“, heißt es in einem Traktat, das der unabhängige Gewerkschaftsbund verteilt und in den sozialen Netzwerken veröffentlicht.

Das Tripartite-Abkommen vom März 2023 hatte der OGBL zwar mitgetragen, doch seine oppositionelle Haltung hatte er in anderen Bereichen zum Ausdruck gebracht. Der gewonnene Streik beim Plastikgranulathersteller Ampacet hatte der Gewerkschaft Zuspruch und Sympathien eingebracht. Was nicht zuletzt auch daran lag, dass es die Unternehmensleitung war, die den Kollektivvertrag einseitig aufgekündigt und die Einigung vor dem Schlichtungsamt abgelehnt hatte, so dass dem im Betriebsrat von Ampacet die Mehrheit stellenden OGBL fast keine andere Wahl blieb, als zu streiken. Nach der Beendigung des Streiks und der Wiederherstellung des Kollektivvertrags hat Ampacet jedoch beschlossen, ein halbes Dutzend der insgesamt rund 60 Beschäftigten zu entlassen. Ob diese geplanten Entlassungen aus betriebsstrukturellen Gründen notwendig geworden sind oder ein Racheakt infolge der Arbeitsniederlegung, ist wohl Ermessenssache. Die Gewerkschaft setze alles daran, einen *plan de maintien dans l'emploi* für die Betroffenen auszuhandeln, bestätigt Nora Back dem *Land*. Die Diskussionen darüber seien noch nicht abgeschlossen. Kommuniziert habe man die geplanten Entlassungen bislang nicht, weil man vor den Sozialwahlen nicht das Signal habe senden wollen, Arbeitskampf ziehe Repressionen nach sich, sagt die OGBL-Präsidentin.

Front Tatsächlich findet der echte Wahlkampf nicht auf der Ebene der Salaratskammer, sondern „an der Front“ in den Betrieben statt. Im Ringen um Kandidat/innen für die Wahlen zu den Betriebsausschüssen wird mit harten Bandagen gekämpft. Nicht selten werfen OGBL und LCGB sich einan-



Im Sommer 2022

der Respekt- und Skrupellosigkeit vor. In einem mittelgroßen Handelsbetrieb, in dem der LCGB die absolute Mehrheit hält, unterstellte ein LCGB-Gewerkschaftssekretär diese Woche in einer mit „Die unglaubliche Vorgehensweise der anderen Gewerkschaft“ überschriebenen Flugschrift dem Zentralsekretär des OGBL, Kandidaten „in eine Falle gelockt“ und unter Druck gesetzt zu haben. Ein OGBL-Zentralsekretär warf seinerseits dem LCGB-Präsidenten nach einem Radio-Interview in einem an die Beschäftigten der Stadt Luxemburg verteilten Traktat vor, sich nicht für die Angestellten im öffentlichen Dienst zu interessieren. Solche polemischen Auseinandersetzungen, die manchmal unter der Gürtellinie geführt werden, sind Teil des „Spiels“ und werden von den Präsident/innen nicht überbewertet.

Wenn Patrick Dury im Interview mit dem *Tageblatt* jedoch behauptet, Hauptkonkurrent des LCGB seien „die, die nicht gewerkschaftlich organisiert sind“, ist das nur die halbe Wahrheit. Sicherlich freuen sowohl OGBL als auch LCGB sich, wenn sie in Betriebe und Branchen vordringen können, die bislang „gewerkschaftsfrei“ waren. Wie zum Beispiel in die Europazentrale des allgemein als gewerkschaftsfeindlich geltenden Onlinehandels-Giganten Amazon, wo der OGBL vergangene Woche damit warb, 30 Kandidat/innen (für 44 Plätze) von sich und seinem Programm überzeugt zu haben. Auch der LCGB hat bei Amazon eine Liste, allerdings mit nur halb so vielen Kandidat/innen. Ob Gewerkschaftsvertreter tatsächlich in die bislang ausschließlich von „Neutralen“ gebildete Delegation gewählt werden, steht allerdings auf einem anderen Blatt, denn die „Amazonians“, die in Luxemburg nicht von schlecht bezahlten Lagerarbeiter/innen, sondern von hochqualifizierten „Talenten“ aus Bereichen wie IT, HR, Wirtschaftsrecht oder Finanzmanagement gebildet werden, haben die ultraliberale, manchmal sektiererisch anmutende Unternehmensphilosophie oft schon verinnerlicht, bevor sie dort zu arbeiten beginnen.

Der OGBL verkündete diese Woche, dass er erstmals in der Bäckereibranche Kandidatenlisten anbieten kann. Unternehmen wie Fischer, Oberweis, Hoffmann, Namur, Jos & Jean-Marie oder Mosella hatten sich bislang erfolgreich gegen die Implementierung von Gewerkschaften in ihren Betriebsräten gewehrt. Sollten Gewerkschafter gewählt werden, würde das die Aussicht auf einen Branchentarifvertrag erhöhen. Auch im Einzelhandel und in der Dienstleistungsbranche habe der OGBL wichtige Durchbrüche erzielt, sagt Nora Back.

Der größte Konkurrenzkampf tobt aber in den traditionellen Wirtschaftszweigen und in großen Industriebetrieben, wo die beiden national repräsentativen Gewerkschaften zwar beide schon vertreten sind, jedoch prozentual nicht weit auseinanderliegen und um knappe Mehrheiten ringen. Sowohl OGBL als auch LCGB betonen gegenüber dem *Land*, dass sie in fast allen Branchen zusätzliche Kandidat/innen rekrutieren konnten – auch und vielleicht gerade in solchen, die wegen der fortschreitenden Digitalisierung oder aus konjunkturellen oder ökologischen Gründen als weniger zukunftsfähig gelten und deshalb von Umstrukturierung und Stellenabbau bedroht sind. Mit Ausnahme des Transports ist der OGBL in allen Sektoren führend.

Das vornehmlich durch Mitgliedsbeiträge gespeiste Budget der Gewerkschaft werde durch die hohen Verluste und Schulden der Luxmill SA nicht beeinträchtigt, versichert Patrick Dury

Die Herausforderungen der beiden großen Gewerkschaften könnten unterschiedlicher nicht sein. Während auf dem OGBL zusätzlich der politische Druck der linken parlamentarischen Opposition lastet, fokussiert der LCGB sich auf die Betriebe. Das lässt sich auch an den jeweiligen Wahlkampagnen erkennen. Die roten Plakate des OGBL durchfluten den öffentlichen Raum, der LCGB setzt hingegen fast ausschließlich auf das Verteilen von Traktaten „um Terrain“ und auf gezielte Werbung in den sozialen Medien. 2019 habe man festgestellt, dass die Wirkung von Plakaten und teuren Gimmicks „nicht enorm“ gewesen sei, meint Patrick Dury im Gespräch mit dem *Land*. Nora Back beteuert, die Kampagne des OGBL habe preisindexiert nicht mehr gekostet als die von 2019.

Inhaltlich verläuft die politische Kampagne zu den Sozialwahlen in diesem Jahr wesentlich versöhnlicher als 2013 und 2019. Vielleicht liegt das daran, dass die Sozialwahlen nur fünf Monate nach den Kammerwahlen stattfinden und für Wahlkampf nicht viel Zeit bleibt. Vor fünf Jahren war der Ton noch rauer. Der damalige OGBL-Vorsitzende André Roelten warf seinem Kontrahenten vor, dass der LCGB „an seiner selbst auferlegten, rückständigen Mission der gewerkschaftlichen Spaltung“ festhalte. Patrick Dury konterte anschließend in seiner 1.-Mai-Rede: „Zu Esch ass ee lassmarschéiert, deen den LCGB wollt doutmaachen“, doch das sei Roeltgen nicht gelungen.

Dass der gewerkschaftspolitische Wahlkampf in diesem Jahr harmonischer wirkt, liegt vielleicht auch daran, dass inzwischen Nora Back dem OGBL vorsteht. 2019 hatte sie als OGBL-Generalsekretärin bei der Wahl zur Chambre des Salariés den internen Machtkampf gegen Roeltgen überraschend gewonnen und die Präsidentschaft des „Parlaments der Arbeit“ von Jean-Claude Reding übernommen. Als Konsequenz überließ Roeltgen ihr auch den Vorsitz des OGBL – eine Amtszeit früher als ursprünglich geplant. In der Salariatskammer arbeiten Nora Back und Patrick Dury eng zusammen und obwohl

beide in politischen Fragen längst nicht immer auf einer Linie sind, halten sie sich mit persönlichen Attacken zurück.

Einheitsgewerkschaft Für die Bildung einer Einheitsgewerkschaft, die der OGBL (und seine Vorgängergewerkschaft LAV) sich schon seit Jahrzehnten wünscht, scheint die gegenseitige Sympathie jedoch noch nicht groß genug. Vielleicht war die Gelegenheit aber noch nie so günstig wie heute. Die immer wirtschaftsliberaler gewordene CSV, die in den vergangenen Jahrzehnten die Einheitsgewerkschaft aus politischen Gründen stets zu verhindern wusste, hat kaum noch Einfluss im LCGB. Ihr sozialer Flügel, wenn er denn überhaupt noch existiert, ist näher an der Caritas als an der Gewerkschaft. Zudem fehlt es dem LCGB an Nachwuchs. Im Vergleich zum OGBL, der sich seit dem Amtsantritt seiner Präsidentin Nora Back (44) stark erneuert hat, ist das LCGB-Exekutivkomitee größtenteils männlich (unter den 23 Mitgliedern sind nur fünf Frauen) und vergleichsweise alt. Patrick Dury (59), der der Gewerkschaft seit 2011 vorsteht, wird nächstes Jahr für eine weitere Amtszeit kandidieren, wie er dem *Land* bestätigt. Und das obwohl sein autoritärer Führungsstil in der Vergangenheit bereits des Öfteren öffentlich kritisiert wurde. Ein geeigneter Nachfolger ist bislang nicht in Sicht.

Fragen stellen sich auch zur finanziellen Situation der christlichen Gewerkschaft. 2017 hatten zwei LCGB-nahe, auf dem Mutualitätsprinzip basierende Versicherungsvereine (die 2020 zur Luxmill Mutuelle fusionierten) und die Foyer des Syndicats Chrétiens Asbl. die Luxmill SA gegründet, um ein Großbauprojekt in Belval umzusetzen, mit dem der LCGB sein „Geschäftsmodell“ erweitern will. Als Garantie für die Aufnahme von Schulden zur Finanzierung des Projekts hatten die Aktionäre mehrere Immobilien in die Gesellschaft eingebracht, darunter auch den Hauptsitz der Gewerkschaft in der Rue du Commerce im hauptstädtischen Bahnhofsviertel, der aber unter keinen Umständen verkauft werden sollte, wie Patrick Dury 2020 im Rahmen einer gemeinsamen Recherche von *Land* und *Reporter* beteuerte. Im Verwaltungsrat der Aktiengesellschaft sind neben Patrick Dury, LCGB-Generalsekretär Francis Lomel und dem stellvertretenden Generalsekretär Christophe Knebeler auch der Pro-Actif-Vorsitzende und Dury-Vertraute Norbert Conter (als Präsident) und dessen Tochter Christine Conter, die gleichzeitig Generaldirektorin von Luxmill ist. Dass seit 2022 mit Marco Sgreccia (Tracol) auch ein großer Baupromotor im Verwaltungsrat sitzt, ist für eine Gewerkschaft, die in der nationalen Wohnungsbaupolitik mitreden will, politisch nicht unbedenklich.

Neben einem neuen LCGB-Hauptsitz in Belval sollte das als „Wellbeing-Factory“ beworbene Projekt auf einer Grundfläche von 2 000 Quadratmetern 70 möblierte Studios für „Expats“ und Studierende, Coworking-Spaces, einen Konferenzraum, ein modernes Fitness-Zentrum sowie Geschäfte und Gastronomiebetriebe beherbergen. „Opening in 2021“ ist bis heute auf der Luxmill-Internetseite zu lesen. Mittlerweile steht das Gebäude, doch von außen sieht es noch weitgehend unbewohnt aus. Die Geschäftsbilanz von Luxmill für 2022 führt Verluste in Höhe von 2,7 Millionen und Schulden von 40,8 Millionen Euro auf – Letztere sind fast doppelt so hoch wie noch 2020.

Auf Nachfrage erklärt Dury, dass die 70 Studios inzwischen vermietet seien und bald auch die ersten Geschäfte im Luxmill eröffnen sollen. Der Umzug des LCGB nach Belval sei wegen der Corona-Pandemie und der Sozialwahlen in Verzug geraten, doch vielleicht werde man den Hauptsitz in zwei bis drei Jahren dorthin verlegen. Das vornehmlich durch Mitgliedsbeiträge gespeiste (vollkommen intransparente) Budget der Gewerkschaft werde durch die hohen Verluste und Schulden der Luxmill SA nicht beeinträchtigt, was auch gar nicht möglich sei, weil der LCGB (wie die anderen Gewerkschaften auch) nicht über einen Gesellschaftsvertrag verfügt, versichert Patrick Dury. Auch die Luxmill Mutuelle und das Foyer des Syndicats Chrétiens veröffentlichen trotz *statut juridique* keine Bilanzen.

Für eine Einheitsgewerkschaft sprechen aber vor allem politische Argumente. In arbeitsrechtlichen Fragen bleibt das Koalitionsabkommen der CSV-DP-Regierung sehr vage. Zwar sollen das Kollektivvertragsgesetz und der Sozialdialog reformiert werden, allerdings ist bislang nicht bekannt, wie und zu wessen Gunsten. Auf eine *question élargie* des linken Abgeordneten Marc Baum konnte der CSV-Arbeitsminister vergangene Woche im Parlament noch keine Details liefern. Bis zur Sommerpause will Georges Mischo dem Regierungsrat jedoch einen Vorentwurf für eine Reform des Tarifvertragsgesetzes vorlegen, um den Anforderungen der EU-Richtlinie für angemessene Mindestlöhne und zur Stärkung der Tarifbindung gerecht zu werden. Wenn darin die 100 Jahre alte Arbeitgeberforderung umgesetzt werden sollte, dass Kollektivverträge nicht mehr nur mit repräsentativen Gewerkschaften, sondern auch mit neutralen Delegationen ausgehandelt werden können, wäre das weder im Interesse des OGBL, noch des LCGB. Dass es soweit kommt, will vor den Sozialwahlen niemand glauben. Ausschließen will es aber auch keiner. ●

Fly in no company

IIII Pierre Sorlut

Deux voyages en jet privé cette semaine pour #Luc

Luc Frieden apparaît lundi sur un cliché diffusé sur X (anciennement Twitter) par un responsable du protocole du gouvernement néerlandais. C’est à lui que le Premier ministre sert la main, les pieds sur le tapis rouge qui lui a été déroulé sur le tarmac. La scène se passe devant un garde de la maréchaussée royale sabre en main, sous les yeux de l’ambassadeur du Luxembourg aux Pays-Bas, Mike Hentges, et (surtout) avec pour fond un jet privé.

Renseignements pris sur Flightra- dar24, le Premier ministre s’est rendu à une visite de travail auprès de son homologue néerlandais, Mark Rutte, avec un avion de la compagnie allemande E-Aviation, un Cessna Citation Jet. Ce alors que des vols commerciaux décollaient vers les Pays-Bas le même jour, dont un à 10h50 pour Amsterdam.

Cela ne convenait pas au Premier ministre qui s’est envolé à 10h21 vers l’aéroport de La Haye-Rotterdam et une réunion prévue à 11h. Luc Frieden avait avant cela présidé le Conseil de gouvernement, avancé au lundi pour adopter le projet de budget. « Il a donc opté pour un avion dit militaire dans le cadre des arrangements entre l’armée luxembourgeoise, European Air Transport Command (EATC), et les minis-

tères de la Défense belge et néerlandais », nous explique son cabinet. Avant que nous le sollicitions, le ministère d’État avait communiqué le contenu de la visite : « Les deux chefs de gouvernement ont convenu d’une coopération renforcée sur divers sujets, notamment dans le domaine des énergies renouvelables, y inclus l’hydrogène ». L’ironie ne s’arrête pas là. De passage au micro du podcast de *Gëlle Fro* lors de sa campagne électorale, Luc Frieden avait plaisanté sur un stéréotype associé à la nationalité de son épouse. Puisqu’elle est « hollandaise », il voyagerait en classe éco. « Il se présente pour à nouveau voler en business », avaient réagi les deux trublions de l’interview politique (*d’Land*, 25.08.23).

Mercredi, le Premier ministre a filé vers la Roumanie où il voyait notamment le président Klaus Iohannis et assistait ce jeudi au congrès de sa famille politique européenne, l’EPP. Cette fois encore, Luc Frieden a voyagé en jet. Cette fois encore sur les crédits militaires EATC. Son cabinet précise qu’il lui fallait revenir vite car il intervenait dans la soirée à la Chambre des métiers.

À l’inverse de ses successeurs au ministère des Finances, Luc Frieden

a eu un recours régulier à l’aviation commerciale privée. Il n’était pas le seul du gouvernement Jean-Claude Juncker, lui-même peu exemplaire en la matière avec 160 000 euros dépensés sur ses derniers mois à l’Hôtel de Bourgogne. Depuis 2021, les ministres ont allègrement tapé dans la bourse EATC, des crédits militaires un peu abstraits, mis à disposition en échange de contributions financières bien concrètes, payées par le contribuable. Il n’existe aucun registre public des recours à l’aviation commerciale privée pour les ministres, pas de règlement y afférent et pas même de consigne politique. Est-ce que cela va changer ? La question reste ouverte. Telle n’était pas la priorité des cent jours.

L’utilisation des jets privés à un coût financier, mais aussi bien sûr un coût environnemental. Sur sa page d’accueil, la compagnie E-Aviation propose une compensation des émissions carbone du vol, en soutenant financièrement des « Klimaschutzprojekte » européens, entre 25 et 35 pour cent du coût du vol. Aucune compensation carbone n’a été effectuée, informent les services de Luc Frieden. « Mais les autorités compétentes sont en train d’analyser les possibilités d’y recourir », complètent-ils. Au-moins ça. ●

ZUFALLSGESPRÄCH
MIT DEM MANN IN DER EISENBAHN

Vae victis!

Die Regierung bestimmte den Kampf gegen die Ärmsten zu einer ihrer Prioritäten. Mit Gerüchten machen CSV und DP Stimmung gegen sie: Bettler kommen in Limousinen angefahren (Gloden), sie bedrohen Passantinnen (Beissel), Asylsuchende stehlen Hühner (Lies).

Bisher war die ADR für die Schmutzarbeit zuständig. Sie hält sich zurück. Bei den Kammerwahlen erhielt sie zehn Prozent der Stimmen. Auf diesem Niveau stagniert sie seit 34 Jahren. Sie versuchte schon alles, um ihre Wählerbasis auszuweiten.

Anders die ausländischen Vетtern und Basen: Die Alternative für Deutschland kommt in Wählerbefragungen auf 18 Prozent des Zuspruchs. Der Vlaams Belang in Belgien auf 25 Prozent. Dem französischen Rassemblement national werden für Juni 32 Prozent versprochen. Oft wird gerätselt, wieso die radikale Rechte in Luxemburg weniger radikal scheint. Weshalb ihr kein Durchbruch gelingt.

In den Achtzigerjahren wurden weltweit die Marktkräfte entfesselt. Der globalisierte Konkurrenzkampf setzte sich durch, die Umverteilung von unten nach oben, der Abbau des Sozialstaats. Seither suchen die Besiegten Schutz vor dem Recht des Stärkeren, kleine Angestellte, Geschäftsleute, Arbeiterinnen, Landwirte. Statt Schutz bekommen sie Sündenböcke: Einwanderer, Asylsuchende, Muslime, Grenzpendlerinnen, Bettler. Die Linke wurde geschlagen: Der Marktradikalismus produziert Rechtsradikalismus.

Die Stahlkrise drohte hierzulande zur sozialen Krise, zur Gefährdung staatlicher Herrschaft zu führen. Der Staat bezuschusste einen Klassenkompromiss. Statt des Neoliberalismus erklärte die Tripartite die Sozialpartnerschaft zur Staatsreligion. Der fromme Glaube prägt das Bewusstsein bis heute.

Das neue Akkumulationsregime wird nicht mehr von der Industrie dominiert. Die Finanzmärkte geben den Ton an. Sie machten Luxemburg zum Globalisierungsgewinner. Steigende Staatseinnahmen finanzierten den Sozialstaat, während er woanders demoliert wurde. Der Stimmenanteil der radikalen Rechte ist proportional zur Staatsverschuldung.

In Luxemburg akzeptieren die Besitzlosen die Hegemonie der Besitzenden. Die traditionellen Parteien bleiben stabil: Die CSV überwand die Krise nach ihrem Machtverlust 2013. Die LSAP kann sich noch immer als Garantin des Sozialstaats darstellen. Die DP schrumpfte nicht zur Krämersekte.

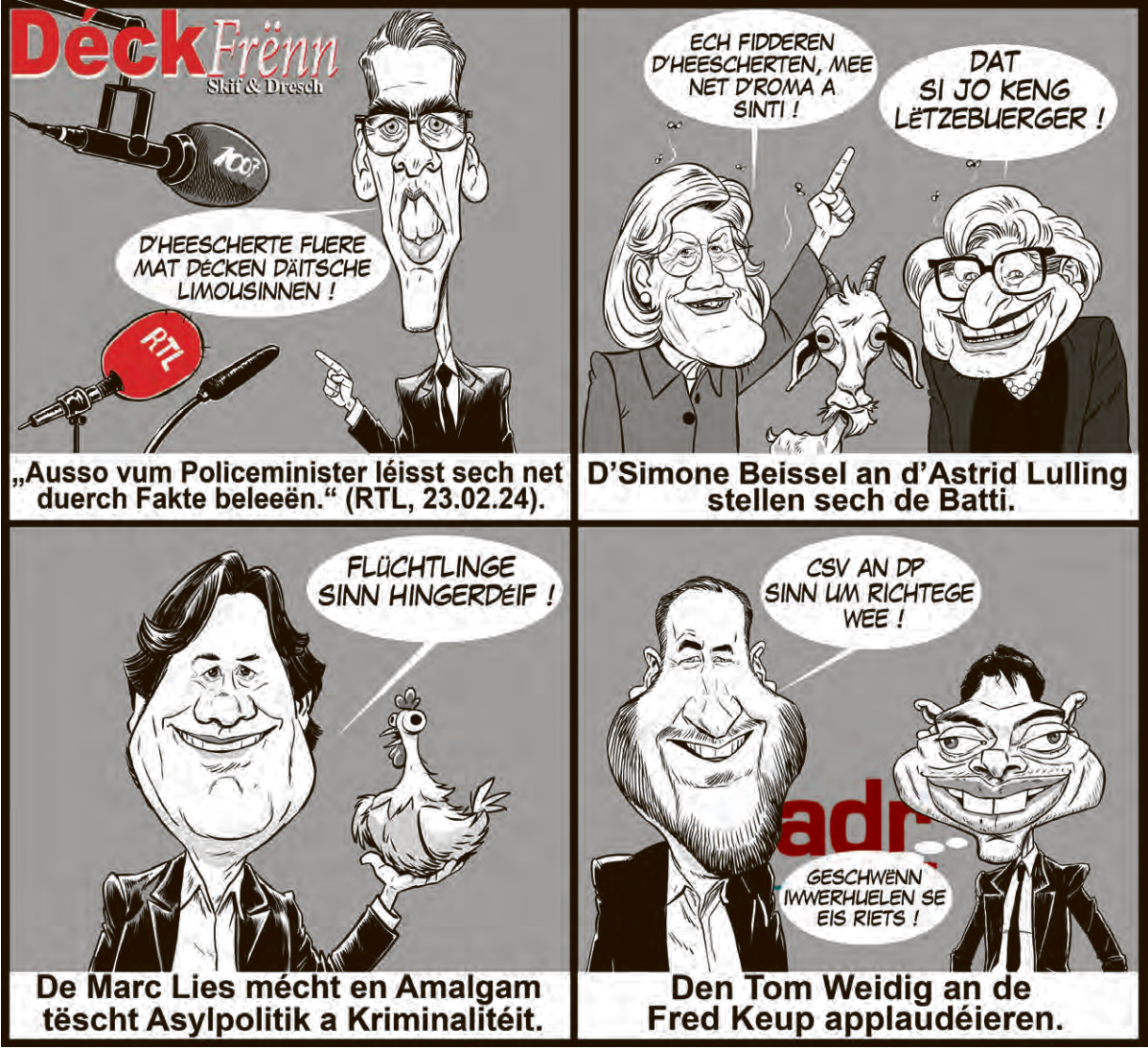
Die Kapitalbesitzer versprechen sich keinen Gewinn von der radikalen Rechten. Auch wenn sie deren Grünen-Feindlichkeit teilen. Deren Sorge um gute Geschäftsbeziehungen zu China und Russland.

Da bleibt der ADR nur Eines übrig: sich in die herrschenden Verhältnisse zu fügen. Deren Verfassung und Institutionen zu ehren, Kreide zu fressen. Die alte Rentenpartei will keine Nazi-partei sein. Im Tonfall des gesunden Menschenverstands verspricht sie *stacklëtzeburger* Protektionismus in den Schulen und am Arbeitsmarkt. Um ihre Wählerschaft vor der Konkurrenz besser ausgebildeter Grenzpendler zu schützen. „Wachstumsdebatte“ nennt sie die Rückkehr zu Zucht und Ordnung des CSV-Staats in den Fünfzigerjahren. Ihr Ideal ist die klerikale Prawo i Sprawiedliwość in Polen. Mit der sie zur Partei Europäischer Konservativer und Reformen gehört. Zusammen mit italienischen und schwedischen Faschisten.

Vor zwei Jahren marschierte der Facebook-Mob als randalierende Impfgegner zum Weihnachtsmarkt. Die entsetzte Regierung ließ Wasserwerfer und wurde doppelt vorsichtig: Wenn es derzeit heißt, die Energiepreise weiter zu deckeln, die Bauern zu besänftigen.

Die prekärsten Arbeitsverhältnisse werden Grenzpendlerinnen zugemutet. So wird der politische Protest exportiert: 2022 erhielt Marine Le Pen im angrenzenden Département Moselle 50 Prozent der Stimmen, in Meurthe-et-Moselle 46 Prozent.

Aber man ist vorsichtig. Das Instrumentarium für einen autoritären Neoliberalismus liegt bereit: Als Kampf gegen Terroristen und Corona-Viren stellten DP, LSAP, Grüne und CSV bürgerliche Freiheiten zur Disposition. Sie änderten die Verfassung, das Strafgesetzbuch und die „gouvernance des finances publiques“. ● ROMAIN HILGERT





Obhut

IIII Sarah Pepin

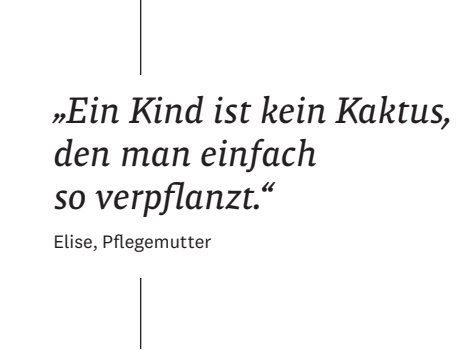
Pflegefamilien spielen eine unverzichtbare Rolle für die Gesellschaft, sind jedoch kaum sichtbar. Die Jugendschutzreform soll ihren Sektor professionalisieren

Ende Januar fiel das Urteil. Eine Pflegefamilie hatte geklagt, um regulären Elternurlaub gewährleistet zu bekommen. Das Verwaltungsgericht wies die Klage ab, mit der Begründung, dass Pflegekinder – im Unterschied zu Adoptiv- und leiblichen Kindern – nicht „pérennement“ an ihre Familien gebunden sind. „Ceux placés judiciairement sont censés réintégrer leur famille d’origine dès que possible.“ Die Pflegefamilie würde nicht zu „Eltern“ und daher bestehe keine Familiengründung. Die Prekarität der Situation sei deshalb nicht vergleichbar mit Adoptiv- und biologischen Familien, denen der Elternurlaub gesetzlich zusteht.

Die Rechtsprechung ist dahingehend interessant, dass sie die Rolle der Pflegefamilien in Luxemburg erneut beleuchtet. Besonders sichtbar sind sie nicht. Den politischen Willen, Pflegefamilien, die ein Kind für eine langzeitige Betreuung empfangen, den Elternurlaub zu gewähren, müsste es erstmal geben. Die gerichtliche Entscheidung kann Mireille Molitor nicht nachvollziehen. Die studierte Biologin ist Präsidentin der Fleegeeltern asbl., einer kleinen Organisation, die 26 Mitgliedsfamilien zählt und sich vor einer Handvoll Jahren neu aufgestellt hat. Sie betreut derzeit zwei Pflegekinder, zwei Jungs von zwei und sieben Jahren. „Was sind wir Pflegefamilien, wenn nicht eine Familie?“, fragt sie und es klingt Wut über den Mangel an Anerkennung mit. Im Alltag sei man als Pflegeeltern immer da, versuche, Kindern mit oft tragischen Lebensgeschichten Stabilität und Wärme zu geben.

Seitdem die neue Verfassung im Juli 2023 inkraft getreten ist, ist der „intérêt supérieur“ des Kindes gesetzlich verankert. In Fällen, in denen das Kindeswohl so gefährdet ist, dass ein sicheres Aufwachsen nicht mehr gewährleistet ist, wird die Aufgabe des Kindesschutzes an den Staat übertragen, entweder durch eine institutionelle Betreuung in einem Kinderheim oder eine Aufnahme in eine Pflegefamilie. 1 461 Kinder sind derzeit in Luxemburg „fremdbetreut“ (Stand Oktober 2023). Davon leben 876 in Kinderheimen und 585 in Pflegefamilien. Die Mehrheit der Fälle wurde gerichtlich dazu verpflichtet – knapp 70 Prozent insgesamt, beim Rest handelt es sich um „accueils volontaires“, das heißt, dass die Herkunftsfamilie das Sorgerecht freiwillig aufgegeben hat. Mireille Molitor rechnet vor, dass es doppelt so viele Pflegefamilien geben müsste, um die Unterbringung in Kinderheimen zu verringern, die in Luxemburg höher als im Ausland ist (Dänemark 37 %, Großbritannien circa 20 %). Unicef beklagt den hohen Prozentsatz – denn Studien belegen, dass Kinder, die in Institutionen aufwachsen, in ihrem Lebensverlauf öfter psychische und soziale Probleme entwickeln.

Pascale Engel de Abreu, Professorin an der Uni Luxemburg, forscht zur mentalen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, die in Fremdunterbringung in Luxemburg aufwachsen. Für die Hero-Studie sammelte sie Daten zur psychischen Gesundheit von Vier- bis 18-Jährigen, die in einem Kinderheim oder einer Pflegefamilie aufwachsen. Aus den Antworten geht hervor, dass viele dieser Kinder „klinisch relevante Symptome“ von De-



pressionen oder Angststörungen zeigen – allerdings sind längst nicht alle unzufrieden. Ein signifikanter Unterschied liegt dabei in der Partizipation: Kann ein Kind mehr über sein Leben mitbestimmen, egal wo es aufwächst, ist es insgesamt zufriedener.

Bei den Pflegefamilien wird unterschieden zwischen Kurzzeitpflegen, die in akuten Notsituationen Kinder bei sich aufnehmen, und Langzeitplatzierung. Es ist ein bereicherndes, emotional und erzieherisch schwieriges Unterfangen, ein Pflegekind bei sich willkommen zu heißen. Auf der Webseite des Office national de l’enfance (One), das sich um die Unterbringung der Kinder kümmert, stehen die Anforderungen, denen Familien unter anderem gerecht werden müssen: ausreichend Ressourcen, dem Leben gegenüber positiv eingestellt sein, von hoher Selbstkenntnis zeugen. Pflegefamilien werden mit bis zu 1 800 Euro monatlich honoriert. Für ein Kind von zwei Jahren, das Tag und Nacht in einer Pflegefamilie lebt, bekommt die Familie beispielsweise 1 640 Euro ausbezahlt.

Die Motivationen der Pflegeeltern variieren – bei manchen sind die eigenen Kinder erwachsen und sie haben noch genug Kraft, einem Kind, dem es schlecht geht, ein neues Zuhause zu bieten. Andere wollen der Gesellschaft etwas zurückgeben, fühlen sich der Aufgabe gewachsen oder finden die Form von Ko-Elternschaft ansprechend. Im Normalfall ist das Kind in zwei Familiensysteme eingebunden: Auch wenn die Herkunftsfamilie das Sorgerecht bisher verloren hat, soll der Kontakt zur Herkunftsfamilie bestehen bleiben. Ein emotionaler Spagat für alle. Es gilt ein Besuchsrecht, das je nach Fall von regelmäßigen Aufenthalten am Wochenende zu von Erziehern mitbeaufsichtigten seltenen Kurzzeitvisiten reicht. In manchen Fällen wird der Kontakt ganz abgebrochen, nach zwei Jahren Kontaktabbruch spricht man von einem legalen „abandon“.

Die Prekarität der Pflegschaft, die in der Rechtsprechung angesprochen wird, entsprechen nicht der Realität, erklären Familien im Gespräch mit dem *Land*. Viele Kinder blieben bis zur Volljährigkeit in den Pflegefamilien, weil Herkunftsfamilien – oft alleinerziehende Mütter – sich nicht stabilisieren. Zahlen, wie lange Pflegekinder in Langzeitbetreuung bleiben, oder wie alt die Kinder bei der Platzierung sind, gibt es weder vom One noch von der Justiz, „die keine Statistik erheben“. Auch wenn jeder Fall für sich steht: Der Mangel an Daten zeugt nicht nur von Desinteresse an einem gesellschaftlich und politisch brisanten Problem, er erschwert auch die faktische Diskussion.

Anruf bei der Jugendrichterin Gisèle Hubsch. Sie arbeitet seit fünfzehn Jahren am Jugendgericht, jede Woche werden dort acht Fälle verhandelt. Sie unterscheidet zwischen Platzierungen, die sehr früh stattfinden, wenn etwa die *Maternité* schon nach der Geburt auf Vernachlässigung aufmerksam wird, und Kindern, bei denen Probleme später auftreten. Es präsentierten sich ihr etwa sechs bis sieben Fälle pro Jahr, bei denen gar kein Umfeld mehr für das Kind auffindbar ist. „Zwei Mal hat überhaupt niemand mehr nach dem Kind gefragt.“ Man höre öfter den Vorwurf, in Luxemburg würde die Justiz die Kinder sehr schnell aus der Herkunftsfamilie nehmen, sagt die Richterin. „Kürzlich ging es um ein zwei Monate altes Baby, das geschüttelt wird und nur kalte Milch bekommt. Lange warten kann ich in diesem Fall nicht.“ Wie oft werden Kinder „erfolgreich“ in die Herkunftsfamilie zurückgeführt? Gisèle Hubsch erklärt, das sei meist früh absehbar, etwa bei älteren Kindern, deren Herkunftsfamilien in akuten Krisen sind und denen es nach einer Weile besser geht. Rückführungen in die Herkunftsfamilien nach langfristigen Platzierungen seien selten – die Tendenz sei eher, dass Kinder jahrelang in den Pflegefamilien bleiben.

Das Leben eines Kindes, das aus seiner Herkunftsfamilie genommen wird, um längerfristig in Fremdbetreuung unterzukommen, ist von Anfang an von Abbrüchen und Traumata geprägt. Oft stecken Drogenprobleme, Misshandlung und Sexualdelikte hinter den gerichtlichen Entscheidungen. Als Marc mit zweieinhalb Jahren zu seiner jetzigen Pflegefamilie kam, war er in einem sehr schlechten Zustand, berichtet Elise*, seine Pflegemutter seit nunmehr fünf Jahren. Marcs leibliche Mutter ist suchtkrank und obdachlos, nach der Geburt wurde er in ein Kinderheim gebracht. Zwei Jahre lang lebt er im Heim, bis er in einer „Nacht und Nebel Aktion“ sechs Monate in einer temporären Pflegefamilie unterkommt. Dann zieht er zu Elise und ihrem Mann, vor dem Einzug haben sie den Jungen lediglich zwei Mal gesehen. Seit Jahren spiele er mit Tieren und Pflanzen Trennungssituationen nach, sagt Elise. Sie werden aus einem Kontext herausgerissen, müssen sich in einem neuen wieder einpflanzen. „Er konnte sich nicht mehr binden, weil er so unsicher war. Er dachte, dass es eh bald wieder zu Ende geht und sehr wehtun wird.“ Elise hatte sich im Vorfeld gewappnet, traumapädagogische Weiterbildungen besucht. „Es hat jahrelang gedauert, bis er eine Bindung zu uns zugelassen hat.“ Es macht sie sehr glücklich, zu sehen, dass es ihrem Pflegesohn nun langsam besser geht. Marcs biologische Mutter hat ihr Besuchsrecht nie eingefordert, Marc fragt nicht nach ihr. Mehrmals haben die zuständigen Dienste versucht, den Kontakt mit ihr wiederherzustellen – zu den verabredeten Terminen erschien sie nicht. Elise war es jedoch wichtig, sich ihr vorzustellen. Deswegen besucht sie sie einmal. „Im Gespräch zeigte sie sich beruhigt, dass ihr Sohn in guten Händen sei. Das war der einzige Kontakt in den letzten fünf Jahren.“ Alle fünf bis sechs Wochen sieht der Junge seine Großmutter mit Beaufsichtigung. Man hört kein Werturteil in Elises Stimme, allerdings findet sie klare Worte: Eltern hätten Pflichten – und würden ihre Rechte verlieren, wenn sie diesen Pflichten nicht nachkommen könnten. „Ein Kind ist kein Kaktus, den man mutwillig verpflanzen kann. Es braucht Zeit und Stabilität, um zu heilen.“ Eine mögliche Rückführung nach etlichen Jahren in der Pflegefamilie sei ein Damoklesschwert – ein Pflegekind dürfe keinen weiteren Abbruch erleben. Elise und Mireille Molitor sind sich einig, dass es in Luxemburg eine Idealisierung des „lien du sang“ gebe.

Die Zahl an Pflegeeltern stagniert seit einigen Jahren. Derzeit sind 465 Familien aktiv, davon sind 247 klassische Pflegefamilien und 218 Verwandtschaftspflege. Das heißt, dass Großeltern, Onkel und Tanten und andere Familienmitglieder sich um das Kind oder die Kinder kümmern. Der Staat, der sowohl Institutionen wie auch Pflegefamilien finanziert, legt sich ungern auf eine Form der „besseren“ Betreuung fest. Die Diagnose, dass es an Pflegefamilien fehlt, teilt er in dieser Form nicht. Es gehe darum, die Zahl an Kindern, die aus ihren Familien weggenommen werden, weiter zu reduzieren – um eine

noch intensivere ambulante Betreuung im Vorfeld, erklärt Michèle Bressanutti, Direktorin des One. Wichtig sei ein Paradigmenwechsel: Man müsse sich fragen, wie man die Herkunftsfamilie am besten mit auf den Weg nimmt. „Ein Pflegekind kann nicht dafür da sein, die Bedürfnisse von Erwachsenen zu erfüllen.“

Die letzte Rekrutierungskampagne für Pflegefamilien liegt acht Jahre zurück, derzeit sind zehn Familien im Selektionsprozess. Es herrsche eine gewisse Unsicherheit aufgrund der noch nicht gestimmten Jugendschutzreform, berichtet Mireille Molitor. Auch die Wohnkrise und steigende Lebenskosten sind Parameter, die Familien davon abhalten können, diesen Weg zu beschreiten. Die Jugendschutzreform, die für die zuständigen Minister Claude Meisch (DP) und Elisabeth Margue (CSV) eigenen Angaben nach „eine Priorität“ sei, ist auf dem Weg. Wann sie gestimmt wird, kann niemand sagen. Derzeit werde an den formellen Einwänden des Staatsrats gearbeitet, heißt es aus dem Justizministerium. Der Sektor der Pflegefamilien soll im neuen Gesetz professionalisiert werden, es sieht drei verschiedene Gegebenheiten vor: die freiwillige Pflegschaft, bei der die Familie sich im Dienst der Gesellschaft sieht; der Status als Selbständige/r, der einer professionelleren Ausübung der Pflegschaft dient und bei besonders intensiver Unterstützung von Pflegekindern zum Tragen kommt und letztlich der Status als Verwandtschaftspflegerin.

Auch soll es Änderungen im Sorgerecht geben. Während es bisher bei einer Platzierung integral zu den Pflegeeltern oder den Kinderheimen übergang, soll es nun geteilt werden, nach dem Modell dessen, was bei Scheidungskindern passiert. Im Scheidungsgesetz wurden 2018 die „actes usuels“ und „actes non usuels“ eingeführt. Unterschieden wird zwischen Alltagsentscheidungen und Entscheidungen, die das Leben des Kindes beeinflussen. Ein Haarschnitt versus die Wahl des Gymnasiums, beispielsweise. Pflegefamilien werden nach der Reform nur noch „actes usuels“ ohne Unterschrift der Herkunftsfamilie durchführen können. Werden Entscheidungen, die im Sinne des Kindeswohls getroffen werden, blockiert, soll das Sorgerecht zwei Monate auf die Pflegefamilie oder das Kinderheim übertragen werden können.

Mireille Molitor sieht der geplanten Reform positiv entgegen, sie geht ihr jedoch nicht weit genug. Die Fleegeeltern asbl. denkt an ein „permanency planning“, wie es das in Großbritannien gibt, das den Kindern das Damoklesschwert über dem Kopf zerschlägt, indem sechs bis zwölf Monate nach der Platzierung über die Zukunft des Kindes entschieden werden würde. Nach einem gesetzlich festgelegten Zeitraum würde entweder entschieden, dass das Kind zurück in die Herkunftsfamilie kommt, oder eine solche Rückführung ausgeschlossen, außer, das Kind frage explizit danach.

Ob das Kind immer so gehört wird, wie es soll, ist fraglich. Anekdotisch soll es manchmal zu Rückführungen gekommen sein, die gegen den Willen des Kindes geschahen (*d’Land*, 3.7.2020). Natürlich behaupten alle Akteure, im Sinne des Kindeswohls zu agieren. Das One zieht die Kinderrechtskonvention hinzu, beruft sich auf den deutschen Kinder- und Jugendpsychiater und Psychotherapeuten Karl Heinz Brisch. Das Kind sei bereits im Bauch der Mutter gebunden, sagt Michèle Bressanutti im Gespräch mit dem *Land*. Die Pflegefamilien beziehen sich ebenfalls auf Brisch. In einer Publikation namens Bindung und Umgang schreibt er: „Eine Rückführung etwa in die Ursprungsfamilie, wo die Deprivation des Kindes stattfand, macht aber nur dann einen Sinn, wenn sich an den Fähigkeiten zur emotionalen Verfügbarkeit und Feinfühligkeit der Eltern in der Interaktion mit ihrem Kind durch entsprechende Therapie der Eltern tatsächlich etwas verändert hat.“ Diese Veränderung solle durch eine externe Begutachtung belegt sein – sonst würde man dem Kind erneut eher schaden, „mit allen Konsequenzen für die gesunde altersgerechte Reifung des Kindes.“ ●

*Der vollständige Name ist der Redaktion bekannt.



Wirtschaft

ArcelorMittal se lamente sur les coûts engendrés par la transition énergétique. Mais le sidérurgiste enchaîne les bénéfices en pesant de tout son poids sur la politique

Pose de la première pierre du futur siège d'ArcelorMittal au Kirchberg, le 21 juin 2023



Le Luxembourg, une solution clé en main pour ArcelorMittal

Systemique et strategique

IIII Pierre Sorlut

ArcelorMittal a publié son rapport annuel jeudi dernier. Sa version remise à la Securities and Exchange Commission américaine est un pavé de 377 pages détaillant froidement les aléas qui ont conduit le numéro deux mondial de la sidérurgie vers son milliard de dollars de bénéfices. Un beau butin, mais quasiment dix fois moindre que l'année précédente et quinze fois moindre qu'en 2021. La faute notamment à la cession contrainte de sa filiale kazakhe à Termitau après une explosion mortelle dans une mine (46 victimes) et à une dépréciation d'Acciaierie d'Italia (anciennement Ilva). Sans cela, le revenu net aurait frisé les cinq milliards.

Des revenus opérationnels plutôt confortables donc. La communication publique du groupe ressasse, elle, depuis des années la menace de désindustrialisation en Europe, dans sa lutte contre le réchauffement climatique et à cause des coûts engendrés par la transition énergétique. Dans le PowerPoint présenté en janvier au traditionnel nouvel an de la presse d'Arcelor-Mittal Luxembourg, le premier des défis, marqué en rouge et en gras, consiste à « établir une politique industrielle neutre en carbone et éviter la désindustrialisation en instaurant les mêmes règles du jeu pour tout le monde (*level playing field* dans la langue originale) ». Au lendemain de cette réception-conférence de presse, l'article du *Quotidien* versait dans un certain catastrophisme : « ArcelorMittal : stopper le CO₂ pour s'en sortir ».

Cette semaine encore, le géant de l'acier annonce sa participation au European Green Steel Industry Summit qui se tiendra à Anvers en avril. Le défi environnemental est publicisé sur tous les supports pour cette industrie fortement émettrice en dioxyde de carbone. ArcelorMittal y trouve régulièrement un nouveau combat. En décembre 2022, les sidérurgistes européens ont obtenu de Bruxelles la prolongation des quotas d'émissions gratuits jusqu'en 2032. La même année, les entreprises énergivores du Luxembourg ont obtenu du gouvernement une aide au financement de ces droits à polluer, un demi-milliard d'euros sur dix ans. Quatre entreprises sont concernées. Cimalux et ArcelorMittal représentent plus des deux tiers des émissions.

En 2024, le groupe attend notamment un soutien politique pour la prolongation des mesures de sauvegarde pour l'industrie sidérurgique européenne après 2024. Il s'agit principalement d'une surtaxe aux importations sur certains produits. Le marché européen figure au cœur des préoccupations de ce groupe éminemment international, avec des unités de production dans

Portrait d'un capitalisme ordinaire

quinze pays et de l'extraction minière dans neuf. ArcelorMittal produit sur le Vieux Continent la moitié de l'acier qu'il vend, notamment à destination de l'automobile où il est leader. Mais il y a aussi la construction.

La mère des batailles se joue à Bruxelles. ArcelorMittal adhère à six lobbys de l'industrie et de l'acier au niveau européen. Le groupe opère également de son côté avec huit lobbyistes attitrés (entre 1,25 et 1,5 million d'euros de budget annuel pour 5,5 emplois temps plein). Le registre de transparence de la Commission européenne (un modèle du genre) recense 108 réunions « ArcelorMittal » avec les commissaires, des membres de leur cabinet ou des directeurs généraux depuis 2014. Les derniers entretiens portaient sur la feuille de route vers une neutralité des émissions de CO₂ d'ici 2050 (24 janvier), la mise en œuvre de la directive sur l'échange de quotas (« and possible ideas to support investment efforts in decarbonisation », le 20 décembre) ou encore le « clean transition dialogue on energy intensive industries » (le 30 novembre). À noter deux rendez-vous à Davos, les 17 janvier 2023 et 25 mai 2022, avec les Luxembourgeois en charge de l'Emploi au niveau européen, Nicolas Schmit et son chef de cabinet Antoine Kasel, au sujet de la transition verte et de son impact sur le secteur financier. Au conseil d'administration d'ArcelorMittal (dix membres dont trois Mittal) siège l'ancien commissaire européen (belge) au Commerce, Karel de Gucht.

En son siège luxembourgeois, le colosse de l'acier bénéficie aussi d'un accès privilégié aux décideurs. Parmi les entreprises figurant dans les registres de transparence des membres du gouvernement et de leurs conseillers, ArcelorMittal est la plus souvent citée. Son responsable « Tax », David Eisele, apparaît dans l'un des (rares) ajouts aux registres depuis l'installation du gouvernement Frieden-Bettel. En octobre, des réunions de représentants du patronat (sous l'égide de l'UEL) avec le directeur de la fiscalité du ministère des Finances, Carlo Fassbinder au sujet du projet de loi sur l'imposition minimale des grandes entreprises au niveau mondial. L'enjeu n'apparaît pas parmi les

défis identifiés dans le rapport annuel d'ArcelorMittal. À l'inverse du financement de l'objectif de la neutralité carbone pour 2050.

Le sidérurgiste détaille le soutien public au financement de la transition énergétique. La Commission européenne a, en juillet dernier, donné son feu vert à une aide de la France (850 millions de dollars) pour upgrader écologiquement ses installations de Dunkerque. En juin dernier a aussi été validée une aide de 280 millions de dollars promise par la Belgique pour le processus de décarbonation. « The overall support that ArcelorMittal will receive from the Belgian and French authorities is commensurate with the Company's broader ask to its host governments for its decarbonization projects », est-il écrit. En 2022, ArcelorMittal a signé un protocole d'accord avec le Luxembourg et son ministre de l'Économie de l'époque, Franz Fayot (LSAP), pour investir dans ses installations. 67 millions d'euros ont été budgétés en juin dernier pour le site de Belval. Quinze proviennent de l'État. « The MoU confirmed the willingness of the Luxembourg government to financially support this type of strategic investment, through the various applicable aid mechanisms », est-il écrit dans le *management report*. ArcelorMittal a annoncé fin janvier un investissement supplémentaire de 18 millions d'euros pour donner une nouvelle vie à une ancienne installation de Florange. Elle se destine au site de Differdange pour y réduire de 80 pour cent ses émissions de poussière.

D'autres États voisins ont entretemps mis la main à la poche pour décarboner l'industrie. *Handelsblatt* parle des « Milliarden für Stahl ». « Ein heißes Eisen », titre la *FAZ* pour qualifier la tentative de passage à l'hydrogène des sidérurgistes allemands : « Nach Thyssenkrupp, Salzgitter und der Stahl-Holding-Saar wird auch ArcelorMittal staatliche Unterstützung für den Umstieg auf eine klimafreundliche Stahlherstellung bekommen ». Il est question d'une aide de 1,3 milliard d'euros. L'Union européenne entend le souhait des industriels d'instaurer les mêmes règles du jeu pour les producteurs des États tiers qui vendent sur le marché intérieur. ArcelorMittal a milité « auprès de la Commission européenne » pour la mise en place du Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM) « to address the resulting competitive disadvantage compared to imports, which is expected to increase in the future absent government intervention ».

Des coups de canif dans les sacrosaintes règles commerciales de l'Union européenne ? Son industrie, dite en déclin, est redevenue stratégique. Depuis 2020, la pandémie et les ruptures sur les chaînes d'approvisionnement ont poussé à une relocalisation de la production en Europe. Le retour de la guerre sur le Vieux continent en 2022 a renforcé le besoin en autonomie et en compétitivité. ArcelorMittal le mesure bien. « Etwa 3.200 unserer Mitarbeiter sind jetzt Soldaten », faisait valoir le responsable de l'entité ukrainienne face au *Wort* fin février.

Au Luxembourg, l'industrie dans son ensemble ne pèse pas particulièrement par ses recettes fiscales. Selon les données fiscales rassemblées par le Conseil économique et social, l'industrie manufacturière comptait pour 1,9 pour cent des recettes de l'IRC en 2014, 1,4 en 2017 et 1,02 en 2020. Mais elle emploie toujours du monde. D'ailleurs, on ne peut pas parler de désindustrialisation au Grand-Duché en termes d'emploi (en nombre absolu tout le moins !). Selon *Les Statistiques historiques 1839-1989* produites par le Statec, environ 15 000 personnes travaillaient pour l'industrie de l'extraction minière, des hauts fourneaux et de la métallurgie au début du XX^e siècle. 24 000 travaillaient dans l'industrie métallurgique en 1962. Autour de 25 000 pour le seul compte de l'Arbed en 1974, au début de la crise. En 1995, l'industrie manufacturière comptait encore 32 800 salariés. Ils étaient 32 400 en septembre dernier.

ArcelorMittal informe injecter annuellement autour de 500 millions d'euros dans l'économie nationale « through wages, employer's contributions, expenditures paid to our local suppliers ». Il n'est pas question d'impôt. Dans ses comptes, ArcelorMittal explique disposer de 9,5 milliards de *deferred tax assets*, soit autant d'ICC que le groupe n'aura pas à payer ces prochaines années. (« Au titre de différences temporaires déductibles ainsi que du report en avant de pertes fiscales et de crédits d'impôts », lit-on sur une publication de Deloitte). En 2023, le groupe a même enregistré 0,8 milliard de dollars d'actif d'impôt différé à son bénéfice, « mainly due to the recognition of deferred tax assets following increase of future profit expectation in a number of jurisdictions, mainly in Luxembourg ». (L'évaluation de ces actifs est considérée comme un point critique par l'auditeur EY.) L'intégration fiscale est faite au Grand-Duché. Or la loi fiscale « actuelle » y prévoit que les pertes fiscales accumulées avant 2017 n'expirent pas et sont recouvrables sur des revenus futurs potentiellement taxables. « At December 31, 2023, the amount of future income required to recover ArcelorMittal's deferred tax assets of \$9.5 billion was at least \$41.5 billion at certain operating subsidiaries », conclut le groupe.

ArcelorMittal est ici systémique par son ancrage historique. L'adage de l'évangile de Thomas, « Soulève la pierre et tu me trouveras » s'applique au sidérurgiste, encore propriétaire d'un millier d'hectares au Grand-Duché (*d'Land*, 18.09.2020). La reconversion de ses friches, à Belval ou Dudelange, sert la politique du Logement. D'un point de vue plus symbolique, « le narratif industriel du pays repose sur Arcelor-Mittal », analyse l'ancien ministre, Franz Fayot, face au *Land*. Son ancrage au Grand-Duché se révèle déterminant de ce point de vue. Mais pas que. De tels mastodontes génèrent du travail en périphérie directe, dans les secteurs secondaire et tertiaire. On a donc plutôt tendance à lui accorder une oreille bienveillante.

Qu'en sera-t-il sous l'autorité du Premier ministre installé voilà cent jours ? Aux prémices de la campagne électorale, Luc Frieden avait posé avec Aditya Mittal. Une photo publiée sur Twitter. « We need a pro-industry environment in Europe to create jobs and be less dependent on other parts of the world. Incentives for sustainable growth, innovation and decarbonization are necessary », avait gazouillé le *Spätzekan-didat* depuis Londres où il avait rencontré le CEO du groupe ce 24 mai. En réponse, une âme taquine a partagé un tweet de Laurent Mosar où le député CSV fustige le bénéfice-record encaissé par ArcelorMittal en 2022 et le cofinancement par l'État de la moitié du siège d'ArcelorMittal au Kirchberg, pour 275 millions d'euros.

En janvier, Luc Frieden s'est rendu à Davos. Forum des décideurs économiques où Xavier Bettel avait l'habitude de rencontrer Lakshmi Mittal. Le communiqué de presse du ministère d'État et son illustration s'attardent surtout sur la rencontre du Premier ministre avec Volodymyr Zelensky, président de l'Ukraine attaquée par la Russie, héros populaire auprès de qui l'on apprécie s'afficher. La communication de l'Hôtel Saint-Maximim fait uniquement mention de rencontres politiques, avec les dirigeants de la Suisse, de Singapour, de la Jordanie et du Liechtenstein. Un autre indice toutefois de l'attachement de Luc Frieden à ArcelorMittal : En juin, l'intéressé a assisté à la remise de la légion d'honneur française à celui à qui il avait succédé à la tête de la Chambre de commerce, Michel Wurth, président d'ArcelorMittal Luxembourg et membre du conseil d'administration du groupe. En mai 2023, les mandats d'administrateurs des Luxembourgeois (la

deuxième nationalité la plus représentée au *board* après les Indiens), Etienne Schneider et Michel Wurth, ont été reconduits. Ils courent jusqu'en 2026. Le cachet de l'ancien ministre de l'Économie pour 2023 s'élève à 196 000 dollars. Peanuts à côté des salaires que se servent Lakshmi et Aditya, respectivement président et directeur général, presque quatre millions d'euros en 2023, plus de huit en 2022 (grâce à des intéressements sur les résultats). ●

Maximisation de la valeur actionnariale

ArcelorMittal, cotée à la bourse, n'a pas vraiment fait de sentiment depuis la fusion en 2006. Le sidérurgiste (alors numéro un mondial) employait alors 320 000 personnes. Après de multiples restructurations, au gré des crises, il ne reste plus que 127 000 salariés. Le Luxembourg n'a pas été épargné. ArcelorMittal y employait 6 770 personnes voilà vingt ans (chiffres du Statec). Elles n'étaient plus que 3 900 début 2020, année où le groupe a entrepris des économies. « In 2020, the Company successfully reduced fixed costs, including through temporary measures, in line with lower production resulting from the impacts of the COVID-19 », lit-on dans le rapport annuel. 600 millions d'euros ont ainsi pu être économisés, y compris dans les bureaux (vingt pour cent de réduction des coûts.

Au Luxembourg, le groupe a bénéficié du chômage partiel et a parallèlement négocié une « réorganisation » avec les syndicats et le gouvernement. Selon le plan Lux2025, 578 personnes (soit environ quinze pour cent des salariés locaux) devaient partir prématurément à la retraite ou accéder à une cellule de reclassement. ArcelorMittal souligne aujourd'hui que l'emploi « se maintient malgré l'environnement économique ». Selon le Statec, 3 540 sont aujourd'hui réparties sur les sites de Rodange, Differdange, Belval, Esch, Luxembourg, Dommeldange et Bissen. L'emploi européen d'ArcelorMittal se stabilise maintenant. Il a même légèrement augmenté depuis 2021, passant de 60 525 à 62 073 salariés.

De leur côté, les actionnaires ont été gâtés. Le rapport annuel revient sur l'augmentation du

dividende validée à l'assemblée générale de mai 2023 (0,44 dollars par action). Celle-ci a généré un coût de 369 millions d'euros. Ils viennent s'ajouter aux douze milliards de dollars payés pour les rachats d'actions organisés entre 2020 et 2023. Ils confèrent davantage de valeur aux titres en circulation. Les parents Mittal, Lakshmi et Usha, rassemblent dans leurs holdings luxembourgeoises, Nuavam Investments et Lumen Investments, 41,5 pour cent des actions d'ArcelorMittal, plus de 340 millions de titres. Ils portent une valeur totale de huit milliards d'euros au cours de bourse ce jeudi. En février, après des résultats moyens, le conseil d'administration a recommandé une augmentation de quatorze pour cent du dividende (à cinquante cents). Elle sera acceptée lors de l'AG du 2 mai. PSO



Sven Becker

Production à Differdange (2017)



Tout puissant ?

IIII Georges Canto

Avec sa guerre contre le Hamas à Gaza, Israël s'expose à des contrecoups économiques. Revue des forces et faiblesses

Une fois passée la période de compassion qui a suivi l'agres- sion d'Israël par le Hamas le 7 octobre, les pays occidentaux ont lentement pris leurs distances avec l'État hébreu en raison de sa riposte jugée « disproportionnée » dans la bande de Gaza. Face à l'obstination du gouvernement israélien, en particulier de son chef Benyamin Netanyahu, les pressions politiques sont restées sans grand effet jusqu'ici. D'où l'idée que, sans aller jusqu'à des sanctions du même type que celles qui sont imposées à la Russie depuis 2022, des pressions économiques pourraient davantage influencer Israël.

Mais lesquelles, et pour quelle efficacité, sachant que l'on a affaire à la première puissance économique de la région, qui est aussi devenue un leader mondial dans la haute technologie ? Le pays présente des analogies avec l'Irlande, pourtant deux fois et demi plus grande et deux fois moins peuplée, mais avec un PIB comparable (533 milliards de dollars en 2022, selon la Banque mondiale, contre 525 pour Israël). Pays excentré par rapport aux principaux centres économiques européens, pauvre en ressources naturelles, avec une agriculture soumise à des conditions difficiles (soixante pour cent du pays est désertique) et une industrie de taille modeste, Israël a, comme l'Irlande, fondé son développement récent sur les activités de services. Elles pèsent près de 85 pour cent du PIB.

Sauf qu'il ne s'agit pas cette fois de services financiers, mais de ceux liés à la haute technologie dans tous les domaines. Les automobilistes connaissent bien l'application Waze, sortie en 2006, mais il faut y ajouter les logiciels informatiques, l'intelligence artificielle, les biotechnologies ou les systèmes de navigation aérienne et spatiale. Ces activités pèsent quinze



Le Premier ministre israélien, Benjamin Netanyahu, lors de sa dernière visite à Bruxelles en décembre 2017

Désireuse de réduire sa dépendance aux énergies fossiles russes depuis 2022, l'UE s'est rapprochée de l'État hébreu pour ses importations de gaz

pour cent du PIB et occupent dix pour cent de la population active, autant qu'en Irlande mais deux fois plus qu'en Allemagne, aux Pays-Bas ou au Royaume-Uni. La première capitalisation boursière est Check Point Technologies, un des leaders mondiaux des solutions de cybersécurité, créé en 1993.

En septembre 2015, lors de son deuxième passage à la tête du gouvernement, Benyamin Netanyahu avait exprimé la volonté de faire d'Israël l'une des premières puissances mondiales dans le domaine de la cybersécurité. C'est désormais chose faite grâce à l'appui financier de l'État et à un colossal effort de recherche et de formation. Environ quatre pour cent du PIB est consacré annuellement à la R&D depuis une dizaine d'années, ce qui place Israël au premier rang des pays de l'OCDE. Près de la moitié des 25-35 ans sont diplômés du supérieur, et un quart des étudiants sont engagés dans des filières liées à la haute technologie.

Les exportations de services, constituées à 77 pour cent par des logiciels et la fourniture de solutions *high tech*, s'élevaient en 2022 à 87 milliards de dollars, soit un sixième du PIB. Et avec un montant de 45,2 milliards, en hausse régulière, l'excédent réalisé dans les échanges de services faisait plus que compenser le déficit de quarante milliards de dollars de la balance commerciale (échanges de biens).

Cela étant, l'économie israélienne est moins exposée à l'extérieur qu'on pourrait l'imaginer, le total des exportations de biens et de services ne représentant que trente pour cent du PIB, et les importations environ 28 pour cent, des pourcentages nettement inférieurs à ceux que l'on peut trouver dans certains pays de l'ouest de l'UE. L'UE et les États-Unis sont les premiers partenaires commerciaux d'Israël, représentant à parts égales la moitié des exportations de biens et quarante pour cent des importations (31 pour cent pour l'Europe).

La base légale des relations entre l'UE et Israël repose sur un accord d'association entré en vigueur en juin 2000, qui permet notamment des échanges commerciaux dans un cadre de libre-échange dans plusieurs domaines, notamment industriels et agricoles. Israël est également intégré à la « politique de voisinage » de l'UE (PVE) qui vise à assurer de bonnes relations politiques et économiques avec les voisins des États membres, notamment ceux du pourtour méditerranéen dans le cadre du partenariat Euromed, ou Processus de Barcelone, mis en place en 1995. Il s'appliquait à l'origine à neuf autres pays, tous arabes. La coopération entre l'UE et Israël concerne aussi le domaine scientifique. Le pays participe à Horizon Europe, programme de l'UE pour l'innovation et la recherche doté de plus de 95 milliards d'euros pour la période 2021-2027. Israël est aussi partie prenante de Galileo, l'équivalent européen du GPS. Mi-février, l'Espagne et l'Irlande ont pressé la Commission européenne

d'examiner le bon respect par Israël de l'accord d'association face au drame humanitaire à Gaza. Le texte engage les parties au respect des droits de l'Homme.

Mais est-ce que cette initiative aura des effets ? Et quand, le cas échéant ? Les moyens de pression restent limités. Puis l'UE subirait un manque à gagner en réduisant ses exportations vers Israël (33 milliards de dollars en 2022). En sens inverse, elle aurait du mal à se passer de certaines fabrications israéliennes comme les diamants travaillés ou les médicaments et le matériel médical (la première société israélienne en termes de chiffre d'affaires est Teva Pharmaceuticals). De plus, désireuse de réduire sa dépendance aux énergies fossiles russes depuis 2022, l'UE s'est rapprochée de l'État hébreu dans le but d'augmenter ses importations de gaz en provenance de ce pays qui, autosuffisant dans ce domaine, en exporte même dans les pays arabes voisins !

Les États-Unis seraient plus susceptibles d'exercer des pressions économiques. Selon Aaron David Miller, expert au Carnegie Endowment for International Peace, un think tank de Washington, si l'administration Biden voulait exercer une réelle influence sur Israël « elle devrait d'abord, ralentir ou empêcher les livraisons de munitions » (interview au *Monde*). Les États-Unis sont, de longue date, le principal soutien militaire d'Israël, élément-clé de leur dispositif stratégique au Moyen-Orient. En vitesse de croisière avant 2023, l'aide se montait à un peu moins de quatre milliards par an en crédits, matériel et personnel.

Elle a explosé depuis octobre dernier. Au moins 250 avions cargos et plus de vingt navires ont livré plus de 10 000 tonnes d'équipements militaires (véhicules blindés, batteries d'interception de drones et roquettes), de munitions (bombes anti-bunkers) et autres (équipements de protection personnelle, matériel médical). Selon le *Times of Israël*, l'État hébreu a acheté cinquante avions de chasse F-35 avant le conflit. Il souhaiterait en commander cinquante de plus, ainsi que douze hélicoptères d'attaque Apache.

Le blocage de ces commandes par le gouvernement américain serait-il un efficace moyen de pression ? Peu probable car ces contrats mettent longtemps à se concrétiser. De plus, Israël est un gros producteur d'armes grâce notamment à des sociétés comme Israel Military Industries, un groupe public privatisé en 2015 qui fabrique le célèbre fusil Uzi, Rafael, Israel Aerospace Industries et Elbit Systems (drones et missiles) qui ont conjointement réalisé près de 36 milliards de dollars de chiffre d'affaires en 2022. Les exportations étaient florissantes avant le conflit avec un montant de 12,5 milliards de dollars en 2022 soit 19 pour cent du total (l'Inde est le premier client). Toutes les entreprises de ce secteur tournent à plein régime, 24 heures sur 24, depuis octobre 2023 pour satisfaire la demande de Tsahal, tout en continuant à honorer les commandes étrangères, sources de devises.

Israël cherche aujourd'hui à élargir sa palette de productions locales pour faire face à une éventuelle réduction de l'aide militaire de son grand allié. Selon le quotidien français *Les Echos*, le pays est déjà presque autosuffisant pour l'artillerie et les obus de char. Il envisage désormais la production sur place des composants chimiques nécessaires à la fabrication de bombes massivement utilisées par l'aviation. La question est de savoir si sa volonté d'indépendance pourrait l'amener à développer à plus long terme la fabrication de blindés et une production aéronautique militaire. ●

Le cas Pegasus

Fin 2023 la chaîne de TV franco-allemande Arte a produit et réalisé un reportage glaçant d'une durée de 94 mn, intitulé « Pegasus, un espion dans votre poche », consacré au logiciel de surveillance des téléphones portables dont les méfaits ont été révélés en juillet 2021. Mis au point en 2010 au sein du groupe privé NSO par d'anciens militaires israéliens spécialisés dans le cyber-renseignement, il a été vendu exclusivement à des États étrangers (une quarantaine, dont le Luxembourg et treize autres pays membres de l'UE) aux fins, en principe, de surveillance des activités terroristes et criminelles. Parmi les clients on trouve des pays musulmans n'ayant pas de sympathie particulière pour Israël, comme l'Arabie saoudite, les Émirats, le Maroc, la Turquie ou l'Azerbaïdjan. Mais *business is business*, d'autant que Pegasus a longtemps eu une position de monopole et qu'il est de toute manière le plus performant du marché (son principal concurrent, Candiru, est aussi israélien).

En 2020, l'année précédant la divulgation par un consortium de médias internationaux de son utilisation, y compris dans des pays démocratiques, pour espionner des opposants politiques mais aussi des journalistes et même tout un chacun, NSO Group a réalisé un chiffre d'affaires de 243 milliards de dollars, entièrement à l'exportation. Mais son activité s'est effondrée après son inscription par les États-Unis, en novembre 2021, sur leur « liste noire » des entreprises constituant une menace pour la sécurité nationale. Une mesure de rétorsion dont d'autres sociétés israéliennes pourraient faire l'objet le cas échéant. GC



Stefan Sauer/dpa via AFP

Ein fast 300 Meter langer Flüssiggas Frachter erreicht den LNG-Hafen in Mukran auf der deutschen Insel Rügen

Der volatile Markt

IIII Peter Feist

Die heutigen Gaspreise deuten strukturell auf eine Erhöhung hin, sagt der CEO von Enovos Luxemburg

Am Montag trafen sich in Brüssel die Energie-minister der EU. Und einigten sich darauf, dass die Mitgliedstaaten auch weiterhin ihren Gasverbrauch mindestens 15 Prozent unter dem Durchschnitt des Zeitraums 1. April 2017 bis 31. März 2022 halten sollten. Mit „weiterhin“ ist der 31. März 2025 gemeint.

Man könnte das für übertrieben halten. Am niederländischen Terminmarkt TTF, der als Referenz für den Gas-Großhandel in Europa gilt, lag Mitte dieser Woche der Preis für eine Megawattstunde Gas bei rund 26 Euro für Bestellungen über einen bis zwei Monate im Voraus. Das ist seit November so, und nicht viel mehr als im Juli. Selbst in Deutschland, wo seit dem Wegfall billigen Gases aus Russland die Sensibilität besonders hoch ist, wurde vor vier Wochen von „Entspannung am Gasmarkt“ gesprochen und diskutiert, ob so viele Terminals zum Import von LNG-Flüssiggas neu zu bauen, wie geplant, tatsächlich nötig ist.

Wie der Generaldirektor von Enovos Luxemburg, Erik von Scholz, die Sache sieht, müsse man allerdings unterscheiden, ob Gas physisch knapp werden könnte oder teurer im Handel. „Ich halte Knappheit weniger in physischer Hinsicht für möglich als im Preis“, sagt von Scholz dem *Land*. Die in Europa neugeschaffene Infrastruktur bringt LNG ins System. Die 2022 in Kraft getretene Verpflichtung, die Gasspeicher bis zum Beginn der Wintersaison stets auf mindestens 90 Prozent Füllstand zu bringen, wirkt. EU-weit sind die Speicher gegenwärtig immer

Zieht die Wirtschaft wieder an, wäre mit höheren Preisen zu rechnen. Würden die Winter wieder kälter, auch

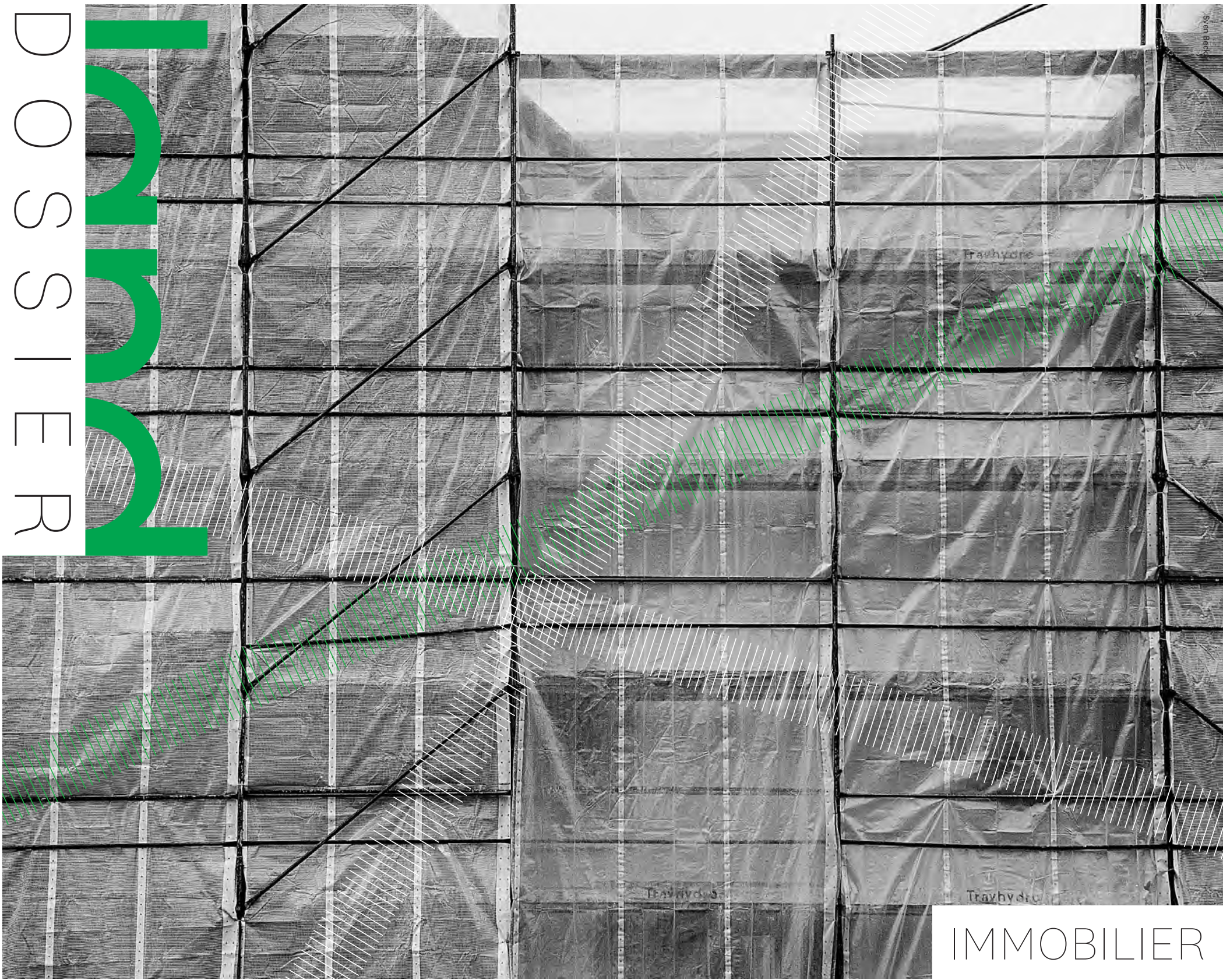
noch zu 65 Prozent gefüllt, in Frankreich, Belgien, Deutschland und den Niederlanden beträgt der Füllstand 60 Prozent. Gas gespart wird auch. In Luxemburg beispielsweise lag der Verbrauch Ende Februar kumuliert 25,7 Prozent unter dem der Referenzperiode, mit der das EU-Ziel von 15 Prozent aufgestellt wurde.

Trotzdem deuten für Erik von Scholz „die Gaspreise, wie sie heute sind, strukturell auf eine Erhöhung hin“. Die Nachfrage nach Gas sei zurzeit „relativ niedrig“ wegen der allgemeinen Wirtschaftslage. Hinzu komme, dass der zu Ende gehende Winter milder war als der Temperatur-Durchschnitt in den Wintermonaten der fünf Jahre vorher. „Zieht die Wirtschaft wieder an, steigt der Preis. Werden die nächsten Winter wieder so, wie in den vergangenen fünf Jahren, steigt er auch.“ Gebe es keine disruptiven Ereignisse, werde in den nächsten Monaten bei den Preisen nicht viel passieren, vielleicht aber danach.

Der Wegfall des billigen Gases aus Russland und der gewachsene Anteil an importiertem LNG hat den europäischen Gashandel stärker von globalen Entwicklungen abhängig gemacht. Im Januar lag der LNG-Anteil an den Gas-Importen in die EU bei rund 37 Prozent, der von Erdgas aus Norwegen bei etwa 50 Prozent. Händler, die an den Terminbörsen auftreten, preisen da auch die Wahrscheinlichkeit ein, dass eine steigende Nachfrage in Asien die Konkurrenz um LNG anheizt. Nimmt die Wirtschaftsaktivität in China wieder zu, könn-

te es dazu kommen. Was im Nahen Osten geschieht, wirkt sich ebenfalls aus: Der Krieg im Gazastreifen ließ den Börsen-Gaspreis im Oktober auf 50 Euro die Megawattstunde steigen. Aber nur kurzzeitig, im November nahm er wieder auf 25 Euro ab.

Nach Erik von Scholz' Ansicht ist „die Unsicherheit der Marktteilnehmer deutlich niedriger als 2022 nach Russlands Überfall der Ukraine“. Anfang dieses Jahres wurden sie auch angesichts der Diskussionen in den USA um LNG-Exporte nicht nervös: Ende Januar entschied die US-Regierung, zu den schon bestehenden Exporten dürfe es neue nur in Länder geben, mit denen die Vereinigten Staaten ein Freihandels-Abkommen haben. Für alle anderen – und damit auch für die EU – wurden neue Exporte vorläufig untersagt. Allerdings ließ die US-Regierung durchblicken, das gelte für neun Monate, in denen geprüft werde, welche Auswirkungen die Exporte auf die US-Wirtschaft haben. Die Händler an Europas-Gasdrehkreisen verstanden, dass Joe Biden bis zu den Wahlen seiner Partei nahe-stehende Umweltschützer beruhigen will, die Gas lieber daheim behalten möchten, damit keine neuen Standorte zur Schiefergasgewinnung erschlossen werden. Die US-Gasindustrie exportiert gern nach Europa, weil das mehr Geld bringt. Was nach den Wahlen sein wird, wird sich zeigen. Falls Donald Trump gewinnt, dürften Bremsen für den LNG-Export fallen. Also blieben die Preise im europäischen Großhandel, wo sie waren. ●



PPP

IIII BERNARD THOMAS

Existe-t-il un modèle d'affaires pour le logement abordable ?

Difficile de ne pas y voir un désaveu, du moins symbolique, des deux promoteurs publics. Le Fonds du Logement et la Société nationale des habitations à bon marché (SNHBM) n'ont pas été conviés au grand *Logementsdësch* organisé le 22 février par Luc Frieden. À l'issue de la réunion, le Premier ministre évoquait « une atmosphère extrêmement constructive et agréable ». Le sujet était la crise immobilière, pas celle du logement. Les lobbyistes du secteur ont pu exposer leurs revendications à pas moins de sept ministres. « De Privatsektor mat an d'Boot huelen » : Le CSV le revendiquait, tout comme le DP. Ce n'est donc pas une surprise que le nouvel accord de coalition veuille « renforcer la collaboration et la coopération » entre le privé et le public dans le logement abordable. Mais aucun politicien ne s'est jusqu'ici avancé sur la forme que devrait prendre une telle *joint-venture* dans un secteur hautement subventionné. Elle soulève quelques

questions : Combien d'argent public le gouvernement sera-t-il prêt à dépenser pour assurer un rendement aux promoteurs privés ? Et qu'en est-il des règles relatives aux aides d'État ? (Le sujet sera débattu dans un des groupes de travail institués par le *Logementsdësch* ; il présentera son rapport d'ici fin mai.) Le nouveau ministre du Logement, Claude Meisch (DP), devra rouvrir le dossier du logement abordable auquel ses deux prédécesseurs libéraux, Maggy Nagel (2013-2015) et Marc Hansen (2015-2018), avaient préféré ne pas toucher.

En 2020, la Chambre des métiers avait esquissé sa « solution de rechange au monopole public du logement abordable ». Selon ce modèle de *public-private partnership*, l'État devrait apporter les terrains (en emphytéose), verser les aides à la pierre et concocter des « incitatifs fiscaux ». Les investisseurs privés financeraient, eux, la construction – ou plutôt les 25 pour cent restants, les trois autres quarts étant assurés par l'État. Les loyers constitueraient le retour sur investissement. (La gestion du parc immobilier et de ses habitants devrait être assurée par une « Société des logements locatifs à coût modéré » qui n'existe pas encore.)

Ce modèle de PPP serait « fidèle au principe d'une gestion efficace des deniers publics » : « L'intervention de l'État devrait inspirer une certaine confiance aux investisseurs privés », écrivait la Chambre des métiers. Son vice-président, Paul Nathan, dit vouloir donner



« un moyen aux investisseurs privés de faire un investissement RSE, socialement responsable ». Ils ne réaliseront peut-être pas « la marge du siècle », ajoute-t-il, mais les rendements locatifs leur assureront « une certaine stabilité ». Dans son avis, la Chambre patronale estimait que « les investisseurs privés accepteraient un rendement financier brut moins élevé, en contrepartie d'un incitatif fiscal qui augmente le rendement net ». Le directeur de la SNHBM, Guy Entringer, se montrait plus prudent ce lundi sur *Radio 100,7*. L'État devrait trouver « le bon équilibre » : « Hinne natierlech eppes ze verdénge ginn, mee vläit och net ze vill... »

Transformer le logement abordable en *business*, est-ce faisable, sachant qu'au Fonds du Logement et à la SNHBM, les loyers tournent en moyenne autour de quatre ou cinq euros le mètre carré ? Le premier gère un parc locatif de 2 157 unités, la seconde de 441. (La liste d'attente du Fonds du Logement compte actuellement 5 996 ménages.) Or, pour la trésorerie des promoteurs sociaux, ce ne sont pas les loyers qui sont déterminants, mais « les taux de rémunération du capital investi », fixés par arrêté grand-ducal. L'investissement dans le logement abordable pourrait donc bien correspondre à un modèle d'affaires. Le gouvernement de centre-droite n'en semblait pas si sûr. Il promet la création d'un « Biergerfonds » (cher au DP), via lequel les épargnants pourront investir dans le logement abordable. Mais afin de garantir « un certain rendement », lit-on dans l'accord de coalition, ce fonds devrait également investir dans le marché privé.

En 2019, le président de la Chambre immobilière, Jean-Paul Scheuren, y voyait encore « une activité complémentaire » qui intéressait tout au plus « cinq à dix » firmes du secteur. Décidément, le « soziale Wunnengsbau » n'attirait guère les promoteurs. Mais depuis que leurs projets onéreux ne trouvent plus d'acquéreur, les promoteurs se découvrent un intérêt pour le logement abordable, que la loi réserve aux associations « sans but de lucre ».

Les promoteurs privés veulent bien construire de l'habordable, mais pas sur leurs propres réserves foncières. Ils demandent donc des terrains à l'État. Une revendication qui fait grincer des dents. Car le foncier destiné à l'habitat est une ressource aussi rare que concentrée au Luxembourg. L'État et les communes n'en disposent que de 2,2 respectivement 7,1 pour cent, alors que les sociétés privées et les personnes physiques en cumulent 19,1 respectivement 63,9 pour cent. « Le secteur privé dit que la main publique dispose de tellement de terrains... Et ben, ce n'est pas le cas de la SNHBM », dément Guy Entringer sur *Radio 100,7*. Même message dans sa lettre au formateur : « Où l'État souhaite-t-il que la SNHBM construise des logements abordables à l'avenir ? Nous avons besoin de ces terrains maintenant ! »

Inclure les promoteurs privés nécessitera quelques adaptations légales. La loi sur le logement abordable n'a même pas neuf mois. Votée in extremis, fin juillet 2023, elle exclut catégoriquement les acteurs commerciaux de la promotion immobilière sociale. Henri Kox, le malheureux ministre du Logement, avait tenté d'expliquer aux députés : « Wien ass de Promoteur social ? Dee kritt 75 Prozent. Déi 75 Prozent, déi mussen den Interêt général widderspigelën. Et ass fir d'Allgemeng-heet, wou mer ëffentlech Gelder an de Grapp huelen, an do mussen déi och esou distribuëiert ginn, well soss ... »

Combien d'argent public le gouvernement sera-t-il prêt à dépenser pour assurer un rendement aux promoteurs privés ?

Au Luxembourg, les investisseurs immobiliers sont moins intéressés par le rendement locatif, finalement assez faible, que par la promesse d’une plus-value éventuelle. (Ce qui constitue d’ailleurs un des signes distinctifs d’une bulle.) Or, les logements abordables devront garder leur affectation sociale pendant au moins quarante ans, avant de pouvoir être vendus ou loués sur le marché privé. La perspective d’une plus-value est donc très lointaine. En 2019, la ministre du Logement, Sam Tanson (Déi Gréng), avait doublé ce délai (qui avait été de vingt ans jusque-là) pour éviter les spéculations sur des immeubles cofinancés par l’État. La décision avait fortement mécontenté l’Archevêché. L’Église abandonna ses projets de logements sociaux qu’elle jugeait plus suffisamment rentables. Au lendemain des élections, l’évêque auxiliaire Leo Wagner sentait le vent tourner : « De Privé kéint méi erageholl ginn... Wann et do méi Impetus gëtt fir den abordable Wunnengsbau ze fërderen, kéinte mir indirekt do profitéieren », se réjouissait-il, fin octobre, sur *Radio 100,7*.

Le Luxembourg avait la fâcheuse habitude de privatiser instantanément ses logements sociaux. Jusqu’en 1980, le droit de préemption exercé par la SNHBM n’était que de dix ans, et il fallut attendre la fin des années 1990 pour que le promoteur public cesse de céder ses maisons en pleine propriété. Des milliards d’investissements publics ont ainsi été transformés en plus-values privées. C’est l’histoire de la disparition d’un parc immobilier public, dissous dans le marché. Aujourd’hui, la SNHBM est incapable d’avancer un chiffre précis sur le nombre de logements qu’elle a réalisés depuis sa création en 1919. (Il y a trente ans, elle estimait en avoir construit grosso modo 6 200.)

En 1972, la Centrale du LAV (prédécesseur de l’OGBL) lança Infraplan, une Sàrl « pour l’infrastructure et la planification urbaines ». Il s’agissait d’une succursale de la firme de construction allemande « Neue Heimat » contrôlée, elle, par le DGB. Infraplan se donnait l’objectif, très ambitieux, d’exercer « eine preissenkende Wirkung » sur le marché immobilier. Dans les années 1970, elle construisait des logements sociaux à Lallange, Roeser, Kayl, Schrassig, Dudelange et Grevenmacher. Elle cessa définitivement ses activités dans les années 1990 : Le Fonds du Logement reprit les immeubles restants, et l’incursion syndicale dans le logement social tomba dans l’oubli. Les organisations patronales s’impliquaient, elles aussi, sur la question. En 1973, la Chambre des métiers s’allia avec Chambre de travail pour lancer le Foyer du travailleur, une Asbl ayant pour objectif l’amélioration des conditions de logement des ouvriers immigrés, « en vue de faciliter leur adaptation sociale, humaine, économique et culturelle au milieu luxembourgeois ». À Mühlenbach, Diekirch et Lallingen, l’Asbl construisait des foyers pour ce que la presse appelait alors « Fremdarbeiter ». (En 2021, elle fut « épurée du registre [de commerce] ».)

Les organisations syndicales et patronales ont abandonné le logement social. Une désertion que dénonce Samuel Ruben dans *Wunnen : Tout reste affaires*. Il voit dans la réforme de 2002 une opportunité manquée : « Si les entreprises s’étaient engouffrées dans la brèche (comme les sidérurgistes de Dudelange après 1906) et avaient créé une ‘Asbl Logement de service’, elles disposeraient actuellement d’un parc de logements locatifs conséquent qui aurait peut-être eu un (peu d’) effet modérateur sur le marché immobilier ». En 2002, lors du débat parlementaire, le ministre du Logement, Fernand Boden (CSV), estimait que le logement social, « dat ass eppes fir sozial agestallten Asblën, wéi D’Sämm vun der Stroos, zum Beispill ». 22 ans plus tard, il existe soixante « promoteurs sociaux » conventionnés qui, pris ensemble, détiennent 3 881 logements : des Asbl, congrégations, fondations et fabriques d’Église.

La loi sur le logement abordable de 2023 a rouvert la porte au paternalisme patronal. Les entreprises peuvent dorénavant construire des « logements dédiés aux salariés du promoteur social ou de son mandataire », et se faire rembourser 75 pour cent des coûts de construction par l’État. Le jour du vote, le DP saluait une « ouverture ». « Fir den Ufank ass dëst ouni Zweifel e gud-den éischte Schrëtt », disait la députée libérale Barbara Agostino. Le LSAP et Déi Gréng ne cachaient

pas leurs réticences face à ce qu’ils percevaient comme un resserrement des liens de subordination : « D’Ofhängegkeet vum Salarié vis-à-vis vu sengem Patron gëtt jo doduerjer méi grouss, wann d’Recht op eng Sozialwunneng un d’Aarbechtsplaz gebonnen ass », estimait le député socialiste Yves Cruchten. Cet avantage en nature fortement subventionné ne devrait pas non plus fournir un prétexte à une baisse des salaires.

Pour bénéficier des subsides étatiques, les entreprises devront mettre sur pied une Société d’impact sociétal. Elles devront également respecter les loyers définis par la loi, plafonnés à un maximum de 35 pour cent du revenu net disponible. (Pour les bénéficiaires du Revis, il est fixé à dix pour cent du revenu.) Sont éligibles, les salariés-locataires ne dépassant pas le revenu médian (le décile 5). « Il faut fonctionner comme le Fonds du Logement », rappelle le constructeur-promoteur Roland Kuhn. Il avait bataillé dur avec Henri Kox pour que les entreprises puissent choisir elles-mêmes leurs locataires : Si je construis des logements sociaux, dit Kuhn, « dann kommen och meng Leit do dran ». Le modèle pourrait faire boule de neige, alors que les entreprises rivalisent entre elles pour attirer le précieux capital humain. Il pourrait notamment intéresser les *Big Four* qui, tous les ans, recrutent des centaines de « nouveaux talents » : Offrir un studio dans le « package », créerait un avantage compétitif. ●

Décile 7

125 logements de la SNHBM attendent actuellement un acquéreur. Le gouvernement a réagi en remontant le plafond d’éligibilité. Celui-ci passe du sixième au septième décile des revenus. Bref, la clientèle de la SNHBM inclut désormais presque l’ensemble de la classe moyenne. Le logement abordable ne semble plus tellement abordable. « Cette mesure se veut temporaire », lit-on dans l’exposé des motifs, il conviendra d’en analyser les effets « à court et moyen termes ».

L’élargissement du cercle des acquéreurs potentiels présente des risques. Par exemple celui d’éveiller les soupçons de la Commission européenne. En 2005, elle avait tapé sur les doigts des Pays-Bas, dont le parc immobilier public était ouvert à l’ensemble de la population, ménages aisés inclus. Bruxelles estimait qu’une telle politique créerait une « distorsion de concurrence » avec le secteur privé, et demanda à La Haye d’introduire un plafond d’éligibilité (qui sera fixa légèrement en-dessous de la médiane des revenus).

Malgré la neutralisation du terrain (via l’emphytéose) et le droit de rachat (qui annule les plus-values futures), les prix demandés par la SNHBM restent relativement élevés. Ils s’expliqueraient notamment par la faible densité qu’accordent les communes aux promoteurs publics, estime Guy Entringer, qui s’en est plaint dans sa note au formateur : « Nous avons besoin d’une construction plus dense et plus haute pour construire de manière plus rentable ; nos logements doivent devenir plus abordables ! » BT

ACQUISITIONS | SALES | RENTALS | VALUATIONS | INSURANCE | REAL ESTATE CONSULTING

DO YOU WANT
YOUR SALE OR RENTAL
TO CLOSE SUCCESSFULLY?

GET STARTED WITH
A REALISTIC VALUATION *
OF YOUR PROPERTY.

OUR VALUATIONS ARE ACCURATE & RELIABLE,
FREE & NON-BINDING. NO OVER-, NO UNDERRATING.
NO DECEPTIVE CLIENT PITCHING. NO STORYTELLING.
* NO BULLSHIT ASSESSMENTS.

PAUL FABECK
OWNER & FOUNDER

BRICKS REAL ESTATE SOLUTIONS
SOLUTIONS IMMOBILIERES
EXCELLENCE IN REAL ESTATE

2, PLACE DE NANCY | L-2212 LUXEMBOURG | T : 26 44 11 61 | INFO@BRICKS.LU | WWW.BRICKS.LU

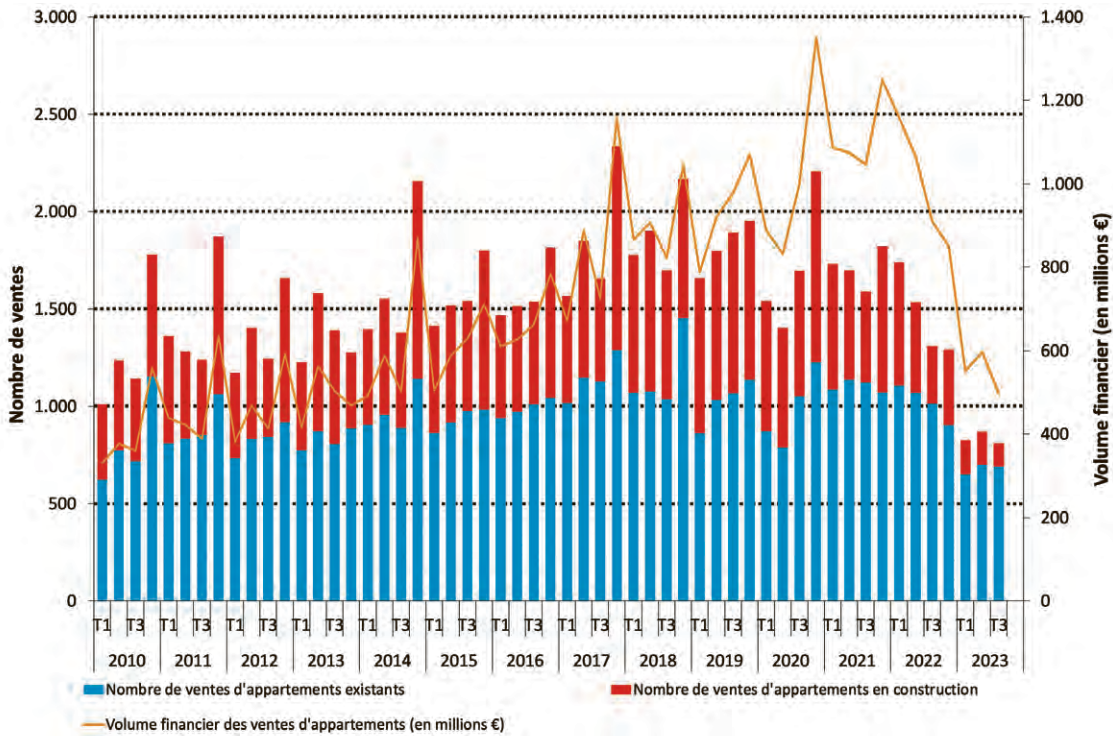


Figure 2 : Taux de variation sur douze mois de l'indice hédonique des prix des logements

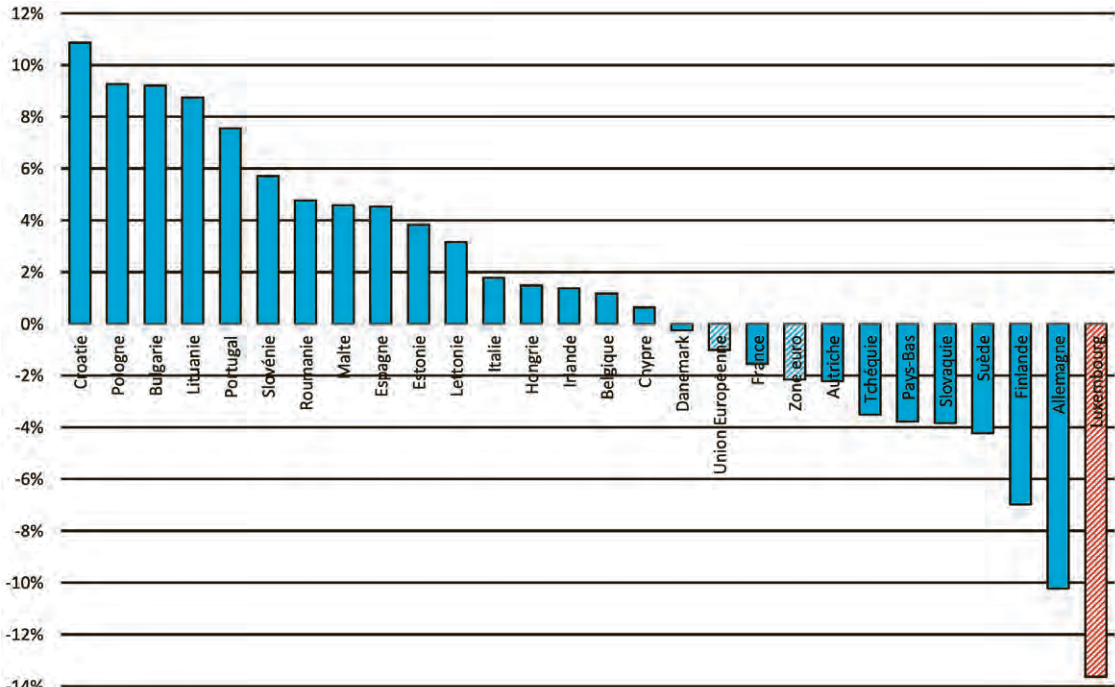
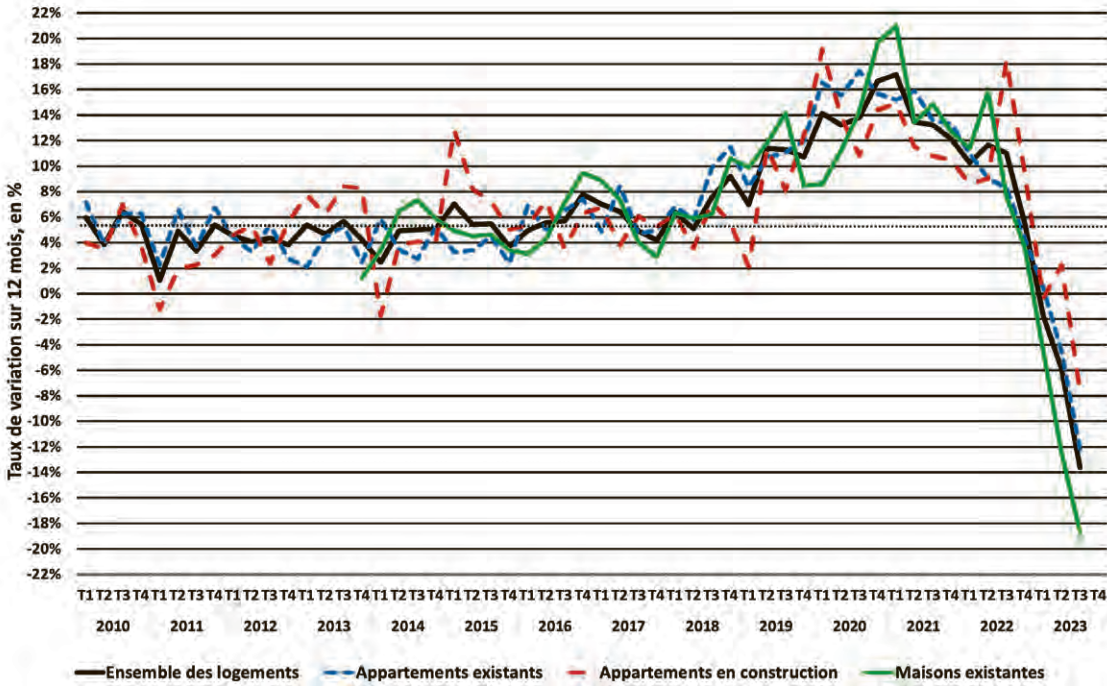
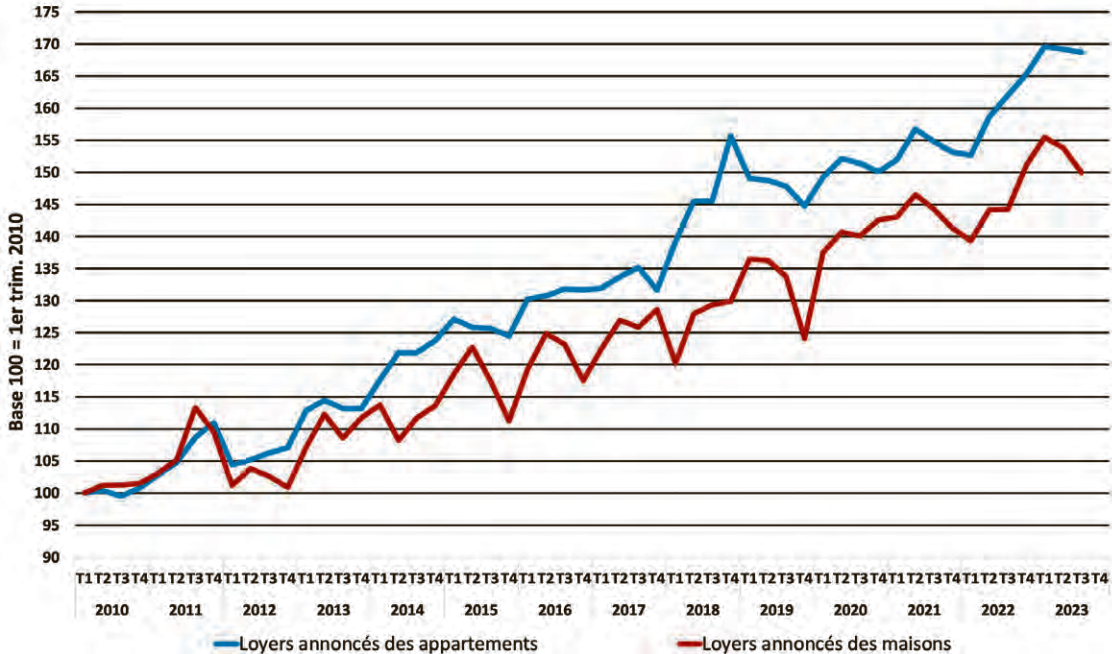


Figure 4 : Évolution des indicateurs des loyers annoncés



Anatomie d’une chute

IIII JULIEN LICHÉRON

Les prix de l’immobilier résidentiel au Luxembourg : Quelques tendances récentes

Le marché immobilier résidentiel luxembourgeois a été touché de plein fouet par la hausse des taux d’intérêt observée depuis la fin d’année 2022. La décélération de l’activité s’est accentuée en début d’année 2023, pour au moins trois raisons : tout d’abord, la hausse brutale et forte des taux a fini par avoir des conséquences importantes sur la capacité d’achat des ménages qui visaient une acquisition de logements, avec une baisse de 25 à trente pour cent de leur capacité d’emprunt au premier trimestre 2023 par rapport au début d’année 2022. Or les prix étaient très élevés après l’épisode de forte hausse des années 2017-2021, si bien que les ménages ne pouvaient suivre que grâce aux taux bas. Ensuite, les investisseurs locatifs se sont progressivement retirés du marché, puisque leur capacité d’emprunt avait également été amoindrie, mais aussi parce que d’autres classes d’actifs devenaient comparativement plus rentables du fait de la hausse des taux d’intérêt, et enfin parce que les perspectives de plus-value devenaient plus incertaines (au moins à court et moyen termes) sur l’immobilier résidentiel. Enfin, c’est justement l’incertitude, tant sur la conjoncture économique et la baisse possible des prix de l’immobilier que sur la trajectoire future des taux d’intérêt, qui a fini de pénaliser la demande de logements.

Les données officielles les plus récentes disponibles, qui portent sur le 3^e trimestre 2023, mettent ainsi en évidence un ralentissement très fort de l’activité qui touche l’ensemble des segments, dans des proportions différentes toutefois. Le nombre de transactions a ainsi baissé de 31,9 pour cent sur le segment des appartements existants et de 47,3 pour cent sur celui de la vente de maisons (constitué pour l’essentiel de maisons anciennes) entre le 3^e trimestre 2022 et le 3^e trimestre 2023. Mais c’est surtout sur le segment de la Vente en état futur d’achèvement (Vefa) d’appartements que le nombre de transactions a le plus fortement baissé : -59,9 pour cent sur un an. Le nombre de transactions s’est par exemple limité à 119 Vefas au 3^e trimestre 2023, alors que la moyenne oscillait entre 600 et 700 transactions pour un troisième trimestre entre 2017 et 2019... Il faut noter toutefois qu’il a pu y avoir des effets de report, puisqu’un certain nombre de biens neufs ont pu être vendus

après l’achèvement complet d’un immeuble, et sont donc comptabilisés parmi les appartements existants (cf. Figure 1).

Aux premier et deuxième trimestres 2023, c’est donc d’abord l’activité sur l’ensemble des segments du marché immobilier résidentiel qui a été impacté. Un ajustement progressif des prix des logements existants s’est toutefois fait ressentir : certains vendeurs, « forcés » à vendre rapidement du fait de crédits relais par exemple, ou parce qu’ils anticipaient une poursuite de la baisse des prix, ont notamment été contraints de baisser leurs prétentions de prix. L’indice hédonique fourni par le Statec a ainsi baissé de 12,3 pour cent pour les appartements existants et de 18,7 pour les maisons existantes entre le 3^e trimestre 2022 et le 3^e trimestre 2023.

Cette dynamique de prix à la baisse s’est dans un premier temps limité au marché de l’ancien, les promoteurs immobiliers faisant le choix de ne pas ajuster leurs prix de commercialisation des nouveaux projets, ce qui s’est traduit par un véritable effondrement des volumes de Vefas. C’est seulement au troisième trimestre 2023 que la baisse de prix de vente des appartements en construction a pu être observée. Autrement dit, certains promoteurs ont fait le choix, ou ont été contraints, de baisser les prix de vente sur certains nouveaux projets. Au 3^e trimestre 2023, l’indice hédonique fourni par le Statec est ainsi en baisse de 7,7 pour cent comparativement au même trimestre de l’année précédente, pour les appartements en construction, mais avec un nombre de transactions divisé par trois (cf. Figure 2).

Ces évolutions conjoncturelles, directement liées à la hausse des taux d’intérêt, sont cohérentes avec celles relevées dans un certain nombre de pays voisins, également touchés par une forte baisse de l’activité sur les marchés résidentiels. Il faut toutefois noter que la baisse des prix relevée au Luxembourg au 3^e trimestre 2023 (-13,6 pour cent pour l’indice hédonique global, incluant les logements existants et en construction) est la plus forte relevée dans l’UE sur cette période. Dans d’autres pays tels que la France, l’Autriche, les Pays-Bas, la Suède et la Finlande, une baisse des prix plus limitée est relevée. Seule

l’Allemagne connaît également une baisse des prix plus forte que dix pour cent sur cette période. Il est intéressant de noter que c’est un pays qui avait également connu une forte hausse des prix sur la période 2010-2021, tout comme le Luxembourg (cf. Figure 3).

Sur le marché locatif, les évolutions sont assez différentes. Après plusieurs trimestres de forte hausse (en particulier du 2^e trimestre 2022 au 1^{er} trimestre 2023), les loyers annoncés (issus des annonces immobilières relevées par l’Observatoire de l’Habitat et transmises par le partenaire *Immotop.lu*) se sont stabilisés, pour atteindre +4,1 pour cent pour les appartements et +4,0 pour cent pour les maisons entre le 3^e trimestre 2022 et le 3^e trimestre 2023. La hausse des loyers annoncés sur douze mois est ainsi quasiment identique à celle des prix à la consommation sur la même période. L’augmentation des loyers annoncés relevée sur douze mois s’explique sans doute par un report d’une partie de la demande depuis l’accession à la propriété (rendue plus difficile par l’augmentation forte et rapide des taux d’intérêt) vers la location. Toutefois, la stabilisation observée depuis maintenant deux trimestres traduit l’existence d’une contrainte forte : Les revenus des locataires n’ont pas suffisamment augmenté pour absorber une hausse trop brutale des loyers demandés par les bailleurs pour un nouveau contrat de location. Il a pu y avoir aussi un report des augmentations de loyers sur d’autres segments locatifs : le nouvel indicateur des loyers annoncés des chambres meublées indique ainsi une hausse de +4,6 pour cent sur douze mois entre le 3^e trimestre 2022 et le 3^e trimestre 2023 (cf. Figure 4.) ●

Les statistiques proviennent de l’Observatoire de l’Habitat, qui a pour missions de produire de l’information nécessaire à la planification de la politique du logement et d’informer le public sur les questions relatives à l’habitat. Le Luxembourg Institute of Socio-Economic Research (LISER) est un partenaire clé du Ministère du Logement dans la réalisation des missions de l’Observatoire de l’Habitat.



Le projet de Metaform pour le Bundestag lui a valu une mention

Cons de concours

IIII France Clarinval

Fin juillet 2023, à l'énoncé des 17 bureaux d'architectes retenus pour le concours du nouveau bâtiment administratif du Bundestag, Bärbel Bas, sa présidente, a marqué un temps d'arrêt. Entre les prestigieux cabinets londoniens comme Zaha Hadid Architects, Foster + Partners, ou danois comme BIG, s'est glissé le peu connu « Metaform architects, Luxembourg ». Le niveau de ce concours international était à la hauteur d'un projet qui ne manque pas de superlatifs : 27 000 mètres carrés utiles à construire avec 600 bureaux, des dizaines de salles de réunion et de formation, un restaurant, des magasins, des archives, un data centre ainsi qu'un centre de tri postal avec un contrôle aux rayons X. On ajoute des exigences de durabilité très élevées et deux bâtiments historiques à inclure et préserver... Tout cela pour presque un milliard d'euros de budget (dont la moitié pour la sécurité). 67 architectes ont participé au concours, 17 ont été sélectionnés. Il y a quelques jours, le projet du bureau luxembourgeois a été salué d'une mention et il finit à la quatrième place (comme deux autres). « C'est comme si le F91 arrivait dans le top de la Bundesliga », ironise Shahram Agaajani, patron et fondateur de Metaform.

Ce beau résultat a attiré l'attention de la presse spécialisée en Allemagne sur ce bureau « inconnu ». L'architecte quant à lui en tire des enseignements grâce aux remarques du jury. Un rapport détaille ce qui a été apprécié – l'ouverture vers l'espace public, l'intégration des bâtiments existants, la circulation entre les différents espaces – et ce qui n'a pas fonctionné – une façade jugée trop stérile, l'absence de vues sur le Reichstag

« *Comme s'il fallait avoir été Premier ministre pour devenir Premier ministre* »

Michel Petit, architecte

voisin, icône architecturale ou un concept intérieur pas assez fort. « Participer à un concours permet aussi d'apprendre, surtout quand le jury est de qualité. On sort de ce concours bien plus forts et on va adapter notre façon de travailler sur les prochains avec une approche plus globale », affirme l'architecte. Il a consenti à un investissement considérable en temps et en argent pour se mettre sur les rangs. « Par principe, nous ne participons pas aux concours sans rémunération. Pour Berlin, on a reçu 20 000 euros lorsque nous avons été *shortlistés* et 30 000 euros pour la mention honorable... Ce n'est rien par rapport à notre investissement qui se situe à 400 000 euros. »

Qu'un « petit » bureau ait ainsi accès à la cour des grands et gagne une telle reconnaissance, tient presque du miracle. Rembobinons. Comme la plupart des projets de l'envergure de ce concours

berlinois, une série de références sont demandées aux bureaux qui veulent y participer pour montrer qu'on a l'expérience de ce type de construction. Il est donc difficile de mettre le premier pied dans les grands projets : il faut avoir construit un hôpital pour concourir à la conception d'un hôpital, un musée pour un musée, un grand bâtiment administratif pour un grand bâtiment administratif. Et cette référence, Metaform l'avait obtenue grâce à la conception de Helix, le siège de Post Luxembourg, inauguré il y a un an. Projet que le bureau luxembourgeois avait remporté en 2017 à la suite à d'un concours d'appel à idées qui n'exigeait pas de référence... « On n'avait pas d'expérience de cette ampleur. Le budget de plus de cent millions d'euros, était vingt fois supérieur à ce qu'on avait l'habitude de gérer. Je suis donc très reconnaissant de la confiance que la poste nous a accordée. Cela nous a permis de cocher les cases demandées pour le nouveau complexe du Bundestag à Berlin », souligne Shahram Agaajani.

Pour ce petit miracle, combien d'autres bureaux luxembourgeois se voient barrer l'accès à des concours ou des appels d'offres y compris, voire surtout, au Grand-Duché. Des directives européennes règlent l'accès à la commande publique par des critères chiffrables : un nombre de collaborateurs, un chiffre d'affaires, un nombre de références. « Au fil des appels à participation, par un jeu de surenchère, ces critères sont poussés de plus en plus haut et conduisent à l'élimination des petites et moyennes structures, voire l'impossibilité pour des bureaux luxembourgeois de participer », regrette l'architecte Michel Petit, contacté

par le *Land*. Il n'est pas rare en effet que les règlements demandent plus d'un million d'euros de chiffre d'affaires, ce qui correspond, en gros à une dizaine de collaborateurs. Or, selon les chiffres de l'Ordre des architectes et Ingénieurs-conseils (OAI), 70 pour cent des bureaux établis au Luxembourg emploient moins de cinq personnes et quatorze pour cent entre six et dix personnes.

Dernier exemple en date, l'appel à candidatures lancé par la commune de Schengen pour la réalisation du hall sportif de la nouvelle école centrale à Remerschen. Il y est demandé un chiffre d'affaires annuel supérieur à deux millions d'euros et trois références de halls sportifs « à triple terrain » d'une valeur de huit millions minimum, construits dans les dix dernières années. « Les halls sportifs repris dans les références doivent être planifiés dans le cadre de projets d'écoles ou servir à l'exploitation du sport d'école », lit-on encore dans cet appel qui prévoit un budget de dix millions d'euros. Les architectes luxembourgeois qui remplissent de tels critères se comptent sur les doigts d'une seule main (et d'aucuns prétendent que les règles ont été établies sur mesure pour ceux-ci). Un système d'attribution de points détermine la sélection du bureau, sans qu'aucune esquisse, aucun plan, aucun projet ne soit demandé.

Avant cela, et avec une toute autre ampleur, on se souviendra qu'Arcelor-Mittal avait invité huit bureaux prestigieux à soumettre un projet pour son nouveau siège, sans aucun bureau local. « Les critères de participation pour cette consultation sont largement disproportionnés au regard des caractéristiques du projet. Un effectif total mini-

Feuilleton

2001 a recadré le cahier des charges pour l'entrée du Musée de la Sarre

land
08.03.2024

23

Les administrations publiques exigent de plus en plus de références pour les concours d'architecture au point que plusieurs bureaux locaux ne peuvent pas y participer

mal de cent personnes, dont au moins 80 architectes diplômés, visent à exclure de facto les bureaux établis au Luxembourg, et non à s'assurer de la capacité à concevoir un immeuble de bureaux de 55 000 mètres carrés », dénonçait l'OAI dans une lettre ouverte en 2017. L'Ordre parle d'un cercle vicieux qui pénalise les architectes locaux : « en perdant l'opportunité de concourir pour des projets nationaux emblématiques, nos architectes ne peuvent s'illustrer par leurs talents et gagner en références pour s'exporter et participer à des concours à l'étranger. » À propos de références, Michel Petit ose une analogie : « C'est comme s'il fallait avoir été Premier ministre pour pouvoir être Premier ministre ! ».

Face à l'inflation des références exigées, les bureaux luxembourgeois sont contraints de s'allier à des bureaux internationaux qui ont les expériences requises pour postuler à des projets. Inversement, les architectes luxembourgeois sont souvent sollicités par des grands noms internationaux pour leur servir de sous-traitants ou de « facilitateur et porte-mallette » (Michel Petit) alors même que les concours ou les projets ne sont pas connus ici. Shahram Agaajani cite l'exemple du Skypark au Findel, énorme business centre et hôtels lancé par Luxairport. « Quand le bureau danois BIG nous a appelé pour nous proposer une collaboration sur ce concours j'ai été très surpris. J'habite dans la commune, je suis architecte et je n'avais pas entendu parler de ce concours ! » Bien souvent la phase de conception est réalisée par le bureau international et l'exécution par les Luxembourgeois. Cette deuxième partie de la prestation est confrontée à tous les affres de la construction. « Nos bu-

reaux sont priés d'endosser toutes les responsabilités constructives, budgétaires et organisationnelles. Ces mariages forcés nous demandent beaucoup d'énergie », ajoute-t-il.

Les appels d'offres ou les invitations à des concours sont généralement rédigés par d'importants bureaux de planification ou d'ingénieurs. La plupart des administrations communales ne sont pas outillées et n'ont pas l'expérience ou le personnel pour mener des projets d'envergure à plusieurs dizaines de millions tels que les centres scolaires ou les grandes infrastructures pour personnes âgées. On constate que les *project managers* se sont engouffrés dans cette brèche : ils créent un sujet de concours et se proposent ensuite de suivre le projet. L'architecte, dont la mission légale s'arrête au permis de bâtir, se trouve souvent cantonné à un rôle d'exécutant ou de simple technicien. Il répond aux techniciens de la commune et non aux élus qui sont pourtant les maîtres d'ouvrage. Il endosse les responsabilités qui découlent des décisions prises par le project manager comme le planning ou le budget.

Dans d'autres pays, la Suisse ou la Belgique par exemple, de nombreux concours sont ouverts, sans critères de candidature. La région bruxelloise multiplie les petits concours où tout le monde peut se porter candidat. La première phase est très légère et ne demande que des références que l'architecte juge en lien avec le projet ou son contexte. Après une sélection, quatre bureaux planchent plus avant sur un cahier des charges et sont rémunérés pour leur participation. « Ce système amène des propositions plus variées et laisse

la place aux petits et jeunes bureaux qui ont des idées, mais pas de références », estime Philippe Nathan, co-fondateur du bureau eschois 2001. Il vient de remporter un concours pour un hall sportif et associatif dans le quartier populaire du Peterbos à Anderlecht pour un budget de neuf millions d'euros. « Nous avons profité de ce projet pour redéfinir les espaces publics et créer une nouvelle place ». Il y a quelques années, un autre concours ouvert avait permis à Sara Noel Costa de Araujo de construire une caserne de pompiers à Dilbeek en banlieue bruxelloise qui lui a valu plusieurs récompenses.

« Ce n'est pas la quantité qui règle la qualité, martèle Michel Petit. Poser les fondements d'une conception soignée et réaliser un bâtiment de qualité esthétique et fonctionnelle et qualité à l'usage ne sont pas l'apanage de la dimension mais de la qualité des architectes et des ingénieurs. » Shahram Agaajani ne dit pas autre chose : « Les bureaux luxembourgeois sont plus que capables de répondre aux exigences urbanistiques, architecturales et environnementales d'un site tout en respectant le programme et le budget. »

Les conséquences de cette surenchère ne se remarquent pas seulement sur les bureaux d'architectes, qui sont poussés à devenir de plus en plus gros, les uns englobant les autres. Elles se traduisent aussi dans le paysage. Michel Petit considère que les appels d'offres sont « des éléments de démocratie qui façonnent l'environnement bâti du pays ». Il regrette que le Luxembourg se limite à voir son avenir architectural et urbanistique importé via des architectes étrangers. Il en appelle au ministère

de la Culture à donner de la voix pour « formuler en un débat démocratique ouvert la qualité de l'environnement public » et à l'OAI pour défendre ses membres. « C'est un débat que nous devons mener surtout dans ce pays en plein questionnement identitaire et à la recherche d'une reconnaissance internationale, tant point de vue culturel qu'architectural », lui emboîte Shahram Agaajani. « Construire est devenu un acte polémique et clivant au vu de la production de CO₂ que cela nécessite. Les concours ne peuvent pas faire l'économie d'une réflexion plus macro quant à la nécessité de construire, détruire, transformer », ajoute Philippe Nathan du bureau 2001.

Cet architecte a mis en avant le concours comme outil de débat avec le projet rendu pour la transformation du foyer d'entrée du Musée historique de la Sarre pour lequel il avait été invité à concourir. Une consultation qui n'était pas rémunérée et qui a coûté au bureau un bon millier d'euros. « Nous avons considéré que le cahier des charges ne posait pas la bonne question. On a réorienté la demande avec un projet qui déplaçait l'entrée et qui remettait en question le lieu de l'intervention. » Bien évidemment, ne correspondant pas au cadre, le projet a été disqualifié. Mais la presse s'est fait l'écho de la réflexion et du débat. « Un concours permet de comparer les idées et les positions plus ou moins radicales, efficaces, fonctionnelles. Il ouvre à envisager d'autres solutions, voire à poser d'autres questions », complète Philippe Nathan. Il s'intéresse aux concours perdus qu'il estime particulièrement éclairants et regrette qu'on ne prenne pas le temps d'un retour critique sur ces productions. ●



Pitt Simon,
der „gute“
Wachmann (links)

Alte Bilder des jüdischen Shtetl

III Anina Valle Thiele

Mit *Anatevka* spielt das Grand Théâtre das Musical *Fiddler on the Roof*, inszeniert von Gil Mehmert, und bereichert damit die Bühnenwelt nicht um Nuancen

„Tradition. Tradition!“, singen die Männer anfangs und stampfen dazu energisch auf den Boden. „Wir tragen alle einen Gebetsschal als Zeichen unserer Gottesergebenheit“, erklärt der Milchmann Tevje, während seine Töchter um einen Tisch sitzend darüber scherzen, was für einen (Ehe-)Mann sie sich vorstellen ...

Anatevka (Ursprünglich: *Fiddler on the Roof*) basiert auf *Tevye the Dairyman and his Daughters*, einer Reihe von Geschichten des berühmten jüdischen Schriftstellers Solomon Naumovich Rabinovich, die er zwischen 1894 und 1914 auf Jiddisch über das jüdische Dorfleben im Siedlungsgebiet des kaiserlichen Russlands schrieb. Er wurde unter dem Pseudonym Scholem Alejchem berühmt.

Die Geschichten gehen auf seine eigene Kindheit unweit des heutigen Kiew zurück (fiktionalisiert als Yehupetz). Alejchem schrieb eine dramatische Adaption, die bis zu seinem Tod unvollendet blieb, jedoch 1919 vom Yiddish Art Theatre auf Jiddisch produziert und in den 1930-er Jahren verfilmt wurde. In den späten 1950-er Jahren wurde am Broadway ein auf den Geschichten basierendes Musical von Arnold Perl mit dem Titel *Tevje und seine Töchter* inszeniert. Zuvor hatten Mike Todd und andere lange erwogen, dieses Musical an den Broadway zu bringen, ließen die Idee aber zunächst fallen.

Denn sie befürchteten, dass *Fiddler on the Roof* „zu jüdisch“ sei, um das Mainstream-Publikum zu begeistern. Kritiker/innen fanden es dann aber oberflächlich; Philip Roth bezeichnete es im *New Yorker* gar als „Shtetl-

Kitsch“. Einige Verfremdungen im Musical tragen dazu bei, dass es gefällig wirkt. So wird der örtliche russische Offizier nicht als brutal, wie Alejchem ihn beschrieben hatte, sondern als sympathisch dargestellt.

Die Show fand seinerzeit die richtige Balance und wurde eine der ersten populären Post-Holocaust-Darstellungen der verschwundenen Welt des osteuropäischen Judentums. Die ursprüngliche Broadway-Produktion, die 1964 uraufgeführt wurde, hatte als erstes Musiktheater in der Geschichte mehr als 3 000 Vorstellungen. Zahlreiche Autor/innen folgten der Erzähltradition Alejchems, insbesondere Isaac Bashevis Singer und zuletzt Tomer Dotan-Dreyfus, dessen wunderbarer Roman *Birobidschan* vergangenes Jahr für den Deutschen Buchpreis nominiert war.

Anfangs hatten die Autoren von *Anatevka* auch überlegt, das Musical *Tevje* zu nennen, bevor sie sich für einen Titel entschieden, der sich an Gemälden von Marc Chagall (etwa *Grüner Geiger*, 1924) anlehnte und der auch das Bühnenbild inspirieren sollte.

Gil Mehmert inszeniert das Stück in einer Koproduktion des Saarländischen Staatstheaters mit den Théâtres de la Ville de Luxembourg auf der großen Bühne des Grand Théâtre. Chagalls Geiger schimmert grünlich hinter den Fenstern des kleinen Dorfes Anatevka durch. Das verschachtelte Bühnenbild, das sich mal zur häuslichen Stube, mal zum Stall umfunktionieren lässt, wirkt wie eine Miniatur des jüdischen Shtetl.

In dem archaischen Mikrokosmos trinken die Männer, tanzen und singen. Um Tevjes Tochter Zeitel findet ein Kuhhandel statt. Doch sie verschmäht den reichen Fleischer Lazar Wolf und zieht mit dem mittellosen Schneider Mottel ab.

Folkloristisch wirkt das Ganze von Anbeginn. Das liegt vor allem an der recht stereotypen Darstellung der Shtetl-Juden. So wirkt der Rabbi mit langem Rauschebart stets verwirrt, wie die Karikatur eines osteuropäischen Rabbiners. Anleihen, wie eine humorvolle Darstellung gelingen kann, hätte man bei Joan Sfar finden können. Im Begleitheft liest man, das Stück zeige, wie „aus Beziehungsgeschichte und Dorfgeschichte Weltgeschichte wird“. Nicht frei von Nostalgie lasse einen *Anatevka* in eine verlorene, zerstörte Welt blicken und entwickle eine „universelle Kraft“.

Auf der Hochzeit Zeitels mit Mottel unter dem Baldachin randalieren russische Soldaten. Die Gewalt wird in flimmerndem Licht und in Zeitlupe dargestellt und bekommt dadurch etwas nicht-real Märchenhaftes.

Zeitels Schwester Hodel verliebt sich in den Hauslehrer Perchik, der sie unter anderem durch den Tanz verführt. Der Anarchist bringt frischen Wind ins Dorf und subversive Ideen ... Dass Hodel ihm treu nach Sibirien folgt, wirkt übertrieben. Doch *Anatevka* ist eben ein Märchen.

Die bekannten Lieder und Melodien aus dem Musical, wie „Wenn ich einmal reich bin...“, ziehen die Zuschauer/innen mit. Musikalisch beeindruckt der Opern-Chor des Saarländischen Staatstheaters.

Nur einmal zeugt ein Bild von einer Regieidee, und zwar als Tevje seine Großmutter und die Urväter und -Mütter im Traum in einer Geisterszene erscheinen. Da tanzen sie fliegend mit morbiden Masken wie bei einem mexikanischen Totenfest um sein Bett herum.

Der jüdische Humor Alejchems transportiert sich vor allem über Tevjes Selbstgespräche, etwa: „Ich weiß, wir sind das auserwählte Volk. Aber könntest du nicht ab und zu mal ein anderes auserwählen?“

Pitt Simon gibt den „guten“ Wachmann, der sich in einer undankbaren Situation befindet. Ein wenig wie die Luxemburger während der deutschen Besatzung. Einerseits hat er den Befehl, die Juden zu vertreiben; weil er aber kein so schlechter Kerl ist, warnt er sie immerhin vor, sodass sie noch ihre Sachen packen können: „Der Erlass trifft alle“, verkündet er tumb, dreht sich verschämt um und murmelt: „Ich habe damit nichts zu tun.“

Tevjes Frau Golde nimmt den Schicksalsschlag hin: „Naja, Anatevka war nicht der Garten Eden – es ist ein Ort wie jeder andere, und unsere Vorfahren mussten auch schon viele Orte verlassen.“

Ein Kern des Stücks, die Emanzipation der drei Töchter Tevjes, die sich nicht an Männer vermitteln lassen wollen, mit den anfangs beschworenen Traditionen brechen und ihren eigenen Weg gehen, versandet leider etwas. So wenden die drei sich aus heiterem Himmel ab, und der Vater nimmt es zähneknirschend in Kauf. Allein

DIE KLEINE ZEITZEUGIN

Gemütliche Grobheit

IIII Michèle Thoma

Ein bisschen warm ums Herz wird mir schon, wenn ich aus dem Draußenland so in mein Land luge, ich nenne es immer kindisch possessiv noch mein Land. Diese Stallgeruch-Grobheit, so heimelig. Von bei uns. Die Sprache, aus dem Bauch, aus dem Stall, unfähig Arabesken zu schlagen, nicht verschlagen, man sagt was man denkt. *Vun der Long op d’Zong, fräi vun der Liewer, riichter-aus*, immer geradeheraus. Was auch immer da herauskommt. Ehrlich. Direkt. Hier wird nicht geheuchelt gemeuchelt.

Der ruppige Pragmatismus, die Derbheit und Direktheit, auf die Luxemburger/in stolz ist. Ein vor rechtschaffener Wut schäumen-der Bürgermeister, der in seinem mit Amerikanismen gespickten Post mit *Law and Order* herumfuchtelt. Ein Promi-Anwalt, der in einem legendären Beschwerdebrief an die Bürgermeisterin der Hauptstadt herumberserkerte. Ältere Dramen, die bestens gelaunt aus ihren Herzen keine Mörderinnengruben machen. Hauptsache frei heraus, sind wir denn nicht frei? Freie Menschen in einer freien Gesellschaft? Eben.

Diese gutmütige Grobheit, die rustikale Rohheit, selbst wenn man sich einer anderen im Land geläufigen Sprache bedient, einer die Subtilität und Schlupfwinkel bieten würde. Mentalität nennt man sowas dann wohl. Ist ja aber, ihr langweiligen Spielverderberinnen, nicht so gemeint, wir sind ja unter uns, wer nimmt das denn immer alles so seriös?

Hohoho, der Jud der liegt im Stroh. Die Zigeuner/innen kommen. *La racaille*. Die Hühnerköpfer. Klamauk. Tradition. Folklore. Füttern. Alles nur Spaß. Den ihr nicht versteht. Eifer des Gefechts. Ein bisschen Humor. Seele von einem Mensch.

Große Grobheit, kleiner Ausrutscher. Rausrutscher. Das gemein Verständliche, in einer

Die Peer Group weiß es zu schätzen. Den Code der Andeutungen hat sie längst geschnallt

Kindersprache von sich gegeben. Und dann auf ein Bier. Auf du. Gedu.

Man kennt sich. Von immer schon. Kindergarten. Im Auto nach der Disco. Kommunion. Scheidung. Das ganze Land Familie. Schrecklich wie Familie. Was redet sie da? Ach, lass sie reden! Jeder ist befangen. Ein Gefängnis ist es aber nicht, das Land. Die, die es sich leisten können, sind immer weg.

So betörend vertraut, das alles. Aber unter der Kindersprache lauert schon etwas an-

deres. Der Refrain, der seit Jahren obsessiv durch die Länder Europas tönt. Das Wird-man-ja-wohl-noch-sagen-dürfen-Leitmotiv. Längst wird es flächendeckend ausgetestet. Was von linkslinken Meinungsmacher/innen geknechtetes Volk denn überhaupt noch sagen darf. Bevor die Alarmglocken ausflippen und die roten Linien hysterisch aufflackern und die Anstrengenden wieder ihren üblichen Stress verbreiten. Bis wohin man noch gehen darf bevor man zu weit geht, Mutter-darf-ich, wieviel Schritte?, wie es in dem autoritären Kinderspiel hieß, das die Boomer/innen spielten. Ist man im Eifer des Gefechts ein bisschen zu auffällig über das Ziel hinaus geschossen wird ein Schrittlein zurückgetreten und ein treuherziges Mea Culpa absolviert Allzu menschlichem Versagen beim Sagen, die *Peer Group* weiß es zu schätzen. Den Code der Andeutungen hat sie längst geschnallt. Weiß sie doch, unter welch unmenschlich gutmenschlichem Druck diese verbalen Ausrutscher zustande kommen, auf die Medien durchsetzende Jagdgesellschaft ja nur wartet.

Aber Luxemburg? Ist das nicht etwas übertrieben, lächerlich gar, Luxemburg auch nur in der Nähe solcher Entwicklungen anzusiedeln? Als würden die, die Wahl haben, eine Gesellschaft von Erben und Staatsbeamtinnen und um die Welt fliegenden Rentner/innen Le Pen oder Höcke liken. Enjoy ist ihr Motto, Armut in Luxemburg begegnet ihnen in *Arte*-Dokus.

Luxemburg? Doch bestimmt nicht so. Doch ganz anders. Weltoffen, global, 160 Nationalitäten in der Stadt. Mindestens. Auch sie haben Auswahl, große Auswahl. Kilometer Klopapier im Supermarkt. All die Sprachen. Wie rede ich meinen Nächsten an? Mal so, mal so. Oder gar nicht. Zu kompliziert. Und einige sprechen Kindersprache. So frisch, so frei. So frei heraus. ●

D’GEDICHT VUN DER WOCH

D’Hesperkutsch

IIII Jacques Drescher



Ech hätt net solle schreiwen
Op Facebook dëse Bréif.
Ech hat en Décke stoen
Wéinst engem Héngerdéif.

Lo ginn ech op Canossa,
Wann d’Kand scho läit am Pëtz.
Ech maachen et pro forma
Wéinst mengem Chambersëtz.

Zu Hesper si mir Pafen
Sou fromm bal wéi den Här.
Mir ginn an d’Mass um Sonndeg;
Um Bal si mir vulgär:

En décke fette Bunnes,
Dee sot zum Mutschegréit:
Denk mat dem Kapp, al Houer,
Soss ass et nees ze spéit!

die Liaison zwischen dem russischen Christen Fedja und seiner Tochter Chava geht ihm zu weit: „Ein Vogel kann einen Fisch heiraten, aber wo wollen sie wohnen?“ Wütend verstößt er seine Tochter: „Chava ist für uns gestorben!“

Am Ende sind die Fenster der Stuben weit aufgeklappt und es schneit. Die Idylle wird gebrochen durch ein angedeutetes Pogrom. Es wird darauf verzichtet, explizit Gewalt auf der Bühne nachzustellen. Der Vorhang fällt abrupt. Enrico De Pieri erntet für seine Interpretation des Tevje zu Recht rauschenden Applaus.

„Die Geschichte vom Überlebensmut und Überlebenswillen einer Gemeinschaft in schwierigen Zeiten eröffnet in Anbetracht des verachtenswerten Anstiegs an antisemitisch motivierter Gewalt heute und der brutalen Wirklichkeit in Israel, Palästina und der Ukraine einen Raum für Menschlichkeit, Trost und Zusammenhalt“, heißt es im Programmheft politisch korrekt, um vieles im Gefühl zu vermischen, was der Verstand trennen sollte.

Besondere Regie-Einfälle oder Bezüge zur Gegenwart (in der Spielzeit 2016/17 erregte etwa Ewa Teilmans Inszenierung am Theater Aachen Aufmerksamkeit, deren Bühnenbild von Andreas Becker direkte Bezüge zu den Kämpfen in Aleppo herstellte) vermisst man in der konventionellen Inszenierung fast gänzlich. So beschert *Anatevka* einen unterhaltsamen Abend. ●

Anatevka (Fiddler on the Roof) von Joseph Stein (Buch), Jerry Bock (Musik) und Sheldon Harnick (Gesangstexte). Musical in zwei Teilen, basierend auf den Geschichten von Scholem Alejchem, mit ausdrücklicher Genehmigung von Arnold Perl. Inszenierung: Gil Mehmert; Musikalische Leitung: Justus Thorau; Bühne: Jens Kilian; Kostüme: Claudio Pohle; Choreografie: Bart De Clerq; Licht: Michael Heidinger; Dramaturgie: Stephanie Schulze. Koproduktion des Saarländischen Staatstheaters und Les Théâtres de la Ville de Luxembourg.

Martin Kaifholz

Sven Becker

Fabrique d'images

IIII Marianne Brausch

Plongée dans le monde du travail. Films d'art et d'essai et documentaires au Casino-Luxembourg-Forum d'art contemporain



La sortie des usines Lumière en 1895, prémisse de l'exposition

Une colonne de trois écrans révèle ce que l'on va découvrir au rez-de-chaussée du Casino Luxembourg-Forum d'art Contemporain, dans les salles redevenues black boxes pour l'occasion : un cinéma documentaire et expérimental sur le sujet du travail. D'où le titre choisi par la commissaire Laura Lux : *Images at Work*.

Les trois projections montrent les ouvriers et les ouvrières qui sortent des usines des frères Lumière à Lyon, inventeurs du cinématographe. C'était en 1895. Louis Lumière, le patron est derrière la caméra et a demandé à ses employés de venir un dimanche pour les prises de vue... *Images at Work*, c'est donc les trois premiers essais d'images en mouvement de ce qui va devenir l'industrie cinématographique. C'est aussi un morceau de l'histoire de ceux et celles qui fabriquent le matériel inventé par leurs patrons : les ouvriers.

Voilà le propos de cette exposition proposée par Laura Lux. La jeune femme, née en 1990 au Luxembourg, a passé un doctorat au King's College de Londres dans la spécialité Film Studies. Cela fait d'elle une « scientifique » sur un sujet très pointu. On peut donc sans hésiter parler de niche, puisque son intérêt et les films montrés au Casino, portent sur l'aspect du

travail et par conséquent sur les ouvriers, la catégorie sociale qui est la leur, leurs origines, leur vie au quotidien, leurs revendications.

À ces aspects documentaires s'ajoute – d'où la justesse d'une exposition dans un centre d'art – celui de l'art expérimental. Il faudra se montrer patient, l'ensemble des projections dure près de deux heures pour la partie *Entrance* (dix projections en continu) et une heure vingt pour *Exit* (trois séquences en continu). Mais ce serait dommage de ne pas faire connaissance avec cette catégorie de films documentaires d'essai (comme on dit cinéma d'art et d'essai).

Des festivals spécifiques sont dédiés à ces films, entre autres au Canada et à Gand. Leurs auteurs, généralement des enseignants d'université ou en écoles d'art, des curateurs ou des archivistes, précise Laura Lux, vivent majoritairement dans des métropoles – New York, Londres, Montréal, Tokyo, Séoul, Paris, Bruxelles.

Quand Sharon Lockhart filme en continu les dockers quittant le port où ils travaillent, boîte de casse-croûte à la main, elle fait directement référence à l'essai de la sortie d'usine filmée par Louis Lumière. La prise de vue des ouvriers

est seulement inversée : on les voit de dos. Kevin Jerome Everson a tourné *Workers leaving the job-site* (film muet en couleurs) sur un des sites de fabrication Westinghouse. La porte s'ouvre et se ferme sur les ouvriers quittant le travail un à un et non en masse comme dans l'usine Lumière et des docks du port. Ce sont des Afro-américains. Le cinéaste souligne ainsi la condition sociale et une répartition des catégories du travail aux États-Unis.

À la fois politique et artistique (Bertolt Brecht n'aurait pas dénié ce point de vue), est la « méthode » Fruhauf. *La sortie*, une des projections les plus anciennes présentées ici, puisque datant de 1998, est un manifeste sur fond du bruit de la sirène qui annonce la fin de la journée de labeur. La séquence des ouvriers en rang revient de manière répétitive, entrecoupée par une autre ligne de silhouettes se dirigeant dans l'autre sens et les croisant au même rythme. La projection n'est pas le négatif de la pellicule, mais plutôt un noir et blanc inversé. Cela accentue le côté mécanique et aussi l'aspect artistique.

Aujourd'hui, le monde du travail est pour une grande partie non plus mécanisé, ce que montre par ailleurs *Production Materials Handlers* de Kevin Jerome Everson (2015), où la répétitivité des gestes de triage des pièces métalliques est signifiée par la surimpression des mains de l'ouvrier, identiques, et des bacs au contenu différent. Les employés de *Workers leaving Googleplex* d'Andrew Norman Wilson (2011) et leur manière de quitter le site systématiquement, tous et l'un après l'autre, rejoignant chacun sa voiture, laisse deviner un monde globalisé et solitaire.

Si nous devons personnellement distribuer un prix aux projections de *Images at Work*, ce serait pour *Alternatives Economies* (2011) de Rehana Zaman, où il est à la fois question de l'économie parallèle des bitcoins et de fabrication de produits à base de plantes par des herboristes : dans les deux cas, on peut y croire ou dire qu'il s'agit de supercherie. Cependant, il est dommage qu'il ne soit pas possible, comme on le fait quand on écoute un enregistrement, d'aller en avant et en arrière sur la bande son des films projetés dans *Images at Work*. Seul un petit écran indique la séquence en cours et la durée de projection entière qui équivaut à celle d'un long métrage de trois heures...

Les films portent sur le travail, donc sur les ouvriers et leurs conditions de vie

Imaginons-nous donc dans une salle de cinéma, le pop-corn en moins. Il ne faut pas rater *Repetitions* de Morgan Quaintance, projeté à la presque fin de la partie des projections *Entrance*. Une « œuvre » au véritable sens du terme, comme le dit la curatrice dans le flyer. Déjà présenté dans des institutions d'art comme le MoMA et des festivals prestigieux, nommé aux European Film Awards en 2023, lauréat en 2022 du ARTE Award, *Repetitions* fait partie des documentaires les plus récents de l'exposition, il date de 2022. La musique, – rap, jazz, musique classique – est un élément d'accompagnement du film synchrone avec le rythme des séquences filmiques. Images répétitives, images fixes, défaut de la pellicule qui produit des flashes de couleur (souvent orangés), etc.

Morgan Quaintance raconte et prend parti : groupe de femmes noires et leurs revendications salariales, une voix off répétant « hello Bella ? » sur l'image fixe d'un portrait dont on ne sait s'il s'agit d'une standardiste ou d'une femme qui manque à la voix d'homme. Car Morgan Quaintance insère aussi des images de la vie d'individus à *Repetitions*. On se rapproche du cinéma d'art et d'essai et du meilleur Godard. À ne pas rater. ●

Images at Work. Films de Céline Condorelli, Kevin Jerome Everson, Harun Farocki, Siegfried A. Fruhauf, Sharon Lockhart, Auguste et Louis Lumière, Morgan Quaintance, Ben Rivers, Ben Russel, Beatriz Santiago Munoz, Andrew Norman Wilson, Rehana Zaman est à voir au Casino-Luxembourg Forum d'art contemporain jusqu'au 28 avril

Une autre sortie d'ouvriers : Sharon Lockhart, *EXIT, Bath Iron Works*, 2008)





Attrapez-les tous

IIII France Clarinval

Vivre l’opéra en réalité virtuelle est le pari lancé par Anne Simon et son équipe. Ludique et informatif... quand la technologie fonctionne

Depuis sa sortie en juillet 2016, le jeu « Pokémon Go » a séduit des dizaines de millions d'utilisateurs. Il reste indétrônable dans la catégorie des jeux en réalité augmentée basés sur la géolocalisation. Quand Anne Simon intitule son projet *Opera Go*, la référence est évidente. Les spectateurs participants savent d'avance qu'ils vont se promener le nez sur leur téléphone et collectionner quelque chose.

Et c'est bien ce qui est proposé : *Opera Go* est une chasse au trésor virtuelle qui mène le public à travers la vieille ville de Luxembourg pour découvrir de manière ludique la diversité de l'opéra grâce à la réalité augmentée. Cela commence par de la réalité bien réelle – mais le théâtre l'est-il jamais ? – à l'étage du bar De Gudde Wëllen. Falstaff (Jean Bermes), le bon vivant de Shakespeare, célèbre la créativité et les arts, avec force de boisson. Il chante librement, des airs inspirés du *Songe d'une nuit d'été* d'Ambroise Thomas et matinés de chansons populaires luxembourgeoises (que les plus vieux du public entonnent en chœur). L'accordéon de Nataša Grujović, l'accompagne gaiement. Le quatrième mur est constamment brisé en prenant les spectateurs (petits et grands) à partie. C'est joyeusement foutraque, sans aucune prise de tête, mais avec l'application vocale nécessaire pour ne pas tomber dans l'amateurisme.

Quand Marie-Christiane Nishimwe tout en paillettes apparaît dans le personnage de la Reine de la nuit (sortie de la *Zauberflöte* de Mozart), la fête est finie. Elle est choquée de constater que ses opéras chéris se sont littéralement envolés par la fenêtre. Elle compte sur la bravoure du public pour lui ramener de ses airs bien-aimés. Certes, l'argument est mince, mais on se prend au jeu facilement, d'autant qu'il y a pas mal d'enfants dans l'assistance.

Téléphone et application à la main, casque sur les oreilles, le parcours commence. Entre deux stations, la voix d'Anne Simon raconte la création et le contexte de grands moments de l'opéra international, allant de *L'Orfeo* de Monteverdi (1607) à *Die Walküre* de Wagner (1856) en passant par Purcell, Rameau, Mozart et Rossini. Six étapes clés de l'histoire de l'opéra et six haltes dans la ville où des épreuves en réalité augmentée sont à surmonter : un labyrinthe virtuel, des grenouilles chantantes, un memory ou des cibles à viser...

Les enfants comprennent aisément le maniement de l'application, les adultes pataugent un peu. Le lien intergénérationnel joue à plein. Il y a bien quelques bugs à surmonter et c'est assez éprouvant quand la technologie ne répond pas. Le tout est assez amusant, plutôt instructif. On hésite cependant à savoir si l'opération n'est pas plus une découverte de la ville que de l'opéra car il n'est pas obligatoire d'écouter les explications historiques pour s'en sortir.

C'est en tout cas, une proposition qui réfléchit sur le théâtre, la scène, l'implication du public et qui a le mérite de briser les carcans habituels. Anne Simon résume la démarche : « Nous avons utilisé le potentiel des nouvelles technologies pour démocratiser l'accès au grand art en créant un point d'entrée par le biais de formes pop-culturelles ». (Re)mettre l'opéra dans les rues comme un élément du quotidien est une manière d'enchanter le réel et de réduire la distance entre le public et des histoires qui sont souvent perçues comme hermétiques. ●

Les prochaines représentations de *Opera Go* ont lieu les 23 et 24 mars (à 15h et 17h), ainsi que les 10,11 et 12 avril (à 18h30). Départ au Gudde Wëllen

T A B L O

P O L I T I Q U E

Le pour cent

Avec très exactement 255 028 952 euros, le budget 2024 du ministère de la Culture atteint 0,95 pour cent du budget de l'État. On n'est pas encore tout à fait au symbolique un pour cent, mais on s'en approche enfin. L'augmentation considérable (plus de 71 millions) de ce budget est principalement due à un changement d'attribution, le Film Fund et ses 42 millions annuels étant passés du ministère de la Communication à celui de la Culture. En dehors de cela, on note d'évidentes augmentations liées à la masse salariale (index et embauches) dans les instituts culturels de l'État. Parmi ces instituts, le Musée national d'architecture, d'histoire et d'art (14,6 millions) et l'Institut national de recherches archéologiques (14,1) voient leurs dotations progresser. Ils devancent désormais le musée d'histoire naturelle (13,1).

Près de la moitié du budget du ministère de la Culture, 121,8 millions, est allouée au secteur conventionné, c'est-à-dire établissements publics, associations et autres organismes. Sans surprise, après le Film Fund, la Philharmonie grimpe à la deuxième position avec 26 millions d'euros (+ deux millions). Les dotations aux autres établissements publics sont relativement stables, sauf Kultur:LX dont le budget passe de 2,6 à 4,4 millions. L'export et la visibilité des artistes, la représentation de la scène artistique lors de visites d'État ou de missions internationales font partie de la diplomatie culturelle à laquelle tient le ministre de la Culture Eric Thill (DP).

L'ensemble des conventions avec des associations grimpe de onze à seize millions et la planification à plus long terme indique vingt millions pour 2025 (on était à 9,4 en 2022). On y ajoute 1,3 million de subsides pour la réalisation d'activités culturelles (plus ponctuels). Le monde associatif est donc essentiel à la vie culturelle et représente un levier important de la politique culturelle. La volonté affichée de rémunérer convenablement les artistes implique une hausse des budgets des structures qui les produisent.

Le Fonds social culturel (4,7 millions soit près d'un million de plus), la participation de l'État au fonctionnement des infrastructures culturelles gérées par des communes (2,2 millions contre 1,5 l'année passée) sont d'autres postes qui suivent des choix politiques. FC

Männermusiker

Laut einem Befund des Observatoire de l'égalité für das

Jahr 2022 sind Führungsgremien von Kultureinrichtungen weitgehend von Männern dominiert. Drei Viertel der Direktoren staatlicher Kultureinrichtungen sind männlich sowie 60 Prozent aller Direktoren von Kultureinrichtungen. Das CID Fraen an Gender wollte dem Thema Kultur und Genderfragen vertieft nachgehen und hat beim LISER eine Untersuchung zur „Repräsentation der Geschlechter in der Programmgestaltung ausgewählter Kulturinstitutionen“ in Auftrag gegeben. In einem Presseschreiben zeigt sich der CID „ernüchtert“. Bei klassischen Musikaufführungen sind 81 Prozent der Beteiligten auf der Bühne Männer, bei zeitgenössischer Musik sogar fast 85 Prozent. Im Theater und im Tanz ist das Geschlechterverhältnis ausgewogener – hier sind 43 respektive 52 Prozent der Aufführenden Frauen. Ein bemerkenswerter Befund sei zudem, dass eine Korrelation bestehe zwischen dem Geschlecht der Leitungsperson und den Raumkapazitäten. Konkret bedeutet dies: „Männliche Choreografen treten vor größerem Publikum auf, während Regisseurinnen in vergleichbar kleineren Räumen ihre Stücke zeigen.“ Die am Montag von Claire Schadeck vorgestellte Studie versteht sich als Auseinandersetzung mit Sexismus im Kulturbereich. SM

É V É N E M E N T



Le français c'est du sport

Le 20 mars est la Journée internationale de la Francophonie, date choisie en référence à la naissance, le 20 mars 1970 à Niamey (Niger), de l'Agence de coopération culturelle et technique, qui allait devenir ensuite l'Organisation internationale de la Francophonie. Au Luxembourg, le Mois de la Francophonie se tient du 12 au 28 mars. L'Institut français a choisi pour fil conducteur le sport et les valeurs qu'il véhicule, Jeux Olympiques parisiens obligent. Le breaking ou breakdance, nouvelle discipline olympique, sera mis à l'honneur. Aussi, le Lycée Vauban accueille la Compagnie Pokemon Crew pour le spectacle d'ouverture. Après 23 ans de pratiques artistiques, de la rue au théâtre, les danseurs de la compagnie retracent les grands moments de ce mouvement culturel. Le reste du programme comprend du théâtre jeune public, des concerts (Eddy De Pretto, Mass Hysteria, photo), des conférences (notamment sur la traduction) et des lectures (À l'occasion de la publication de la traduction en français par Jean Portante de trente poèmes de Paul Celan consacrés à la nuit). Le traditionnel Prix Victor Hugo invitera cette année les participants à s'approprier le vocabulaire du sport et de l'Olympisme. FC



Raoul Schlechter
tantôt Arnolphe,
tantôt Sganarelle

Pleins feux sur Molière

IIII Josée Zeimes

Le choix de monter du Molière pour la saison-anniversaire du Centaure s'impose presque : depuis son ouverture cet auteur a marqué la programmation avec six pièces. Il s'adresse à bien des publics, il est moderne en nous parlant de l'homme en général et cela sur le mode comique. Selon Francis Huster, « le génie comique de Molière... c'est de mélanger les histoires en y amenant de l'imprévu /.../ Tout à coup la pièce change de sens, elle porte sur autre chose ».

L'approche de Myriam Muller est cette fois centrée sur des personnages moliéresques-clés, Arnolphe et Dom Juan pour un spectacle, Alceste et Tartuffe pour un autre. La metteuse en scène et directrice du Théâtre du Centaure aime réunir divers genres, expérimenter, mélanger théâtre et vidéo, donc mettre en valeur un genre par un autre. Dans son adaptation de *Arnolphe/Dom Juan* elle met en évidence le personnage central et ses vues, en montrant certains points communs importants, vécus différemment par les deux.

Prenons Arnolphe, le père dans *L'École des femmes*, face à la femme et au mariage. Il voudrait bien se marier mais est obsédé par la peur d'être trompé. Il fait donc éduquer Agnès, une fillette dans une complète naïveté pour l'éloigner de tout, lui voiler la vraie vie et faire en sorte qu'elle ne dépende que de lui, son « bienfaiteur ». Mais quand elle aperçoit un jeune homme, ils se plaisent tout de suite. Dans une scène amusante la jeune Agnès, interprétée avec fraîcheur et candeur par Juliette Moro, essaie de s'esquiver pour éviter de révéler la vérité à Arnolphe : elle lui préfère le jeune. Arnolphe – Raoul Schlechter dans une belle performance – voit son plan s'effondrer et va jusqu'à déclarer à Agnès sa passion dans une scène qui laisse deviner ses sentiments d'amoureux délaissé.

À ce propos citons Molière : « Chose étrange d'aimer, et que pour ces traîtresses / Les hommes soient sujets à de telles faiblesses ! » Dans la conception d'Arnolphe, la femme devrait donc rester, la soumise, la dépendante, face à l'homme, tout-puissant, ce qui mène au conflit et à la confrontation.

La musique d'Emre Sevindik accompagne, de façon nuancée, certains moments d'une scène et assure aussi la transition fluide d'une pièce à l'autre. À la scénographe Anouk

Dans sa mise en scène pertinente, rigoureuse et inventive, Myriam Muller met en valeur le talent des comédiens et comédiennes

Schiltz (qui signe aussi les costumes) incombe la délicate charge « d'agrandir » le petit plateau du Centaure, aidée par moments par les effets-lumière d'Antoine Colla, créateur d'illusions. Elle arrive ainsi à caser certains accessoires, à faire disparaître des personnages derrière le grand rideau vert qui recouvre les murs et sera détaché par après. Certains recoins de la scène, le couloir précédant le plateau ou les escaliers servent de prolongation de la surface de jeu.

Dans *Dom Juan* (rôle interprété avec engagement et plaisir par Valérie Bodson) le protagoniste veut, en se moquant de tout, rester maître de chaque situation, avec comme seul compagnon, son fidèle valet Sganarelle (Raoul Schlechter), qui parfois veut ramener son maître sur la bonne voie. Peine perdue.

Presque toujours le leitmotiv de Dom Juan est la provocation, le mépris des autres, rarement une attitude plus hu-

maine le motive. Face à l'amour – il se situe à l'opposé d'Arnolphe qui voudrait prendre une épouse docile, – lui préfère la séduction de jolies personnes qu'il abandonne par la suite. Prenons la jeune Charlotte qu'il veut éloigner de son prétendant (délicieuse séquence avec Eugénie Anselin et Valéry Plancke) pour goûter les premiers signes de l'amour naissant de la femme. Rares sont les moments qui le touchent, provisoirement, comme le pardon de sa femme abandonnée Elvire (Anne Brionne, très convaincante) et ses avertissements pour sauver son mari.

Dom Juan veut rester libre de toute attache, il renvoie son père qui veut le faire revenir à une vie plus digne et plus tard il joue à l'hypocrite face à son père. Il ose même provoquer le Commandant qu'il a tué et s'en prendre à Dieu, ce qui met fin à sa vie.

Arnolphe et Dom Juan s'érigent en maîtres, l'un par sa conception tyrannique de la vie conjugale, l'autre de façon générale, face aux autres, même face à Dieu. Les deux se déclarent des décideurs, puissants, motivés par la peur de perdre et de devoir partager, voire gérer des conflits.

Myriam Muller, dans sa mise en scène pertinente, rigoureuse et inventive, aide à mettre en valeur les talentueux comédiens. Cinq femmes, Eugénie Anselin, Valérie Bodson, Anne Brionne, Céline Camara, Juliette Moro et trois hommes Fabio Godinho, Valéry Plancke, Raoul Schlechter qui changent rapidement de rôles, montrant avec quelle aisance ils investissent un autre personnage, en mettant un autre costume et en vivant une problématique différente. Ils montrent aussi le plaisir de jouer qui se transmet pour ainsi dire aux spectateurs accueillis dans la salle de spectacle alors que les comédiens se préparent à jouer : se maquiller, faire des exercices de relaxation, plaisanter, parfois rire : la bonne humeur est contagieuse, le public accroche. ●

Au Théâtre du Centaure : *Arnolphe/Dom Juan* le 8 et 14 mars.
L'intégrale : *Arnolphe/Dom Juan & Alceste/Tartuffe*, les 9, 10, 16 et 17 mars. Au Kinneksbond de Mamer : *Arnolphe/Dom Juan* : le 21 mars

FILMS MADE IN LUXEMBOURG

Wo ist die Freiheit?

IIII Tom Dockal

Ein mit zehn Kerzen geschmückter Geburtstagskuchen ist nicht das einzige Geschenk für Les Films Fauves. Das zehnjährige Bestehen der Produktionsfirma ging nebst einer fetten Sause letztes Wochenende im Rahmen des Luxembourg City Film Festivals auch Hand in Hand mit der Vorstellung ihrer aktuellen Koproduktionen. Zwei Filme, die schon im Mai letzten Jahres bei den Filmfestspielen in Cannes vorgestellt wurden – Rodrigo Morenos *The Delinquents* und der Dokumentarfilm *Youth (Spring)* von Wang Bing. Les Films Fauves, gegründet von Govinda Van Maele, Gilles Chaniel und Jean-Louis Schuller, hat nicht nur Mühe und Geld in die wahrscheinlich besten Koproduktionen in der Geschichte der luxemburgischen Koproduktionen gesteckt, sondern beschenkt die Cinephilen auch mit einem fundamentalen Erkenntnisgewinn. Und zwar mit jenem, dass der Großteil des Kinos eine einzige große Zeitverschwendung ist.

The Delinquents, der Kürzere der beiden Titel, stellt sich unmissverständlich die Frage der Zeitverschwendung. Morán ist Angestellter in einer Bank von Buenos Aires, in der die Zeit stehen geblieben scheint. Doch die Zeit bleibt bekanntlich nicht stehen und sogar der pflichtbewusste und geordnete Morán wird sich dessen eines Tages bewusst. Was folgt ist der spektakulär unspektakulärste Bankraub der Filmgeschichte. Ohne, dass es irgendjemand mitbekommt, lässt er über 600 000 Dollar in einem Rucksack mitgehen. Das Doppelte von dem, was er in den 25 Jahren, die ihm in der Bank bis zur Rente fehlen, verdienen würde. Die eine Hälfte wäre für ihn, die andere für den Kollegen Román. Er bittet diesen, auf den Rucksack aufzupassen, während er dafür drei Jahre im Gefängnis absitzt. Drei Jahre Knast gegen 25 Jahre Arbeit – die Opportunitätskosten sind für den Bankangestellten schnell durchgerechnet und Morán und Román verbindet ab dem Punkt nicht nur das Anagramm ihres Namens.

La Flor, *Trenque Lauquen* und jetzt *The Delinquents* – das argentinische Kino produziert seit

einigen Jahren Filme von einer Truppe von FilmemacherInnen, die wahrscheinlich die spannendsten und einzigartigsten des derzeitigen Weltkinos sind. Und mit Rodrigo Morenos neuem Film bekommt das Großherzogtum endlich einen dieser Filme präsentiert. Der große Drei-Stunden-Film ist einer von kleinen Postulaten, die federleicht verspielt in das Narrativ eingewebt sind. Ein Film, der ständig zwischen den Genres hin und her springt und ganz plötzlich und fast unkenntlich vor den Augen der Betrachter mutiert. *¿Dónde está la libertad?* Wo ist die Freiheit? heißt ein Song einer Bluesrock-Platte, die in Morenos Film von einer Figur zur nächsten wandert. Der Film geht der Frage nach der Freiheit nach, ohne in esoterische Sphären zu rutschen, schwebt aber durchgehend unbekümmert wenige Zentimeter über der Erde und lächelt dem Kosmos entgegen. Storytelling als Form und Erzählungen in Erzählungen geben dem Film einen fast

haptisch literarischen Anstrich. *The Delinquents* ist eine beruhigende Existenzkrise, die gleichzeitig entzückt und ganz nebenher jegliche dramaturgischen Regeln lahm legt. Zu behaupten, der Film wäre zu lang, wäre unsinnig. Denn Morán versucht sehr stark, aus dem Trott auszusteigen. *The Delinquents* ist ein wahrlich inspirierendes Stück Kino.

Die Zeitfrage wird in Wang Bings vorletztem Film *Youth (Spring)* anders und wahrlich trister verhandelt. Der Chronist des postrevolutionären Chinas, der vor mehr als 20 Jahren mit dem monumentalen neunstündigen *Tie Xi Qu: West of the Tracks* in die Filmwelt einstieg, verbrachte fünf Jahre – von 2014 bis 2019 – westlich von Schanghai mit Jugendlichen in Sweatshops der Textilindustrie. Der erste von insgesamt drei Teilen – die zusammen dann doch wieder neun Stunden lang sein sollen! – ist in seinem Porträt der jungen Menschen, ihrer Familien und deren Chefs unerbittlich. Unter sehr bedenklichen Arbeitsbedingungen und trotz sehr schlechter Bezahlung treibt es diese Jugendliche zu Abertausenden in die Zhili-Region, um dort über Monate Geld anzuhäufen.

In Wang Bings Film wird das objektive Zeitgefühl wie Kaugummi auseinandergezogen und man fühlt förmlich, wie die Arbeitsstunden und

Tage nicht zu Ende gehen wollen. Wiederholung – ob jene der Bewegungen an den Nähmaschinen oder der Tagesabläufe der jungen Arbeiterschaft – ist das wesentliche handwerkliche Mittel in seiner Montage- und Inszenierungsarbeit für *Youth (Spring)*. Ganz überraschend – und dann wieder gar nicht überraschend, wenn man es im Kontext von Bings Œuvre sieht – ist die Art, wie er seinen Figuren nahekommt. Ihre Namen, Alter und Herkunftsort werden systematisch eingeblendet und es wirkt, als ob er einen Humanismus wieder einführen möchte, wo dieser lange abwesend war. Und das ist das eigentliche Politikum hinter den 210-Minuten langen, anstrengenden, ermüdenden Beobachtungen von Wang Bing. Vor allem im Kontext der Diskussionen um die Folgen der globalisierten Welt, in der Asien den Wohlstand des Westens produziert. Hinter allem und in jeder Situation stehen Menschen.

Dass es *Youth (Spring)* von Wang Bing und *The Delinquents* von Rodrigo Moreno nicht in die beiden Wettbewerbskategorien des LuxFilm-Fests geschafft haben, ist ein fataler kuratorischer Fauxpas. Zwei wirklich große Filme, die einfach mal so auch von der künstlerisch spannendsten Produktionsfirma Luxemburgs Les Films Fauves mitproduziert wurden. Auf die nächsten zehn Jahre. ●



La bête en nous

IIII Don John

Pour faire face à la profusion créative du secteur, l'année dernière, les fameux *Shorts made in/with Luxembourg* furent disséminés sur deux soirées pour un total de vingt courts-métrages et autant de discours qui excédaient parfois en durée, rarement en qualité, les œuvres présentées. Pour le cru 2024, éclectique et qui fait la part belle à des sujets comme la toxicité (pas que) masculine, retour à la case départ avec seulement neuf courts, en quoi on était tenté de voir des critères de sélection revus à la hausse.

Cela commence pourtant assez mal avec *Zodi* de Hubrecht L. Brand, une histoire de chamailerie familiale autour d'un héritage alors que les corps des parents, décédés à la suite d'une partie de jambes en l'air qui a mal tourné, ont à peine eu le temps de refroidir. Esquissés en deux trois coups de pinceaux dramaturgiques, les quatre personnages peinent tout autant à convaincre que la chute qui clôt ce *Zodi* peu bruyant. À l'autre bout de la soirée et comme pour répondre par une clôture bancale à une ouverture quelconque, *The Beast Within Us* de Julien Becker

est un pastiche de néo-noir autour d'une épouse qui cherche à se débarrasser de son mari avec l'assistance d'un amant particulièrement maldroit. Si on y ajoute un mari qui refuse de mourir – il faut dire qu'on ne se débarrasse pas si facilement d'un Jules Werner qui aurait par ailleurs presque réussi à le sauver, ce court – et une crue du fleuve dans lequel on avait cru se débarrasser du cadavre en devenir, les choses ne manqueront pas de tourner au vinaigre. Dommage qu'on puisse en dire autant du film lui-même.

Heureusement, entre ces deux accolades médiocres, il y a des lueurs d'espoir. Passons sur une sorte de haiku filmique métaphorisant en trois minutes et un poème la vie après un viol (*It Will Not End You* de Lucie Wahl), un dessin animé sympa sans plus (*The Shadow of a Second* de Fabien Weibel) et un méta-court-métrage surfait autour d'une jeune réalisatrice écrasée par le poids de l'histoire du cinéma et qui repousse le moment de sortir de chez elle pour affronter un premier jour de tournage (*Stairs* de Raha Raz Ghashghai).

Attardons-nous plutôt sur les courts qui sortent du lot. Dans *Crackle* de Fränk Grotz, Philippe Meyrer incarne un disquaire barbu et solitaire, qui dédie sa vie à son amour du vinyle dans des temps où les gens n'écoutent plus que des playlists générées par des I.A. Quand une jeune boulangère lui commande le vinyle de *Songs to the Siren* de Tim Buckley, il tombe sous le charme de la jeune fille et commence à l'idolâtrer comme les paroles de ses chanteurs fétiches lui ont appris à le faire. Si la façon de filmer cette obsession est un chouïa manichéenne à cause de la condensation de la forme courte, *Crackle* amorce une réflexion sur la solitude et les habitus d'un monde disparu : le film dévoile la part de toxicité recelée dans le romantisme de mec concocant des mix-tapes à sa dulcinée. Le craquement du vinyle, si souvent poétiquement encensé, devient ici symbole de la fêlure du disquaire, à qui la jeune boulangère aurait mieux fait, quand il lui fait découvrir une reprise de la chanson de Buckley, de jouer *Creep*, de Radiohead.

À propos de vinyle : chez Stephen Korytko, il est question d'envoyer dans l'espace un disque contentant un échantillonnage de la vie terrestre – et de qui a le droit de composer ce best of de la vie humaine. *Golden Record* aurait mérité d'explorer plus en amont une idée de départ trop vite abandonnée en faveur d'une esthétique de clip léchée.

Oizys n'est pas seulement la divinité représentant la misère et la détresse mais aussi un court-métrage de Rari Matei, aussi berlinois que faire se peut. Produit par Two Steps Twice et *featuring* un Max Thommes en caméo de séducteur un peu relou, le court-métrage raconte l'histoire d'un deuil impossible, dont ni les boîtes de nuit ni les rituels funéraires ne peuvent divertir. Formellement abouti, le film peine, en sa résolution un peu facile tout comme dans son unique scène intime, où les deux amants s'imaginent une virée à Rome en annonçant des *pizza mozzarella* assez pénibles, à traduire le trop rapide cheminement du deuil à la convalescence.

Plus intime encore, *Souvenirs* de Katharina Bintz juxtapose les souvenirs de résistance de ses grands-parents à des images d'aujourd'hui – alors que deux voix off hésitent à explorer les dédales du passé, la réalisatrice filme avec malice des bibelots enlaidissant les devantures de boutiques touristiques, où la commercialisation du mot souvenir efface les réminiscences véritables. Si certaines loufoqueries ne fonctionnent pas – le gag des exercices des militaires s'épuise vite –, et qu'on aurait aimé en savoir plus sur cette boîte à souvenir personnelle, l'ambition formelle du court-métrage, proche d'une installation artistique, mérite d'être saluée. ●

LUXEMBOURG CITY FILM FESTIVAL

Virtuel, artistique et politique

III Karolina Markiewicz

Au milieu du souffle cinématographique festiva-
lier du Luxembourg City Film Festival, le Pavillon
de Réalité Virtuelle installé à Neimënster est dé-
dié à la réalité virtuelle, mais aussi aux réalités
mixtes et cette année aussi au *gaming*, avec un
aperçu de jeux vidéos luxembourgeois.

Difficile de qualifier ce qui est présenté, le mot
n'est pas encore trouvé. Certains disent œuvres,
je n'irais pas aussi loin et je dirais expériences. La
réalité virtuelle s'est greffée (ou a été greffée) au
grand monde du cinéma, car on y crée des histoires
à l'aide d'images digitales. En 2017, Alejandro
Iñárritu avait même obtenu un Oscar inédit pour
son installation monumentale en réalité virtuelle
et vidéo, *Carne y Arena*. Ce fut une expérience
artistique qu'on pouvait qualifier d'œuvre d'art
total sur le sujet de la migration, exposée entre
autres à la Fondazione Prada à Milan.

La réalité virtuelle pourrait tout aussi bien s'in-
scrire dans ce qu'est le théâtre, où il s'agit d'espace.
Ces expériences se développent dans un ou des
espaces donnés, plus que sur une ligne de temps,
comme c'est le cas pour le cinéma. On s'immerge
dans ces expériences, on se retrouve dans la peau
d'un ou d'une autre ; un être vivant réel ou fictif
ou un objet, voire une émotion. En tant que
public, on est transporté immédiatement (si
toutefois on accepte l'essai) par l'environnement,
l'espace donc, fait d'images, mais aussi de sons
qui sont articulés de manière binaurale (c'est-
à-dire ayant trait aux deux oreilles) et surtout
par un changement d'espace radical, dès que l'on
met un casque ou des lunettes de réalité virtuelle
ou augmentée.

Dans un premier temps, c'est une expérience très
surprenante, comme le fut sans doute le film des
frères Lumière, quand pour la première fois, on
voyait sur grand écran montrant l'entrée du train
dans la gare de la Ciotat, en 1895. Comme ce
premier film, la réalité virtuelle en écho au réel
oblige un ajustement cognitif et permet de nou-
velles possibilités de narration immersive. Tous
les scénarios y sont acceptables tant qu'ils se dé-
roulent de façon immersive et dans une relation
à 360 degrés à la réalité. Ces scénarios sont écrits
par des auteurs et des artistes digitaux, en colla-
boration étroite. Voici pour la théorie.

Maintenant en pratique et en particulier en 2024,
au Pavillon de la Réalité Virtuelle, une exposition
très soigneusement scénographiée (mais plus
sobrement, cette année !) par les experts du
Centre Phi de Montréal. Le commissariat des
expériences est une nouvelle fois assuré par sa
directrice Myriam Achard, en collaboration avec
le Film Fund Luxembourg.

On peut par exemple y tenter la découverte de
la station spatiale internationale, avec *Space
Explorers - Spacewalkers*, réalisé par les magi-

ciens Félix Lajeunesse et Paul Raphaël. Mais on
peut aussi tenter une immersion dans l'Histoire,
avec *Noire. La vie méconnue de Claudette Colvin*,
où l'on passe du récit d'un livre à la réalité aug-
mentée. Une expérience sensorielle, réalisée
par Stéphane Foenkinos et Pierre-Alain Giraud,
qui a été déjà montrée au Centre Pompidou à
Paris. Il s'agit d'une installation en réalité aug-
mentée inspirée du livre éponyme de l'autrice,
Tania de Montaigne. On y approche une ado-
lescente de quinze ans qui, dans l'Alabama sé-
grégationniste de 1955, a refusé de céder sa
place à une passagère blanche, exactement neuf
mois avant Rosa Parks.

Il y a également la courte expérience, au titre de
The Fury créée par Shirin Neshat, artiste vidéaste
Iranienne, de renommée incontestée. Elle place
le sujet des violences faites aux femmes et par
extension la récente révolution Iranienne Femme
Vie Liberté, (toujours en cours) au centre de l'ex-
périence, avec simplement, si j'ose dire, une femme
qui danse au milieu de regards d'hommes, dégra-
dants et menaçants. Une performance d'une femme
persécutée. Il s'agit donc ici d'art à sujet politique.

Il y a plusieurs expériences co-produites par le
Luxembourg, à savoir le beau projet *Floating with
Spirits* de Joanita Onzaga coproduit par Taran-
tula. Ici deux sœurs se préparent pour le Jours
des Morts, se souvenant des histoires racontées
par les grands-mères shamans. Un portail sur la
communauté des Mazatec, permettant au public
un accès privilégié à un monde spirituel.

Et puis *Nous, les Barbares* de l'artiste visuel et
réalisateur, Bertrand Mondico, un travail surpre-
nant se situant sur le plateau de tournage de son
récent long-métrage hors normes lui aussi, inti-
tulé *Conann*, les deux coproduits par Les Films
Fauves et sélectionné à Quinzaine des cinéastes
à Cannes en 2023. Une proposition artistique très
forte également.

La dernière production luxembourgeoise de
cette sélection qui est également en compétition
est intitulée *Errances*, écrite et réalisée par Gwe-
naël François et produit par SkillLab. On y est
transporté dans une réalité désertique et d'anti-
cipation à la fois.

C'est ainsi qu'on navigue entre thèmes politiques
et historiques et visions oniriques. On constate
un progrès notable (encore), non seulement tech-
nique mais aussi au niveau du contenu. Celui-ci
devient même didactique, avec *Letters from Dran-
cy* réalisé par Darren Emerson, expérience pré-
sentée à la Biennale de cinéma à Venise en 2023
et qui nous place face à une survivante de la Shoah.
Marion Deichmann raconte son histoire dans un
monde virtuel reconstitué (en grande partie do-
cumentaire). Le Pavillon de Réalité Virtuelle 2024
est bien une exposition, mais aussi un temps fort
qui permet ici au Luxembourg une sorte d'accé-
lération de particules dans le sens des réalités
mixtes, dites XR realities, en somme des nouvelles
narrations. Un moyen pour les experts du monde
entier de se rencontrer, de présenter les expé-
riences ou installations respectives en cours ou
en développement et de chercher de nouveaux
moyens de financement, mais aussi de distribu-
tion, pour continuer à bien ancrer ce mode d'ex-
pression artistique.

En parallèle de la programmation, il y a aussi un
aperçu de ce qui se fait en termes de jeux vidéo
au Luxembourg, une petite exposition interactive,
commissionnée par Fred Neuen, *gamer* et créateur
de jeux, lui-même. Le développement des jeux

Bien des festivals
mettent en place
une section VR.
Luxembourg aussi

vidéo semble devenir une nouvelle mission pour
le Film Fund Luxembourg. D'aucuns trouveront
cela osé, pensant à la production de films classiques
qui cherche toujours à se renforcer et à conserver
les techniciens et techniciennes du secteur. Mais
peut-être faut-il en effet pour une institution
dédiée aux médias, qu'est le Film Fund, avancer
avec la forte demande des producteurs de l'ani-
mation et les vents technologiques pas si nouveaux
que ça, mine de rien (en termes de jeux vidéo, au
Luxembourg, le développement commence tard).
Peut-être et le souhait est là, un créneau de finan-
cement distinct (car c'est bien là l'inquiétude) se
trouvera pour cette forme de création. Peut-être,
qui sait, le Luxembourg pourrait se positionner
davantage dans l'éducatif, créant des jeux vidéo
didactiques pour tous les niveaux d'apprentissage.

En tous cas, pour persuader celles et ceux qui
sont encore résistants aux casques ou aux lunettes
de réalité virtuelle et augmentée, il faut dire que
la sélection actuelle est de très bonne qualité (on
ne subit a priori plus aucune nausée) et avec un
prestige qu'on ne peut ignorer, car ces expériences
ont été présentées dans les festivals de films les
plus renommés, tels que ceux de Venise, de Tri-
beca ou de Locarno car presque tous les grands
festivals mettent en place une section de réalité
virtuelle avec une compétition. Le LuxFilmFest
fait de même avec un jury de professionnels com-
posé de représentants du monde l'art contempo-
rain et du secteur des réalités mixtes : Delphine
Munro, Emilie Paige et Ulrich Schrauth. ●



Une scénographie
minimaliste

**Ministère de la Mobilité et
des Travaux publics**
Administration des bâtiments
publics

Avis de marché

Procédure : 10 européenne ouverte
Type de marché : Travaux

Date limite de remise des plis :

11.04.2024 10.00 heures

Intitulé :
Travaux de peinture à exécuter
dans l'intérêt de la mise en
conformité du Lycée de Garçons
à Esch-sur-Alzette.

Description :
– Travaux d'enlèvement du
revêtement mural ;

- Travaux d'enduisage ;
- Travaux de fourniture et mise
en œuvre d'un revêtement
mural ;
- Et travaux de peinture sur
plafonds et murs.

La durée des travaux est de
100 jours ouvrables en phases,
à débuter au deuxième semestre
2024. Les travaux sont adjugés
à prix unitaires.

Conditions d'obtention du dossier :
Les documents de soumission
peuvent être retirés via
le Portail des marchés publics
(www.pmp.lu).

Réception des plis :
Les offres sont obligatoirement
et exclusivement à remettre via
le Portail des marchés publics
avant la date et l'heure fixées pour

l'ouverture.

N°. avis complet sur pmp.lu :
2400498



land
08.03.2024

Tous aux aguets

Une matinée de chiens

IIII Benjamin Bottemer

Un labrador blanc s’élance sur le chemin, surexcité par les jappements de ses congénères en contrebas. Un homme en veste de cuir le suit tant bien que mal. Son compagnon sautille, enroule sa laisse autour de ses jambes tandis qu’il tente de sortir sa carte d’adhérent au Hondsclub de Gasperich. Jos Patrissi, président du club de sport et de dressage canin, saisit la laisse de l’animal et le tient contre lui ; le chien se calme immédiatement. « Le problème au début, c’est souvent le maître, glisse Jos Patrissi. Il faut être ferme et constant, sinon le chien vous prend pour un imbécile ». L’homme sait de quoi il parle : multiple champion du Luxembourg déjà classé parmi les dix meilleurs mondiaux en IGP (sport canin comportant les disciplines d’obéissance, de pistage et de protection), il dirige le club depuis 1993.

Si les entraînements pour les sportifs ont lieu les soirs en semaine, aujourd’hui place au dressage, comme chaque dimanche matin sur un terrain proche du Parc du Ban de Gasperich. Environ 140 chiens de toutes races, tailles et âges, accompagnés de leurs maîtres, sont encadrés par des entraîneurs bénévoles. Des espaces dédiés sont consacrés à chaque niveau : chiots à partir de deux mois, débutants, pré-avancés et avancés. Les chiens dits « de liste », susceptibles d’être dangereux, ont été pris en charge plus tôt ce jour-là. Le cours pour les avancés a fière allure : les canidés

se côtoient à bonne distance de leurs maîtres, qui déambulent autour d’eux ; pas un poil ne bouge. « L’idée centrale est de travailler sur l’obéissance pour une bonne sociabilité du chien avec ses congénères, avec son maître et avec les autres humains », précise Jos. À chaque exercice réussi, viennent une petite friandise et des félicitations. « Il faut mettre l’animal en confiance, être patient et le récompenser », ajoute le président tandis qu’un chien s’échappe et passe à toute allure devant nous. « Allez, on l’attrape ! » encouragent les entraîneurs. Après avoir enchaîné les positions debout-couché-assis, les animaux s’élancent sur un parcours avec obstacles, tunnel et poutre à quelques centimètres de terre. Perchés sur celle-ci, certains chiots ne semblent pas rassurés, mais maîtres et entraîneurs les accompagnent, parfois en les portant à moitié : il n’est pas très naturel pour eux d’évoluer au-dessus du sol, nous explique-t-on.

Le Hondsclub Gasperich compte plus de mille adhérents venus de tout le Luxembourg et des régions frontalières. Plusieurs d’entre eux sont des habitués, à l’image de Constant : Thy, son bouvier berinois, est le sixième chien qu’il emmène au Hondsclub. « On a deux bouviers, on veut pouvoir les prendre avec nous partout, en vacances, au restaurant... pour cela il faut qu’ils sachent se tenir en société », explique-t-il. Walter, lui, aime faire son footing avec son berger australien. « Ça aurait été impossible sans dressage car c’est une race têtue, indique le maître. Je n’imaginais pas que ce serait autant de travail, encore plus qu’avec un enfant ! ». Chantal, qui venait auparavant pour le dressage de ses propres compagnons, est désormais entraîneuse pour le club. « J’ai voulu aider les autres à mon tour en leur apprenant à être davantage en harmonie, raconte-t-elle. Ça peut être salutaire pour leur relation ». On nous confie que les cours du Hondsclub ont pu sauver des chiens qui paraissaient irrémédiablement agressifs, notamment du fait de la génétique. Mais l’agressivité naturelle est très rare, elle est due la plupart du temps à des habitudes intégrées à cause d’une mauvaise éducation. Dans tous les cas, il n’y a pas de recette unique : seule l’expérience permet de repérer les problèmes.

Le cours des chiots s’achève, on les lâche en liberté sur le terrain. Le spectacle de ces petites boules de poils qui se sautent dessus joyeusement atteint des sommets de mignonnerie. Même après avoir côtoyé des milliers de chiens, Jos Patrissi est attendri. « Dans les années 1990, l’amour n’avait pas vraiment sa place dans le dressage... Aujourd’hui, ça ressemble davantage à l’éducation positive pour les enfants, même si la discipline reste très importante, indique le président. Il faut des règles, mais aussi de l’amusement ! Tout le monde devrait suivre quelques séances : ça rend le chien et son maître plus heureux ». ●

L’ENDROIT

Nanban

Il y a moins d’un an, on déplorait le nombre limité de restaurants dédiés aux ramens. Désormais, il en ouvre presque chaque mois.



Dernier en date, le Nanban s’est installé rue Sainte-Zithe et fait déjà le plein, midi et soir. Le terme « Nanban » se traduit littéralement par « barbares du sud ». Il renvoie aux commerçants et missionnaires portugais ont été les premiers européens à débarquer sur l’archipel en 1543. Sur le plan culinaire, le mot décrit la capacité à incorporer des influences diverses dans la tradition. Clin d’œil donc à la cheffe portugaise, Tânia Passos. Elle a quitté le monde de la finance pour vivre sa passion pour la gastronomie japonaise. Avec son mari, elle

a passé quatre ans à peaufiner cette nouvelle carrière : formation professionnelle, recherche et aménagement d’un local et mise au point des recettes. À la clé, un cadre tout en bois, avec un comptoir permettant l’échange entre les clients et la cheffe, une ambiance chaleureuse et surtout des recettes faites maison. On a goûté le Tonkotsu Ramen, un classique (photo : fc). Le bouillon à base de porc, un peu épais et corsé, est fort en goût. En plus, les nouilles sont fabriquées sur place (on peut voir la machine quand

on descend aux toilettes) et le service est souriant et efficace. FC

PERSONALIE

„Einen kleinen Schubs“

Marjolijne Droogleever Fortuyn (60), seit November in Luxemburg auch als Marjolijne Frieden bekannte First Lady, durfte diese Woche anlässlich des Weltfrauentags im *Télécran* über Geschlechtergleichheit und Gleichberechtigung in ihrer Ehe mit CSV-

Premierminister Luc Frieden reden. Sie sei der Meinung, dass sie und ihr Mann sich die Aufgaben in ihrer Partnerschaft „sehr gleich aufteilen“ und dies gut funktioniere: „Nein, wir haben es wirklich aufgeteilt. Ich habe Teilzeit gearbeitet, als die Kinder klein waren“, verrät sie dem *Télécran*. Hinsichtlich ihrer Karriere denkt sie nicht, dass es als Mann leichter gewesen wäre, erst bei der holländischen Bank ABN Amro und später bei BGL BNP Paribas zum Head of Legal Affairs aufzusteigen, sagt die Anwältin, die Sicherheits- und Gesellschaftsrecht studiert hat

in Utrecht und Cambridge, wo sie Luc Frieden kennen und lieben gelernt hat. Allerdings gibt sie zu, dass sie „hier und da einen kleinen Schubs gebraucht“ habe. Dabei hatte Marjolijne Droogleever Fortuyn bessere Voraussetzungen für eine Karriere als erfolgreiche Geschäftsanwältin als viele andere Frauen. Sie entstammt einer alteingesessenen niederländischen Patrizierfamilie mit eigenem Wappen, ihre Vorfahren waren reiche Kaufleute, Architekten, Bankdirektoren, Rechts- und Staatsanwälte. LL